

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: ...
Wochenblatt 28 Pf. frei ins Haus.
Eingetragene in die Post-Verzeichnisse.

Vorwärts

Die Interims-Gebühr
Betragt für die sechsgeheilene Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Beitragen.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 24. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wahnwitz.

Nun kennt man also die Antwort Englands auf
die deutsche Flottenvorlage. Und was die Sozialdemokratie
vorausgesagt hat, ist natürlich in vollem Maße eingetroffen.

Zunächst ist freilich der englische Marineminister in seiner
Forderung noch verhältnismäßig bescheiden. Er verlangt
„nur“ etwa 20 Millionen Mark. Aber das ist bloß eine kleine
Abschlagszahlung für das laufende Jahr. Das dicke Ende
kommt nach.

Als Ursache der englischen Flottenvermehrung bezeichnet
Churchill in seiner Rede mit aller wünschenswerten Deutlichkeit
das neue deutsche Flottengesetz. Dieses hat, außer
dem weiteren Neubau von drei Linien Schiffen, wie man
weiß, das dritte, aus acht Schlachtschiffen bestehende
Geschwader, das bisher nur als Reserve diente und nur mit
einem kleinen Bruchteil der regulären Besatzung bemannt war,
kriegsbereit gemacht und mit voller Mannschaft ausgerüstet.

Die Antwort Englands besteht nun in folgendem:
Die Neubauten werden vermehrt. In den nächsten
fünf Jahren wollte England 16 neue Schlachtschiffe bauen;
statt dessen sollen im nächsten Jahre fünf und in den folgenden
vier Jahren je vier, im ganzen also fünf und zwanzig
Schlachtschiffe gebaut werden. Daneben werden weitere
Unterseeboote gebaut und der Bau leichter Kreuzer beschleunigt
werden. Das wichtigste aber ist die Stärkung der
Schlachtbereitschaft. Die Anzahl der, voll in den
Dienst gestellten Schlachtschiffe wird von 28 auf 33 erhöht.
Dazu tritt die Reserveflotte von 8 Schiffen. Gegenüber den
drei aktiven deutschen Geschwadern wird England von 1914
an fünf haben von im ganzen 41 Schiffen, von denen
vier Geschwader voll in Dienst stehen werden. Die Mann-
schaft wird um 5000 Mann vermehrt. Das ist der englische
„Sicherungsüberschuß“ gegen Deutschland. Zugleich bewegt
die Engländer noch eine andere Sorge. Das Mittelmeer ist
durch die Dreadnoughtbauten Oesterreichs und Italiens ein
neuer Herd des Wettrüstens geworden. Deswegen wird die
englische Division von vier Schlachtschiffen in Gibraltar auf
acht gebracht werden.

Die beiden großen bürgerlichen Parteien Englands sind
mit diesem Flottenprogramm einverstanden. Es hat nicht allzu
viel zu bedeuten, daß auf der einen Seite den Konservativen
die Flottenvermehrung noch zu gering ist und auf der
anderen Seite die Radikalen murrende Kritik üben. Prinzipielle
Ablehnung erfährt das Wettrüsten, wie in Deutschland nur bei
der Sozialdemokratie, so in England allein bei der Arbeiter-
partei.

Und doch mühten sich auch die bürgerlichen Parteien
sagen, daß es so unmöglich weiter gehen kann, daß sich die
arbeitenden Massen dieses uferlose Rüstens, diese ständige
Steigerung der Kriegsgefahr, dieses gewissenlose Vergewenden
der Steuergelder, diesen Schrecken ohne Ende auf die Dauer
nicht werden gefallen lassen. Die Sucht der deutschen Groß-
kapitalisten, neue Kolonien auszubenten, um ihre Profite
noch weiter zu steigern, und die Angst der englischen,
ihre Ausbeutungsfelder geschmälert zu sehen, ist für wahr
weder für die englischen noch für die deutschen Arbeiter auch
nur im geringsten ein Grund, Gut und Blut der Nation dieser
wahnwitzigen Politik zur Verfügung zu stellen. Uns
Arbeiter trennt nichts von unseren englischen
Klassengenossen, wir führen mit ihnen denselben
Kampf gegen das Kapital, wir wollen keinen Krieg, wir
fordern endlich die Verständigung! Dieses Rüstens ohne
Ende ist völlig sinnlos, wenn ihm nicht der Wille zum Krieg,
zu einem Krieg um rein kapitalistische Ausbeutungsinteressen
zugrunde liegt. Den wollen wir nicht und deshalb
fordern wir, daß ein Uebereinkommen geschlossen
wird, das diesem Wahnwitz ein Ende macht. Wir haben
keine Illusionen und wir wissen, daß auch eine Verständigung
über die Beschränkung der Rüstungen der imperialistischen
Politik noch nicht den Garau macht, wir wissen, daß
die feste Ausdehnung des Feldes der Ausbeutung so
tief im Wesen des Kapitalismus begründet ist, daß
nicht die Einschränkung der Rüstungen allein, sondern
erst der Sozialismus diesem Streben ein Ende machen kann.
Aber die akute Kriegsgefahr und die unsinnige Verschwendung
der Volksträfte können durch ein solches Abkommen
eingedämmt werden, und deshalb muß alle Kraft eingesetzt werden,
um die Herrschenden dazu zu zwingen.

Die deutschen bürgerlichen Parteien freilich wagen ja
schon längst nicht mehr, in der auswärtigen Politik ihren
eigenen Weg zu gehen. Sie haben vollständig in die Hand
der Regierung abgedankt und wenn möglich noch mehr als in

der inneren hat der Liberalismus in der auswärtigen Politik
verfagt. Gegen die immer toller werdenden Ansprüche des
Militarismus und Marinismus wagt er keinen Einspruch
mehr und stumps und feig nimmt er die Gebote der Panzer-
plattenpatrioten und der Kolonialinteressenten als unabwend-
bares Schicksal hin. Um so wichtiger wird die Aufgabe
der Sozialdemokratie, den Frieden zu schützen.
Verfagen die bürgerlichen Parteien, können sie es
nicht einmal zustande bringen, die Völker vor den
Grueln eines Weltkrieges zu bewahren, treiben sie
aus Unfähigkeit, sich zu verständigen, so lange es noch Zeit
ist, blind in den Abgrund — um so schlimmer für die bürger-
liche Welt. Denn als Sieger wird nicht der Imperialismus,
als Sieger kann nur der Sozialismus aus dem Kampfe
hervorgehen.

Die englische Flottendebatte.

In Ergänzung des bereits von uns veröffentlichten Auszuges
geben wir die wichtigsten Momente der Flottendebatte im englischen
Unterhaus ausführlicher wieder. Marineminister Churchill
führte aus:

Das deutsche Flottengesetz.

Die direkte Ursache des Nachtragsetats ist das neue
deutsche Flottengesetz. Dessen Ziel und Charakter wurden
bisher vom Ministerium nicht erklärt, vom Lande nicht erkannt.
Der Charakter des deutschen Gesetzes ist nicht die Vermehrung der
Linien Schiffe, sondern die Vermehrung der Schlacht-
bereitschaft der Schiffe aller Klassen, die unmittelbar zu allen
Jahreszeiten verfügbar sein werden. Ein drittes Gescha-
der aus acht Schlachtschiffen wird geschaffen und in voller Be-
manning als ein Teil der aktiven Schlachtflotte erhalten werden.
Vor dem neuen Gesetz bestand die aktive Schlachtflotte aus
17 Schlachtschiffen, 4 Schlachtkreuzern und 12 kleinen Kreuzern. In
naher Zukunft wird die aktive Flotte aus 25 Schlachtschiffen,
8 Schlachtkreuzern und 18 kleinen Kreuzern bestehen, und während
jezt nach dem geltenden deutschen Rekrutierungssystem die deutsche
Flotte im Winter weniger Bewegungskraft besitzt als im Sommer,
wird sie jetzt des neuen Gesetzes nicht nur verstärkt, sondern viel
schneller verfügbar sein. Von der Gesamtzahl von
144 Torpedoboote werden 99 statt 66 in vollem Dienst
stehen. Der diesjährige deutsche Flottenetat setzte 4 Millionen für
den Bau von Unterseebooten fest. Das neue Gesetz fügt 4 Millionen
hinzu. Diese Ausgabe lehrt voraussichtlich in den folgenden Jahren
wieder. Während der Dauer des neuen Gesetzes werden 72 neue
Unterseeboote gebaut werden, wovon anscheinend 54 dauernd
voll bemannt sein werden. Die allgemeine Wirkung des Gesetzes ist,
sozt vierfünftel der ganzen deutschen Flotte
dauernd in vollem Dienst zu erhalten, das heißt, in
dauernder Kriegsbereitschaft. Ein solches Verhältnis
findet kein Beispiel in der bisherigen Praxis
moderner Seemächte. Eine so große Änderung in der Entwicklung
der deutschen Flotte schließt natürlich eine bedeutende Vermehrung
des Personals ein. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der Offi-
ziere und Mannschaften 25 000; jetzt beträgt sie 66 000.
Nach dem früheren Flottengesetz würden nach unserer Schätzung
das Personal der deutschen Flotte im Jahre 1920 86 500 Offiziere
und Mannschaften erreicht haben. Das neue Gesetz fügt insgesamt
15 000 Mann hinzu und bringt die Gesamtzahl des Mannschaf-
bestandes im Jahre 1920 auf 101 500 Mann. Die neue jährliche
Durchschnittsvermehrung beträgt etwa 5700 Mann. In Neu-
bauten sieht das Gesetz drei weitere Schlachtschiffe
vor, eins für das nächste Jahr und eins für 1916, ferner zwei kleine
Kreuzer, deren Baugesit nicht festgesetzt ist. Die Baugesit des dritten
Schlachtschiffes ist nicht festgesetzt; es wird angenommen, daß es
erst nach sechs Jahren gebaut wird. Die Kosten der Vermehrung
der Schiffe und der Mannschaften während der nächsten sechs Jahre
werden auf 10 1/2 Millionen über den früheren Etat
geschätzt. Das Flottengesetz von 1898 wurde praktisch
verdoppelt durch das Gesetz von 1900. Die schließliche
Größe der deutschen Flotte wird nach dem neuen Gesetz
41 Schlachtschiffe, 20 Schlachtkreuzer und 40 kleine Kreuzer betragen,
ferner bedeutende Flotten von Torpedo- und Unterseebooten. Das
scheint auf dem Papier keine sehr große Vermehrung der Schlag-
fertigkeit. Die Zahl der vollbemannten, in beständiger Bereit-
schaft stehenden Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer wird durch das
Gesetz von 21 auf 33 erhöht, also um 57 Prozent ver-
mehrt. Die neue Flotte wird anfänglich etwa 20 Linien Schiffe
und Großkreuzer älteren Typs einschließen, aber allmählich wird
die Flotte vollständig aus modernen Schiffen bestehen.

Die Größe dieser Flotte erscheint außerordentlich gefährlich,
die Flotte würde fast so groß aussehen wie die englische
Flotte in Spithead bei dem neulichem Besuche des Parlaments. Ihre
volle Entwicklung wird nur allmählich erreicht werden, aber offen-
bar werden schon 1914 zwei Geschwader ganz aus Dreadnoughts
bestehen und das dritte aus guten Schiffen, wie der „Deutschland“,
und aus fünf Schlachtkreuzern. Es ist bemerkenswert, daß das
neue Gesetz das fünfte ist innerhalb einer während 14 Jahren
fortgeschrittenen Flottenvermehrung, daß es keinen wirklichen Wider-
stand im Reichstage gefunden und daß sich die deutsche Kritik im
wesentlichen gegen die Unzulänglichkeit des Gesetzes gerichtet hat.

Die englischen Mehrforderungen.

Wir sollten, sagte der Minister, von unseren deutschen Nach-
barn lernen, deren Politik während der Dauer eines Menschen-
alters unbeirrt einem Ziele zustrebt. Churchill begründete sodann
die Mehrforderung von 990 000 Pfund. Der jetzige
Nachtragsetat sei nur der erste, kleinste Teil der neuen Forde-
rungen, die aus dem deutschen Gesetz erwachsen würden. Um den
60-Prozent-Standard aufrechtzuerhalten, müsse
England in den nächsten fünf Jahren zunächst fünf und dann
viermal je vier Schiffe bauen, während es gefloßt habe,
mit drei, vier, drei, vier, drei Schiffen auskommen. Von der
jetzigen Mehrforderung seien 100 000 Pfund für Untersee-
boote, 60 000 für das Flugwesen und 35 000 für die Er-
höhung der Arbeiterlöhne bestimmt. Ferner soll der
Bau der leichtgepanzerten Kreuzer beschleunigt
werden.

Erhöhung der Kriegsbereitschaft.

Um der vermehrten Schlagfertigkeit der deutschen Flotte zu
begegnen, sei es notwendig, die Zahl der völlig dienst-
bereiten und stets verfügbaren Schlachtschiffe
erheblich und schnell zu vermehren. Das dritte Ge-
schwader mit der Station in Gibraltar müsse binnen der
nächsten zwei Jahre auf 8 Linien Schiffe gebracht und im nächsten
Jahre um zwei mächtige Schiffe vermehrt werden. Dieses Ge-
schwader solle eine subsidiäre Basis in Malta erhalten, damit
es nötigenfalls je nach der Schlage auch im Mittelmeer ope-
rieren könne. Durch diese Dispositionen werde die Stärke der
vollbemannten Schlachtschiffe in den heimischen Ge-
wässern von 16 auf 24 oder einschließlich der Schiffe in Gibraltar
von 22 auf 28 erhöht. Der dadurch erzielte Gewinn in Geschütts-
werten sei größer als der zahlenmäßige Gewinn. Damit nicht
genug, beabsichtige die Regierung, soweit die Rekrutierungsverhält-
nisse dies zuließen, die Zahl der vollbemannten Schlachtschiffe von
28 auf 33 zu erhöhen und damit vier Schlachtkreuzer vollbe-
mannter Schiffe zu schaffen. Diese Vermehrung werde bis auf
zwei Schiffe 1913 und vollständig 1914 durchgeführt sein, bevor
das dritte deutsche Geschwader völlig bereit sein dürfte. Die
Schiffe der zweiten Flotte, die binnen weniger Tage
oder Stunden auf Kriegsfuß gebracht werden könnten, sollten all-
mählich von 8 auf 16 vermehrt werden. England werde im
Jahre 1914 fünf Schlachtkreuzer von 41 Schlachtschiffen haben,
wovon 4 Geschwader vollbemannt sein werden. England werde
Ende 1914 mindestens 33, höchstens 41 vollbemannte kriegsbereite
Schlachtschiffe haben gegen 29 deutsche. Das Verhältnis von
33 zu 29 sei vielleicht nicht sehr befriedigend, jedenfalls nicht über-
trieben. Aber es dürfe nicht nur die Zahl, sondern es müsse auch
die Qualität der Geschwader berücksichtigt werden. Noch genauer
Prüfung sei die Admiralität in der Lage zu erklären, daß sie für
die nächsten 2 1/2 Jahre mit diesem Verhältnis zufrieden sei.

Churchill besprach dann die Bemannungsfrage und er-
klärte, daß die Besatzung in diesem Jahre um 5000 Mann vermehrt
werde und auch künftighin ständig vergrößert werden müsse und
kam dann auf die

Mittelmeerfrage

folgendermaßen zu sprechen: Wir haben für eine Streitkraft zu
sorgen, die imstande ist, im Frieden oder im Kriege die
großen Interessen zu behaupten, die wir seit so
langer Zeit dort besitzen. Die Lage zur See ist dort im Begriff,
sehr wichtige Veränderungen durchzumachen. Augen-
blicklich hat weder Oesterreich noch Italien Dreadnoughts
tatsächlich in Dienst gestellt. Aber in wenigen Wochen, vielleicht
früher, wird der erste italienische Dreadnought dienstbereit sein,
und danach werden beide Mächte in kurzen Zwischenräumen durch
starke, moderne Schiffe verstärkt werden, so daß Ende des Jahres
1915 Oesterreich vielleicht vier und Italien fünf oder sogar sechs
Dreadnoughts besitzt. Wir wollen durchaus nicht annehmen, daß
diese beiden Mächte, deren vergangene Geschichte nicht frei von
Differenzen gewesen ist, die niemals eine Zwistigkeit mit uns ge-
habt haben, und mit denen wir lange Zeit in den herzlichsten,
freundschaftlichsten Beziehungen gestanden haben, sich zu einem
unprovokierten Angriff auf britische Schiffe oder Besitzungen ver-
einigen könnten. (Beifall auf Seiten der Ministerien.) Wir
wollen auch nicht dem Vorschlage zustimmen, daß wir, abgesehen von
unserem überlegenen Sicherheitspielraum in den heimischen Ge-
wässern, eine örtliche Ueberlegenheit im Mittelmeer über die
besten Flotten von Oesterreich und Italien aufrecht erhalten
sollten. Das zu tun, würde heißen, einen Dreimächte-
standard mit 60 Proz. Uebergewicht über die stärkste Macht zur
See zu etablieren. Eine solche Politik würde durch keine Lebens-
bedürfnisse des Staates gerechtfertigt sein. Die Beherrschung des
Mittelmeeres kann nicht behauptet werden, als ob es etwas von
der Allgemeinherrschaft zur See Getrenntes wäre, und jeder Ver-
such, unsere Suprematie zur See auf spezielle Gewässer zu be-
schränken, wäre nicht nur durch eine falsche Strategie, sondern
durch eine schlechte Politik eingeleitet. Der rechte Weg, die briti-
schen Interessen im Mittelmeer zu wahren, besteht darin, eine
kleinste Zahl von modernen Schiffen zu verwenden, die gut genug
sind für die Aufgabe, welche sie zu erfüllen haben. Wir haben daher
beschlossen, sechs ältere Schlachtschiffe von Malta zurückzuziehen
und sie durch vier Schlachtschiffkreuzer vom Indisch-
Ozean zu ersetzen. Diese Schiffe werden im Winter nach dort in See
gehen, und inzwischen wird ein starkes Schlachtschiffgeschwader ver-
fügbar sein, das im Mittelmeer kreuzen kann. Wir beabsichtigen
ferner, die Beschaffenheit der Panzerkreuzer, welche auf Malta
basiert sind, dadurch zu verbessern, daß wir für diese vier Schiffe
vier viel stärkere Panzerkreuzer hinschicken. Diese Geschwader sind
in der Leistungsfähigkeit ihrer Geschütze den Schiffen, die sie er-
setzen, enorm überlegen. Die Verbindung von Geschwindigkeit und
Leistungsfähigkeit der Geschütze bietet große Vorteile, besonders
für den Schutz des Handels. In Vereinigung mit der
Flotte Frankreichs würde dies eine vereinigte
Streitkraft bilden, die stärker ist als alle mög-
lichen Kombinationen. Diese Schiffe können in den Deim-
atgewässern entbeht werden, weil wir ein großes, verstärktes
Uebergewicht in Panzerkreuzern über die stärkste Seemacht besitzen.
Es wird auch möglich sein, die Unterseeboote und Zerstörerflotten
in Malta zu vermehren und eine Torpedobasis in Alexan-
dria einzurichten. Zum Schluß kündigte der Minister für die Zu-
kunft eine weitere Flottenvermehrung im Mittelmeer an.

Die Debatte.

Nach Churchill sprach für die Konservativen Balfour. An
seiner Rede ist bemerkenswert, daß auch dieser Konservative den
Wahnwitz des Wettrüstens zugestehen muß. Er sagte: „Jeder
wäre zugegeben, daß die Ansicht für Europa keine an-
genehme sei. Aber er hoffe, daß, wenn England seine Schuldig-
keit tue, es den Frieden erhalten würde, obschon er sich nicht ver-
hehlen wolle, daß ein moderner Frieden — ist ebenso
hoffnungslos wie ein Krieg in früheren Zeiten, aber
allerdings immer noch viel billiger als ein moderner Krieg.
Meine Hoffnung auf den Frieden, fuhr Balfour fort, ist auf die
Tatsache gegründet, daß ein moderner Krieg insbesondere ein
alles umfassender Krieg, ein so niedererschmetterndes Unglück sein
würde, daß der unüberlegteste Staatsmann erschreckt vor der Aus-
sicht auf ihn zurückweichen würde. Ich nehme an, daß in der

Menschheit noch genügend Vernunft übrig geblieben ist, um sicherzustellen, daß die Organisationen von Mächten auf einer defensiven Basis stehen. Wenn dem so ist, was wird die Folge sein? Das Resultat wird sein, daß jede einzelne Macht, die sich irgendwelchem rücksichtslosen Vorgehen hingibt, sich nicht nur von ihren Freunden getrennt sehen wird, sondern in Konflikt mit einem erdrückend starken Feind. Wenn es zu einem allgemeinen Krieg kommen sollte, dann scheint es mir, daß die Flotten der Tripleallianz jetzt nicht unzureichend sind und sich auch nicht als unzureichend erweisen werden gegenüber jeder Anforderung, die an sie gestellt werden mag. Wenn ich recht verstehe, ist es die Politik der Regierung, nur zu machen, daß das gefährlichste Unternehmen, in das sich ein Staat einlassen könnte, sein würde, Europa in einen Krieg zu verwickeln. Obgleich wir unter der Größe dieser Ausgabe seufzen mögen, muß diese Last doch andauern, solange wie der unheimliche Wettbewerb im Schiffbau andauert. Aber wir wenigstens haben den Trost, daß wir nicht aus Ehrgeiz, sondern für Frieden und Sicherheit bauen.

Hierauf sprach der Ministerpräsident Asquith. Er wüßte in der nachdrücklichsten Weise zu betonen, daß Großbritannien ein höchst widerwilliger Wettbewerber in dem Flottenwettrennen sei. Das Wettrennen ist aber nicht von uns provoziert worden. Wir sind mit enormen Kosten Teilnehmer geworden, nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Zwang der Umstände. Die Ausgaben, so sehr wir sie auch bedauern, sind gerechtfertigt, weil es notwendig ist, die Sicherheit unserer Küsten, unserer Dominions und unseres Handels, sowie den Frieden der Welt zu erhalten. Dies sind die beiden leitenden Momente unserer Politik, die wir stets beobachten werden, welche Partei sich auch im Amt befindet und welche Gruppierung der Mächte auch bestehen mag. Ich mißbillige alles, was nach Panik oder Schrecken ausbleibt, denn ich denke nicht, daß der kleinste Anlaß dafür vorhanden ist. Aber es ist von äußerster Wichtigkeit, daß wir uns Klar machen, was wahrscheinlich sich ereignen wird, und bei Zeiten für die Erfüllung unserer Verantwortlichkeit sorgen. Wir müssen unsere Stellung behaupten, und wir müssen sie in ihrer ganzen Ausdehnung behaupten. (Beifall.) Es hat keine Aenderung unserer Politik im Mittelmeer stattgefunden, aber es hat sich seit Jahren allmählich eine Veränderung vollzogen in dem, was man das strategische Gleichgewicht nennen könnte. Der Schwerpunkt zur See hat sich für uns vom Mittelmeer nach den heimischen Gewässern verschoben. Das bedeutet jedoch nicht, daß es im Mittelmeer keine britischen Interessen zu sichern gibt. Wir müssen im Mittelmeer in der Lage sein, unsere Interessen zu behaupten und gegen alle Zufälle zu sichern, die man vernünftigerweise erwarten kann. Um jegigen Augenblick glaube ich, daß dies der Fall ist, aber es vollzieht sich eine große Aenderung, und ich und die Regierung denken nicht, daß wir unserer Pflicht gegenüber unserem Lande nachkommen können, wenn wir nicht die Art der Zusammensetzung unserer Streitkräfte im Mittelmeer ändern. Das Haus mag sich versichert halten, wenn wir im nächsten Jahr mit verbesserter Kenntnis über die voraussetzlichen Erfordernisse der Sachlage unserer Flotte vorliegen, so werden wir nicht zurückbleiben hinter irgendeiner Forderung, welche unsere Ratgeber für erforderlich erachten, um die britischen Interessen sowohl im Mittelmeer wie in jedem anderen Teile der Welt in voller und angemessener Weise zu sichern.

Die Abstimmung.

Nach weiterer Debatte wurde der Ergänzungskredit für eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes um 1500 Mann mit 291 gegen 42 Stimmen angenommen. Wegen den Kredit stimmten die Mitglieder der Arbeitspartei und einige Radikale.

Flottentreiberei im Oberhaus.

London, 23. Juli. Oberhaus. Lord Selborne lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Regierungserklärungen über die Mittelmeerpolitik. Er sagte, der Schlüssel zur ganzen Situation sei die Tatsache, daß Deutschland beinahe sofort in der Nordsee eine Flotte haben werde, die für einen sofortigen Krieg bereit sei, in einer Weise, wie es keine andere Flotte bisher gewesen sei. Sie mache die Formalität einer Kriegserklärung zu einer reinen Höflichkeit, weil mit einer Flotte von einer solchen Bereitschaft gleichzeitig mit der Kriegserklärung ein Schlag ausgeführt werden könnte. Außerdem werde es in nächster Zukunft eine Flotte von Schlachtschiffen im Mittelmeer geben, die den Verbündeten Deutschlands gehöre. Er hebe die Darlegung der Absichten der Admiralsität im Mittelmeer willkommen, aber er betrachte die Vorkehrungen als Rotbehelf und erklärte, daß die Vorkehrungen schlagend bewiesen, daß England ein ganzes Geschwader von Schlachtschiffen zu wenig habe.

Der Krieg.

Die türkische Krise.

Nach schweren Geburtswehen scheint das neue türkische Ministerium doch zustande gekommen zu sein. Ob freilich die Männer, die heute als Mitglieder des neuen Kabinetts genannt werden, morgen tatsächlich die Bürde ihres Amtes auf sich nehmen, läßt sich bei der allgemeinen Verwirrung nicht sagen. Ebenso wenig läßt sich erkennen, ob die Krise auch eine Kammerauflösung nach sich ziehen wird. Das jungtürkische Komitee will von einer solchen nichts wissen, denn bei etwaigen Neuwahlen könnte es seine terroristischen Praktiken nicht so ungestraft ausüben wie das letztemal. Aber da eine der Hauptforderungen der unbotmäßigen Albaner eben die Auflösung der Kammer ist, das neue Kabinett in erster Linie aber in Albanien Ruhe schaffen muß, wird sich das jungtürkische Komitee zu einem Kampfe auf Leben oder Tod rüsten. Wie sich aber auch die innere Lage der Türkei entwickeln mag, so viel steht fest, daß Deutschland am Bosphorus endgültig verspielt hat. England wird jetzt von den türkischen Parteien als Retter in der Not betrachtet. Die politische Schlappe der deutschen Diplomatie wird natürlich auch nicht ohne wirtschaftlichen Rückschlag bleiben.

Das neue Kabinett.

Konstantinopel, 23. Juli. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, die noch im letzten Augenblick Veränderungen erfahren hat, da Kiamil Pascha das Ministerium des Äußeren nicht angenommen hat, ist folgende: Großwesir der bisherige Präsident des Senats Chasi Ahmed Nuhfar Pascha; Scheich al-Islam: Dschemal-ed-din Effendi; Präsident des Staatsrats: Kiamil Pascha; Justiz: Hussein Hilmi Pascha; Inneres: ehemaliger Großwesir Ferid Pascha; Krieg: Mitglied des höheren Kriegsrats Kasim Pascha; Finanzen: früherer Minister Niaz Pascha; Marine: früherer Minister General Mahmut Nuhfar Pascha; Äußeres: Senator Roxadunghian; Unterricht: bisheriger Unterstaatssekretär Said-Vel. Der Großwesir übernimmt interimistisch das Ministerium des Innern bis zur Rückkehr Ferid-Paschas von seiner Schweizer Reise. Die Dekrete über die Ernennung dieser Minister sind heute veröffentlicht worden. Die Ministerien für öffentliche Arbeiten, für Handel und Ackerbau, sowie für Post und Telegraphen bleiben noch unbesetzt.

Konstantinopel, 23. Juli. Gestern Abend fand in der Pforte, inmitten einer großen Versammlung die feierliche Verlesung des Handbuchs und die Investitur des Großwesirs und des Scheich al-Islam statt. Das Schreiben enthält einen Satz, der besagt, der Sultan erwarte, daß das Kabinett die Ursachen untersuchen werde, die die Unzufriedenheit in gewissen Gegenden, namentlich in Albanien hervorgerufen hätten und gesetzgeberische Maßregeln treffen werde, welche die dem Recht und dem Gesetz widerstrebende Lage ändern und die Ordnung wieder herstellen würden. Da das Ziel und die Entwicklung des Reiches von der gewissenhaften Achtung der Verfassung abhängen, hoffe der Sultan, daß das neue Kabinett seine Kräfte auch diesem Ziele weihen werde.

Eine ungeheure Menschenmenge wartete vor der Pforte und flutete in den Straßen, welche der Zug des Großwesirs passieren mußte. Die Menge begrüßte den Großwesir und besonders auch Nazim Pascha, Kiamil Pascha und Hussein Hilmi Pascha mit Weisfallrufen. Das Publikum, namentlich Offiziere, sagten, das neue Kabinett werde das Vaterland retten.

Der Präsident der Deputiertenkammer erklärte, die Kammer müßte eigentlich von Sai Pascha Erklärungen über die Gründe des Rücktritts des Kabinetts verlangen, aber da das neue Kabinett schon gebildet sei, werde eine Debatte überflüssig. Mehrere Deputierte verlangten, daß Sai Pascha dennoch spreche, worauf die Kammer beschloß, die Minister des zurückgetretenen Kabinetts zu hören.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 23. Juli. Ueber die bereits ange deuteten anarchischen Zustände und die Kämpfe der letzten Tage in Nordalbanien wird noch weiter gemeldet: Die Kämpfe zwischen den Truppen und Aufständischen im Hochgebiete endeten mit dem Rückzuge der Truppen in der Richtung auf Djalova. Die Verluste der Truppen sollen 300 Tote und Verwundete betragen haben. Außerdem wurden zahlreiche Soldaten entworfen. Die Garnison von Djalova hat die Forderungen der Aufständischen anerkannt, worauf die Feindseligkeiten eingestellt wurden. Der Kaimakam von Djalova ist geflüchtet. Der Albanenscheif Niza Vey ist in die Stadt eingezogen. Alle Offiziere fraternisierten mit den Aufständischen. Mehrere haben sich den Arnautenscharen angeschlossen, die von allen Seiten nach der Ebene von Kostowo eilen, wo heute eine große Versammlung stattfinden soll. Die Straße nach Berat ist von Albanern besetzt. Am 20. d. Mts. hat bei Gernoljeva ein heftiger Kampf stattgefunden. Die ganze Garnison von Prizrend hat bis auf ein Bataillon gemeutert. Der Mutessarif mußte demissionieren. Die Albanen von Djuma marschieren gegen Prizrend. Vorgesessene erbeuteten die Albanen einen Munitionstransport von 27 Wagen und entworfenen 80 der begleitenden Soldaten. Am 19. Juli fand ein sechsständiger Kampf zwischen Truppen und Aufständischen bei Bardocva am Drin statt. Der Kampf endete mit der Entwaffnung von 520 Soldaten und 80 Gendarmen. Die Gendarmen der Ortschaften Gora und Suharefa wurden entworfen und mishandelt und mußten schließlich flüchten.

Saloniki, 23. Juli. Die Zivil- und Militärbeamten von Djuma, die von den aufgeregten Arnauten am Leben bedroht wurden, sind in Sicherheit gebracht worden. Die von Mitrovika nach Jpek abgegangene Post wurde unterwegs von Arnauten angegriffen. Ein Bataillon Nizam, welchem einige Gebirgsgeköpfe beigegeben wurden, eilte der aus Gendarmen bestehenden Eskorte zu Hilfe. Nach Abgabe von sechs Schüssen aus den Geschützen wurden die Arnauten angehtlich zerstreut. Die Verluste sind unbekannt.

Wie verlautet, gaben die Offiziere der hiesigen Garnison einander das Wort, sich von politischer Tätigkeit unbedingt fernzuhalten und dafür zu sorgen, daß jene Offiziere, welche sich nicht auf ihre militärische Dienstpflicht beschränken, zur Anzoge gelangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli 1912.

Die christlichen Gewerkschaften als Dämme gegen die rote Flut.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hatte behauptet, daß im Herrschaftsgebiet der „Berliner“ die Sozialdemokratie rascher wachse als dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren. So hätten sich im Wahlkreis Trier in einer Reihe Ortschaften, in denen es keine christlichen Gewerkschaftler gebe, die sozialdemokratischen Stimmen um mehr als 100 Proz. vermehrt, während in den Orten des Kreises Saarbrücken, die Hochburgen der christlichen Gewerkschaften seien, die sozialdemokratische Stimmenzahl zurückgegangen sei.

Während wendet sich die „Trier Landeszeitung“ gegen diese pharisäische Kampfesweise. Sie schreibt, es sei nicht wahr, daß es in den betreffenden Orten des Trierer Wahlkreises keine christlichen Gewerkschaften gebe. Was Saarbrücken anlangt, so hätten die Sozialdemokraten in keiner einzigen „Hochburg der christlichen Gewerkschaften“ auch nur eine Stimme verloren, gestiegen sei aber ihre Stimmenzahl in den „Hochburgen“ Dudweiler von 85 auf 106, Herrensohr von 12 auf 38, in Wittlingen von 46 auf 68, also um 26 bis 217 Proz. In Trier seien die Stimmen der Roten seit 1907 um 33 Proz., in Saarbrücken aber um 42 Proz. gestiegen. Bei dem Scheinwähler der „W. A. Z.“ handle es sich um nichts anderes als um eine Fortsetzung des Verdächtigungsfeldzuges der „Rölnischen Volkszeitung“. Es scheine System in der Sache zu liegen, den Bezirk Trier zu verdächtigen.

In Wirklichkeit schlägt natürlich weder Trier-Berliner noch M.-Gladbacher Lymphe gegen das rote Gift. Wenn es in den Domänen der Schwarzen noch langsam vorwärts geht, so liegt das lediglich an der von der Kaplanokratie in ein betwunderswertes System gebrachten Absperrung der Bevölkerung gegen die rote Literatur. Aber vorwärts geht es trotzdem, denn wir zählten rote Stimmen:

	1898	1907	1912
Trier	280	975	1346
Saarbrücken	710	2022	4187
Saarburg	143	408	1112
Dudweiler-St. Wendel	112	571	1627

Ueber den Gesekentwurf betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren

hat die Kommission, die während der Verlesung des Landtages weiter gearbeitet hat, schriftlichen Bericht erstattet. Der Entwurf hat in einigen Punkten wesentliche Umänderungen erfahren. So sollten nach § 1 der Regierungsvorlage, der auch das Herrenhaus zugestimmt hat, die öffentlichen Sparkassen verpflichtet sein, von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge zwischen 20 bis 30 Proz. in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen. Der für die einzelne Sparkasse maßgebende Mindestbetrag sollte durch die Satzung bestimmt werden; in Ermangelung einer Satzungsvorschrift sollten als Mindestbetrag 25 Proz. des verzinslich angelegten Vermögens gelten. Die Kommission hat dem § 1 folgende präzisere Fassung gegeben:

Die öffentlichen Sparkassen haben von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen, und zwar erstens 10 vom Hundert, wenn ihr Einlagebestand 2 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Grundstücksbesetzungen und die Gewährung von Darlehen als Personalkredit nach der Satzung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk belegen ist, beschränken, — zweitens 15 vom Hundert, wenn ihr Einlagebestand 10 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Ausleihungen (Nr. 1) nach der Satzung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk belegen ist, und die angrenzenden Kreise beschränken, — drittens 20 vom Hundert, wenn unter sonst gleicher Voraussetzung wie bei der Nr. 2 der Einlagebestand zwanzig Millionen Mark nicht übersteigt, — viertens 25 vom Hundert in allen anderen Fällen.

Auch der § 7, der von der Verwendung der Ueberschüsse der Sparkassen handelt, ist klarer gefaßt; er lautet nach den Beschlüssen der Kommission:

§ 7 soll folgenden Wortlaut erhalten: Sparkassen, welche von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge unter 25, aber nicht unter 15 Proz. in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen haben, können, ohne daß es dazu einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf, von ihren bei der Rechnungslegung sich ergebenden Jahresüberschüssen zu öffentlichen dem gemeinen Nutzen dienenden Zwecken des Garantieverbandes verwenden: a) ein Drittel, wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 2 Proz. oder mehr, aber noch nicht 5 Proz. der Spareinlagen beträgt, b) die gesamten Jahresüberschüsse, wenn der Sicherheitsfonds 5 Proz. oder mehr der Spareinlagen beträgt.

Sparkassen, welche mindestens 25 Proz. ihres verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen haben, können, ohne daß es dazu einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf, von ihren bei der Rechnungslegung sich ergebenden Jahresüberschüssen zu öffentlichen dem gemeinen Nutzen dienenden Zwecken des Garantieverbandes verwenden: a) die Hälfte, wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 2 Proz. oder mehr, aber noch nicht 5 Proz. der Spareinlagen beträgt, b) die gesamten Jahresüberschüsse, wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 5 Proz. oder mehr der Spareinlagen beträgt.

Soweit Sparkassensparungen für die Garantieverbände günstiger Vorschriften über die Verwendung der Sparkassensparungen enthalten, werden sie durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

Als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist der 1. Januar 1913 in Aussicht genommen. Durch eine von der Kommission beantragte Resolution wird die Regierung ferner ersucht, eine Uebersicht darüber vorzulegen, in welchem Umfange die öffentlichen Sparkassen durch Barvorräte oder vorübergehende Belegung der Barbestände bei anderen Sparkassen oder sonstigen Kreditinstituten zurzeit für ihre Liquidität gesorgt haben.

Ob mit dem Entwurf, wenn er Gesetz wird, der Zweck der Hebung des Kurses der Staatspapiere erreicht wird, ist im höchsten Grade fraglich. Gewiß pflichten wir dem Finanzminister darin bei, daß der Staat ein großes Interesse daran habe, die Kurse seiner Staatspapiere nicht weiter sinken zu lassen, aber er irrt sich, wenn er glaubt, daß das dadurch verhindert werden kann, daß er sich in den Sparkassen einen festen Abnehmerkreis für seine Anleihen schafft. Solange der Zustand weiter besteht, daß alljährlich größere Anleihen auf den Markt gebracht werden, wird auch der Kurs der alten Anleihen dadurch jedesmal weiter herabgedrückt werden. Vor allem aber liegt kein Grund vor, den Sparkassen den Kursverlust aufzubalsen. Die Folge davon wird eine Befestigung der Sparkassen sein, und die Sparkassen werden sich genötigt sehen, um die Belastung weit zu machen, weniger Zinsen zu zahlen. Den Schaben davon haben naturgemäß die kleinen Sparer. Die Gemeinden haben allen Grund, sich gegen dies Gesetz, das einen erheblichen Eingriff in ihre Selbstverwaltung bedeutet, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen.

Die deutsche Frau gegen das Gorillaweibchen.

Eine deutsche Frau, Toni v. Rathstus, hat es für notwendig gehalten, in der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ den Konkurrenzkampf gegen das Gorillaweibchen zu eröffnen. Bardon, gegen das „halbe Gorillaweibchen“, die schwarze Weiblichkeit. Mit der flammenden, sittlichen Enttastung einer rassistischen, deutschen Frau schreibt sie:

„Gibt es Leute, die den Mut haben, eine deutsche Frau derartig herabzusetzen, indem sie ihr diese schwarzen Weiber als vor dem Gesetz gleichberechtigt zu stellen wagen? Eine solche Entschlebung, wie der Reichstag sie annahm, bedeutet sämtlichen weihen Frauen hier einen Schlag ins Gesicht. Wir leben in Kampf und Weiblichkeit hier draußen, und ein halbes Gorillaweibchen — viel höher steht die größere Hälfte der schwarzen Weiber hier nicht — wird nicht zu der dem weihen Manne nötigen Gehilfin und Gefährtin dadurch gemacht, daß sie das Recht des Gesetzes und den Segen der Kirche erhält. — Wer mit dem Einwand kommt, die schwarzen Schwwestern und Brüder könnten ertragen und auf eine höhere Stufe gebracht werden, solchen Humanitätsphantasten sollte man empfehlen, sich erst selbst einmal zu diesem Kulturdünge herzugeben. Wir deutschen Frauen müssen eine Wische hochhalten, und tun wir das stets alle ausschließlich und unbedingt, so wird sie trotz Recht und Gesetz nur Ausnahme bleiben.“

Wenn Frau Toni v. Rathstus trotz des seit Jahren so lebhaft betriebenen Imports weicher Heiratskandidatinnen eine solche Philippika gegen die Gorilla-Weibchen loszulassen für nötig hält, muß deren Konkurrenz doch recht unbequem sein!

Ein Infanterie-Explosionsgeschoh gegen Ballons.

Unsere Luftmilitaristen versprechen sich Wunderdinge von unseren Lenkbällen für die Kriegsführung, zumal es in der letzten Zeit gelungen ist, den Lenkbällen, namentlich denen des starren Systems, eine Geschwindigkeit zu geben, die der der langsameren Flugmaschinen entspricht. Soll doch der neueste Zeppelin als das geschwindigste Lenkluftschiff fast 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit erreicht haben, während allerdings die schnellste Flugmaschine (Vedrines Déperdussin-Eindecker) es bereits auf 170 Kilometer Stundengeschwindigkeit gebracht hat. Da die Lenkbälle sich bedeutend länger in der Luft zu halten vermögen, als zurzeit eine einzelne Flugmaschine, und auch den Abwurf ungleich schwererer Bomben gestatten, glaubte man den militärischen Wert namentlich der Zeppelin-Luftschiffe sehr hoch anschlagen zu müssen. Und wenn auch die einzelnen Staaten sich bereits mit Ballonabwehrkanonen ausgerüstet haben, so glaubte man doch, daß solche Geschütze häufig gerade dort fehlen würden, wo man sie gebraucht. Nun ist aber, wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, eine Erfindung gemacht worden, die den Lenkbällen höchst gefährlich werden dürfte. Man hat nämlich kürzlich ein neues Explosionsgeschoh für das Infanteriegewehr konstruiert und an Fesselballons erprobt, das die sofortige Explosion des beschossenen Ballons zur Folge gehabt haben soll. Nach der Zeitschrift „Schuß und Waffe“ soll durch diese neue Erfindung die ganze Frage des Ballonabwehrkanonen gelöst worden sein — durch das neue Infanteriegewehr.

Ob damit aber nicht auch der militärischen Verwendung des Lenkbalkens der Garau gemacht sein wird? Solange man nur mit besonderen Kanonen die Zepeline und Parabels zu bekämpfen vermochte, da die Treffer der Infanteriegeschosse bei ihrem kleinen Ein- und Ausschlag, der nur winzige Wassermengen entweichen ließen, den Fahrzeugen wenig anzuhaben vermochten, schienen diese Lenkbalken einermäßig gegen die Beschädigung. Wenn es aber gelingen resp. gelungen sein sollte, (und eine solche Erfindung müßte ja bei dem heutigen Stande der Chemie und Technik kommen), durch Infanteriegeschosse die Füllung des Lenkbalkens zur Explosion zu bringen, so wäre damit der militärischen Verwendbarkeit des Lenkbalkens ein schier unübersehbares Hindernis entgegengesetzt. Denn Infanteriewaffen mit den entsprechenden Explosivgeschossen sind jeder kleinsten Truppenabteilung beizugeben, und die Beschädigung eines so großen Gegenstandes, wie es ein Luftballon ist, wird selten resultatlos bleiben.

Man sollte deshalb bei dem Aufrüsten denn doch die nötige Vorsicht beobachten und nicht Millionen für Luftfahrzeuge vergeuden, deren Wert ein mehr als fraglicher ist!

Vollkommen durchgezogen.

Eine freundliche Einladung richtet der humorbegabte Landtagsdreschreiber des demokratischen „Wärgung Journals“, der Abgeordnete Böhl, an die Redaktion des ultramontanen „Frankfurter Volksblattes“ des Abgeordneten Liborius Gerstenberger. Seinem letzten Landtagsbrief sagt er nämlich folgende persönliche Schlussbemerkung bei:

„Vor einigen Wochen meinte einer der Vereinten Landtagsdreschreiber des „Frankfurter“, ich sei ohne jeden Erfolg in Vad Reuhaus vier Wochen im Salzwasfer gelegen. Zur Ehrenrettung dieses aufstrebenden Auktors muß ich dies für unrichtig erklären. Seine Quellen haben wie immer ihren Zweck erfüllt und die Redaktion des Libori-Blattes kann sich durch eine einfache Zungenprobe überzeugen, daß ich vollkommen durchgezogen bin.“

Politik in der Kaserne!

Eine neue Methode des Kampfes gegen die Sozialdemokratie wird in Braunschweig zurzeit in Anwendung gebracht. Die zur Entlassung kommenden Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 92 und die des Infanterieregiments Nr. 17, beide in Braunschweig, wurden am Dienstag und Mittwoch nachmittag mit den Unteroffizieren unter Führung von Offizieren in das Exerzierhaus bezw. die Reitbahn kommandiert, um Vorträge des Oberpostassistenten Veschee aus Magdeburg über das „Wesen der Sozialdemokratie“ und den Wert der Kriegervereine anzuhören. Der Redner stattete den Regimentern zunächst seinen Dank dafür ab, daß man ihm gestattet habe, zu den Soldaten sprechen zu können, um sie für eine gute Sache zu begeistern. Denn die Bestrebungen der Armee und der Kriegervereine seien die gleichen, und ihre beiderseitigen Ziele gipfelten in der Vertiefung nationalen und vaterländischen Pflichtbewußtseins, in der Befähigung rückhaltloser Treue für Monarchie und Vaterland. Dann verbreitete er sich eingehend über das Wesen der Sozialdemokratie; wie wird leider in der bürgerlichen Presse nicht gesagt, um dank zum Beitritt in die Kriegervereine aufzufordern, deren Verdienste im Unterstützungswesen er über den grünen Alee lobte. Von dem Magdeburger Kriegerverein sind den beiden Braunschweiger Regimentern auch je 50 Exemplare der Broschüre „Hoch lebe der Reservemann“ überwiesen worden, die vom Deutschen Kriegerbunde herausgegeben worden ist.

Das Unterstützungswesen der Kriegervereine ist in seiner Wirkung allerdings mächtig genug, denn der ganze Landwehrverband für das Herzogtum Braunschweig z. B. mit seinen annähernd 25 000 Mitgliedern zahlt im Jahresdurchschnitt etwa 33 000 M. an Unterstützung aus, während zu derselben Zeit die freien Gewerkschaften der Stadt Braunschweig mit ihren 14 000 Mitgliedern allein weit über 200 000 M. als Unterstützung an ihre Mitglieder zurückerlassen lassen.

Der Herr Oberpostassistent wird die Vorträge selbstverständlich in seiner freien Zeit und nicht etwa gar in seinen Dienststunden gehalten haben. Auch wird der gesunde Sinn die Reservisten zwar davor bewahren, daß sie sich an dem zweifellos sehr gemischten Geistesgebräu des Herrn Veschee den Magen verderben. Immerhin aber ist die Frage berechtigt, wie kommen die Regimentskommandeure dazu, die Reservisten zu offenkundig politischen Versammlungen und Vorträgen zu kommandieren, die für sorglicher Weise unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden? Gegen solchen Mißbrauch der Kaserne muß denn doch energisch protestiert werden.

Erzberger-Eiermudeln.

Herr Erzberger wird immer berühmter. Ein katholischer Rudeinfabrikant ist jetzt sogar auf den schlauen Einfall gekommen, seine Eiermudeln als „Erzberger-Eiermudeln“ in den Handel zu bringen. Das Zentrumblatt, der „Oberschlesische Anzeiger“ in Ravensburg enthält folgende Anzeige:

Geehrte Hausfrau! Wenn Sie die Garantie haben wollen, hochfeine Eiermudeln zu bekommen, so verlangen Sie die neueste „Marke“

„Erzberger“

1/2 und 1/3 Pfundpaete, welche, wie sämtliche anerkannten Fabrikate aus der Eierleigwaren- und Eiermalkaronsfabrik Vergatreute in den meisten einschlägigen Geschäften zu haben sind. Beachten Sie bitte die Ravensburger Ausstellung bei Herrn Frey Strehle.

Hoffentlich sind die Eiermudeln von Vergatreute genießbarer als Herr Erzberger aus Buttenthausen.

Was manche Agrarier verdienen.

belaucht die Reueverpachtung der pommerschen Domäne Jastrow, die vorige Woche in Stroßund erfolgte. Der bisherige Pächter zahlte bei 15-jähriger Pachtdauer 17 000 M. jährlichen Pachtzins. Um seine Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen und das Gut auf die gleiche Reizdauer nochmals zu bewirtschaften, bot er sofort 40 000 M. an! Nachspacht und erhielt so als Höchstbietender den Zuschlag.

Der Mann muß doch wohl wissen, daß das Gut ihm soviel einbringt. Die von ihm herbeigeführte Pachtsteigerung um circa 123 Proz. erweitert jedenfalls, daß die Wucherzölle gar „segensreich“ wirken. Die Standesgenossen des Pächters sollen übrigens wegen dieses Angebots sehr erbittert sein, da es gar zu offen verrät, daß es mit dem agrarischen Notgeschrei etwelc Dumbbug ist!

Erledigtes Reichstagsmandat.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, ist in Dönhelm Pfarrer Dr. Wilh. Reichstagsabgeordneter für Schleißstadt und Mitglied der eckhart-loschringischen Zentrumsparlei, nach längerem Leiden gestorben. Es muß deshalb im Wahlkreis Schleißstadt eine Ersatzwahl stattfinden. Bei der letzten Wahl erhielten Dr. Wilh. 8340, der sozialdemokratische Kandidat 4065 Stimmen. Ein liberaler Kandidat war nicht aufgestellt. Der Kreis kann also als sicherer Zentrumsbefug gelten.

Oesterreich.

Einschränkung der Immunität.

Nachdem nun auch das Oberlandesgericht Wien die Beschwerden der „Arbeiter-Zeitung“ gegen die Konfiskation einer im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses gehaltenen Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten verworfen hat und ein weiteres Rechtsmittel nicht offen steht, kann die Immunität der Kommissionsberichte als glücklich beseitigt gelten. Natürlich geschah diese Vereinerung des Volksrechts unter deutschfreibühlichem Justizregime.

England.

Nach der Wahl in Hanley.

Aus London wird uns geschrieben: Es scheint, daß sich die schwere Wahlniederlage der Arbeiterpartei in Hanley noch zu einem großen Segen für die Partei gestalten wird. Der praktische Beweis, daß der Liberalismus die Arbeiterpartei wenigstens in einzelnen von der Arbeiterpartei vertretenen Wahlkreisen, sobald er nur will, ohne weiteres erdrücken kann, hat auch die selbstgefälligen Arbeiterführer aus ihrem Gleichmut gerissen und die ganze Partei auferweckt. Auf allen Seiten bemüht man sich, den Ursachen der Niederlage nachzugehen, und wie verschiedene Umstände auch von verschiedenen Personen zur Erklärung angeführt werden, so versucht doch keiner die Niederlage zu beschönigen oder hinwegzuinterpulieren, sondern alle erkennen als Hauptursache die innere Ungenügsamkeit der Partei selber an. Der eine Reitschreiber der Liberalen hat tiefer gewirkt als alle wohlmeinenden und böswilligen Kritiken der letzten Jahre zusammengenommen. Wenn diese Stimmung sich zu entschlossenem Handeln verdrängt, dann wird der Rührerfolg von Hanley und etwa noch zu folgender ähnlicher Rückschläge nicht vergebens gewesen sein, sondern die Saat künftiger Erfolge legen.

Die neueste Nummer des „Labour Leader“, des amtlichen Organs der L. P. und halbamtlichen Organs der Arbeiterpartei, beschäftigt sich an nicht weniger als sieben verschiedenen Stellen mit dem Wahlergebnis von Hanley. Von ihm handelt sowohl der Leitartikel wie der Wochenkommentar der Redaktion, die Wahl besprechen der parlamentarische Führer der Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, der nationale Wahlagent der Partei, Peters, und der parlamentarische Berichterstatter des „Labour Leader“, und derselbe Gegenstand leitet in mehreren Zuschriften von Korrespondenten wieder. Das größte Interesse beansprucht der Artikel MacDonalds, weil er gewissermaßen eine offizielle Kundgebung der Arbeiterfraktion darstellt.

MacDonald erklärt zunächst, daß jeder, der an dem Wahlkampf teilnahm, die Niederlage erwarten mußte. Die Ursachen seien nicht schwer zu entdecken und müssen der Partei zu denken geben. Als der Britische Vergarbeiterverband eine Abstimmung darüber vornahm, ob er sich der Arbeiterpartei anschließen solle, stimmte der Distriktsverband von Staffordshire konsequent dagegen und fügte sich nur aus Loyalität zum Gesamtverbande. Seitdem hat sich die Partei um die Vergarbeiter von Staffordshire nicht gekümmert. Es wurden keine Agitationsversammlungen abgehalten und kein Versuch wurde gemacht, eine Parteiorganisation im Kreise zu schaffen. Die Zentraleitung der Arbeiterpartei hat zwar seit Jahren den Vergarbeiterverband aufgefordert, darauf zu bestehen, daß ihre Mitglieder in den von ihnen gewonnenen Wahlkreisen eine echte Arbeiterorganisation schaffen und den liberalen Wahlorganisationen die finanzielle Unterstützung zu entziehen. Der Vergarbeiterverband versicherte jedesmal, daß er unverzüglich eingreifen werde. Er hat aber nichts getan. Er duldet bis zum heutigen Tage, daß Vergarbeiterorganisationen Advokaten und anderen Leuten, die eigentlich liberale Agenten sind, Geld zusteden. Den jährlichen Betrag, den der bisherige Abgeordnete Edwards zum Zwecke des Aufbaus einer Arbeiterorganisation von dem Vergarbeiterverbande erhielt, zahlte er nominell für Wahlregistrationszwecke an liberale Beamte weiter. Edwards war überzeugt, daß die Liberalen von Hanley auch nach seinem Tode die Herkunft des Geldes respektieren und einen Arbeiterkandidaten unterstützen werden. Alle Argumente MacDonalds konnten ihn nicht von dieser Ansicht abbringen. Jetzt muß die Partei dafür büßen.

Die Liberalen, schreibt MacDonald weiter, haben allen Grund zu triumphieren, aber er hoffe, daß die Arbeiterpartei so schnell wie möglich alle Mandate verlieren wird, die sie unter solchen Umständen wie in Hanley besitzt. Wenn die Liberalen aber meinen, daß alle Arbeitervertreter ihre Mandate ihrer Gunst verdanken, dann können sie Enttäuschungen erleben. Er gebe zu, daß dies bei manchen Vergarbeitermandaten zutrifft, aber dies sei nicht der Fehler der Arbeiterpartei, und es sei zu hoffen, daß der Vergarbeiterverband nur schleunigst das Versäumte nachholen wird. Er glaube aber nicht, daß das bei den übrigen Arbeitermandaten zutrifft. Wenn die Liberalen glauben, wie behauptet worden ist, daß er, MacDonald, sein Mandat in Leicester der Gnade der Liberalen verdanke, so sollen sie doch mal versuchen, ihn zu verdrängen.

Die Moral des Wahlkampfes steht MacDonald darin, daß die Organisation der Partei ausgebaut werden müsse. Die Partei habe lechzig geschlafen und es sich bequem gemacht. Mit den Versammlungsbredeln allein ist es nicht getan; es bedarf der stetigen, mühsamen Organisationsarbeit. Die Liberalen lieben die Arbeiterpartei nicht und werden alle aus dem Parlament vertreiben, wenn sie es können. Ihre ganze Sozialpolitik verfolgt nur den Zweck, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen. So das Budget von 1909. Jetzt haben sie die neue Bodenpolitik erfunden, um unser Wachstum zu verhindern. Es ist ein tödliches Spiel, wenn es auch den Liberalen einige unwürdige Siege bringen mag, denn schließlich wird es die liberale Partei selber sprengen.

Deshalb müssen wir alle Kraven anstrengen, um nicht nur unsere Sitze zu behaupten, sondern auch neue zu erobern. Wir kennen unsere parlamentarische Stellung erobert, als wir imstande waren, jedem Gegner die Stirn zu bieten. Auch dann nur werden wir unsere Kraft vermehren können. Machen wir uns an die Arbeit.

Somit MacDonald. Die Bemerkung über die liberale Sozialpolitik ist nicht nur ganz und gar unmacdonaldisch, sondern auch ganz unlogisch. Ist die liberale Sozialpolitik nur ein unehrlicher und tödlicher Trid, der Arbeiterpartei den Wind aus den Segeln zu nehmen, warum hat sie und vor allem MacDonald selber, diese Sozialpolitik, einschließlich des Budgets von 1909, fast kritiklos unterstützt? Aber immerhin ist dieser Artikel die entscheidendste und unabhingigste Keufierung, die man seit Jahren von MacDonald gehört hat. Hoffentlich hält dieser Geist bei ihm an und trägt positive Früchte.

Die Redaktion des „Labour Leader“ und der Wahlagent der Partei verlangen vor allem eine Reform der Kandidatenauswahl, damit Kandidaten aufgestellt werden, die den neuen Geist der englischen Arbeiterklasse besser interpretieren. Andere Mitarbeiter fordern namentlich eine viel entschiedener Haltung der Arbeiterfraktion im Parlament, damit die Wähler selber einen wirklichen Unterschied zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen sehen.

Norwegen.

Die Friedensapostelkonferenz.

In der vorigen Woche fand in Christiania ein skandinavischer „Friedenskongress“ statt, auf dem eine bunte Gesellschaft paradiesender Schönredner sich Stelldichein gab. Vom fanatischen Verteidigungsnihilisten bis zum millionenbewilligenden Racineenhüftler war alles vertreten, das sich gern an schönen Reden berauscht. Die Tagesordnung enthielt u. a. folgende Punkte: Die völkerrrechtliche Stellung und Pflichten der skandinavischen Staaten hinsichtlich der Neutralität in einem Kriege zwischen Großmächten; 2. Kann und soll ein neutraler Staat eine effektive Verteidigung der Neutralität leisten? 3. Zusammenwirken zwischen den nordischen Friedensfreunden; 4. Der Tripoliskrieg und die Friedensbewegung; 5. Vorkott gegen einen kriegerischen Angreifer, der das Völkerrecht verlegt; 6. Notwendigkeit und Bedürfnis einer internationalen Weltsprache. Zum letzten Punkt war der Stockholmer Bürgermeister Lindhagen als Referent gewonnen worden. Eine im Sinne einer internationalen Hilfssprache abgefaßte Resolution fand Annahme. Nach einem Vortrag Lindhagens über das Recht der Nationen auf ein unterleibliches, freies, selbständiges Leben wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Der Referent bezeichnete, nach dem Bericht im Christiania „Sozialdemokraten“, es als naiv, für die Herabsetzung der Nützlichkeiten zu arbeiten, die Zeit sei schon gekommen, wo die Abschaffung der Kriege bereits im Anzuge sei. Einstweilen herrsche aber die „Kriegsmoral“. Die Hauptarbeit müsse auf die Errichtung einer „internationalen Rechtsgesellschaft“ gelegt werden. Den Tripoliskrieg fand der Redner dabei vom italienisch-nationalen Standpunkt aus verständlich.

Der einzige Beschluß, dem Wirkungen folgen werden, war der auf Errichtung eines Friedensmonuments aus Anloß des hundertjährigen Friedens zwischen Schweden und Norwegen. Bei der Gelegenheit (1914) wird die Kannegeheire fortgesetzt werden. Im übrigen will man in der Vorkottfrage u. a. auch das internationale sozialistische Bureau in Brüssel bemühen. Beabsichtigt ist, solche Staaten wirtschaftlich zu isolieren, die im Kriegsfall das Völkerrecht verlegt haben oder sich weigern, sich einem schiedsgerichtlichen Ausgleich zu fügen.

Man würde über diese Veranstaltungen zur Tagesordnung übergehen können, wenn es in Skandinavien nicht auch Mitglieder der Sozialdemokratie gäbe, die sich daran beteiligen. Wir glauben bestimmt, daß es auch im Norden nützlichere Arbeiten für das Proletariat gibt, als sich auf diesen Paraden bürgerlicher Inkonsequenz und Hilflosigkeit zur Schau zu stellen.

Rußland.

Eine Soldatenmeuterei.

Petersburg, 23. Juli. In einer offiziellen Mitteilung werden Einzelheiten veröffentlicht über eine Meuterei, die am 14. Juli im Lager des ersten und zweiten Bataillons der Turkestan-Pioniere in der Nähe von Tashkent stattgefunden hat. Die Meuterei, die fast 130 Mann stark waren, beschossen das Lager. Das Schießen dauerte vom Abend des 14. Juli bis zum nächsten Morgen. Dann war die Ruhe wieder hergestellt. Schützen und Kosaken umzingelten das Lager der aufständischen Pioniere und entwaffneten sie. In dem Kampfe waren auf Seiten der treuen Truppen zwei Soldaten getötet und vier Offiziere sowie 12 Soldaten verwundet worden.

Marokko.

Zur Lage in Marrakesch.

Paris, 23. Juli. Aus Marrakesch wird unter dem 18. Juli gemeldet, daß es dem französischen Agenten gelungen sei, Et Glau und Mtugi wieder zu verschonen. Sie hätten darauf beschloffen, dem Vormarsch des Präidenten Siba entgegenzutreten. Mtugi ist nach Tiffi aufgebrochen, um die erforderlichen Streikkräfte zu sammeln.

Mogador, 23. Juli. Ein Teil der europäischen Kolonie von Marrakesch ist gestern in Safi eingetroffen. Das marokkanische Fischerboot „Marrachi“, das an der Küste Polizeidienste verricht, soll vor Agadir beschossen worden sein. Der französische Kreuzer „Cosmao“ ist dorthin abgegangen.

Ein Kampf in der Nähe von Fes.

Fes, 23. Juli. In der Nähe des Lagers der Abteilung Marrach kam es zwischen drei senegalesischen Bataillonen, einem Bataillon afrikanischer Truppen und aufständischen Jaian zu einem ersten Zusammenstoß.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

In der Kreisversammlung für den 6. schlesischen Wahlkreis (Dresden-Land) wurde konstatiert, daß die Kreisliste zum erstenmal bei der Einnahme 100 000 M. überschritten hat. Die Einnahme belief sich auf 103 511,67 M., das ist in den letzten vier Jahren eine Verdoppelung. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen betragen vor vier Jahren 45 063 M., im letzten Jahr 82 574 M., gegen das Vorjahr 14 000 M. mehr. Als eine große Wohlthat hat sich der vor einigen Jahren von dem 4., 5. und 6. Wahlkreise gegründete Wahlfonds erwiesen, der durch das Ableben einer Extramarke, allvierteljährlich, geschaffen wurde und die Höhe von 30 000 M. erreicht hatte. Hierdurch war es möglich, den ärmeren Wahlkreisen im ostschlesischen Agitationsbezirke Unterstützungen zuteil werden zu lassen, und schon jetzt ist vorauszu sehen, daß der Bezirk Ostschlesien für die Zukunft Zuschüsse aus Berlin nicht mehr bedarf. In den Ausgaben steht an erster Stelle der Beitrag an den Parteivorstand zu Berlin mit 16 550 M.; die nächstgrößeren Posten betreffen hauptsächlich die Reichstagswahl oder stehen mit ihr im Zusammenhang. Aber auch zu anderen Zwecken sind ganz bedeutende Beträge aufgewendet worden. Die Einnahme bei der Waifeier bezifferte sich auf 1856 M., für Wahlfondsarbeiten wurden im vergangenen Jahre 5452 M. vereinnahmt. Die Beitragsleistungen betragen pro Jahr und Mitglied 45,76 Beitragswochen. Die Mitgliederzahl beträgt 18 606, gegen 1837 Mitglieder im Jahre 1901. Auf die Landesversammlung wurden 12 Genossen und eine Genossin delegiert.

Die Kreisgeneralversammlung nahm nach längeren Debatten folgenden Antrag an den Parteitag an: „Da der Punkt 6 unseres Parteiprogramms sehr oft derart ausgelegt wird, als sei für die Partei die Religionsfrage eine private Sache, mit der die Partei sich nicht befassen dürfe, erkennt der Parteitag ausdrücklich an, daß die Aufklärung über die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft wesentlich Aufgabe der Partei, insonderheit der Parteipresse sein muß. Der Parteitag erkennt weiter an, daß die Bekämpfung der kirchlichen Kirche, die eine Herrschaftsorganisation der staatlichen Macht darstellt, Parteifache geworden ist, deshalb, weil derjenige, der die Macht hat, bekämpft, auch deren Mittel, in diesem Falle die Kirche, mit bekämpfen muß. Der Parteitag spricht deshalb den Wunsch aus, daß die Parteiorganisationen auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht erfüllen.“

Stenliste der Partei. In Stuttgart starb der Genosse Alois Kurnhamer, der besonders während der Zeit des Sozialistengesetzes für die Partei tätig war und sich als fassierender der verbotenen Parteiorganisation der Ausgewiesenen angenommen hat.

Gewerkchaftliches.

Netze.

Ueber die schwere Verletzung eines Hingegardisten während des Streiks in den Friedrichsfelder Steinzeugwerken haben wir bereits berichtet. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ läßt sich diese Gelegenheit natürlich nicht entgehen, um zu wehklagen, daß „ein fast wehrloser Mann in Friedrichsfeld in feiger und hinterlistiger Weise einfach deshalb niedergeschlagen und niedergestochen worden sei, weil er anderer Ansicht war, als den Arbeitern von der Organisation beigebracht wurde“. Ueber den Fall selbst berichtet das Blatt in der bei ihm bekannnten tendenziösen Weise:

„Einige der Arbeitswilligen der bestrittenen Steinzeugwarenfabrik in Friedrichsfeld verließen diese, um im Dorfe ein Glas Bier zu trinken. Auf Veranlassung der streikenden Arbeiter wurde ihnen bei einem Händler und in zwei Wirtschaften die Vergabe von Bier verweigert. Die Leute ließen sich trotz der jeweiligen Verweigerung nichts zuschulden kommen und benahmen sich sehr anständig. Inzwischen hatten sich allmählich um einen Streikposten streikende Arbeiter versammelt, um nach 11 Uhr am badi-schen Bahnhof die arbeitswilligen Leute zu überfallen. Als diese sahen, daß sie sich einer bedeutenden Uebermacht gegenüber be-fanden, suchten sie auf verschiedenen Wegen so schnell als möglich in die Fabrik zu gelangen. Nur einem Arbeitswilligen gelang dies nicht. Er fiel in die Hände der streikenden Arbeiter und langte blutüberströmt um 11¼ Uhr in der Fabrik an, um sofort zusammenzubringen. Die Untersuchung ergab, daß der Mann mindestens zehn Messerstiche in den Leib und diverse Schläge auf den Kopf erhalten hatte. Der Mann hatte vorher, als die Horde der Streikenden über ihn herfiel, um sich zu schützen, von seinem Revolver Gebrauch gemacht und zwei Schüsse daraus abgegeben, die die in der Fabrik stationierte Gendarmrie alarmierten. Der Verletzte wurde mit dem Krankentransportwagen nach Heidelberg in das Krankenhaus transportiert, wo er hoffnungslos dar-niederliegt.“

Den wahrheitsgemäßen Vorgang in dieser Sache haben wir, soweit wir dazu in der Lage waren, bereits geschildert. Interessant ist, daß die Arbeitgeberzeitung den verletzten Ar-beitswilligen als einen „fast“ wehrlosen Arbeiter bezeich-net, während sie später zugibt, daß er vorher, als die Horde der Streikenden über ihn herfiel, zwei Schüsse aus seinem Re-volver abgegeben hatte. — Wir haben bisher über den Fall sehr zurückhaltend berichtet, weil noch keine authentische Auf-klärung hierüber vorliegt. Vielleicht erkundigt sich aber ein-mal das Scharfmacherblatt in Mannheim danach, weshalb einige Tage nach der Affäre zwei Hingegardisten in Ketten-untersuchungsgewahrsam eingeliefert wurden, und vielleicht berichtet das Scharfmacherblatt hierüber in seiner nächsten Nummer. — Es versteht sich am Rande, daß die Arbeitgeberzeitung diesen Fall benutzt, nachdem sie „gehört hat, daß sich die Staatsanwaltschaft in Mannheim der Sache angenommen und drei Verhaftungen Streikender bodgenommen worden sind“, um in schrillem Tonen wieder einmal die Notwendigkeit zu betonen, daß „für arbeitswillige Leute ein größerer gesetz-licher Schutz geschaffen werden müsse“.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Wie bereits am Sonntag, den 14. d. M., an dieser Stelle mitgeteilt wurde, befinden sich die Maurer und Hilfsarbeiter am Neubau der Landes-Arrenanstalt bei Branden-burg im Streik. Sie fordern Lohnerhöhung und die bauaus-führende Firma Hancsok und Contag lehnte sowohl vor der Arbeitseinstellung wie nachher jede Verhandlung ab. Die Arbeit-einstellung erfolgte einmütig. Darum ist es erklärlich, daß die Firma keine Anstrengung scheut, Arbeitswillige heranzuziehen. Zunächst versuchte sie es in Schlesien und den anderen östlichen Provinzen. Als diese Bemühungen ergebnislos blieben, verlegte sie die Anwerbung nach Berlin. Seit einigen Tagen werden im Arbeitsnachweis des Verbandes der Berliner Baugeschäfte Maurer und Bauarbeiter nach der bestrittenen Baustelle bei Brandenburg vermittelt. Außerdem hat die Firma ein eigenes Anwerdebureau in der Chausseestraße errichtet. Einer ihrer Angestellten, er nennt sich Maurermeister Boh, vollzieht die Anwerbung. Der erste Transport soll am Donnerstagmorgen abgehen. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um die Berliner Maurer und Bauarbeiter zu veranlassen, daß sie den Lockungen dieser Firma widerstehen und Solidarität mit ihren streikenden Kollegen in Brandenburg üben. Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Für die Arbeiter in den Vierniederlagen in den Vororten von Berlin hat der Deutsche Transportarbeiterverband in einer kürzlich beendeten Lohnbewegung eine Reihe von Verbesserungen im Arbeitsverhältnis durchgesetzt, wenn auch die Verhandlungen über einen Tarifvertrag zuerst großen Schwierigkeiten begegneten. Es kam sogar am 22. Juni zu einer Arbeitseinstellung in verschiede-nen Niederlagen, und erst dann gelang es, die gewünschte Regelung durch einen Tarif herbeizuführen. Lohnerhöhungen, die in ein-zelnen Fällen 5—7 M. pro Woche betragen, eine Regelung der täglichen Arbeitszeit und des Sonntagdienstes und andere Ver- besserungen, wie die Extrabehaltung für das Befahren des Gartenmobiliars, wurden erreicht, und zugleich wurde verhindert, daß geplante Verschlechterungen für einzelne Niederlagen zur Ein-führung kamen. Die Verträge wurden bis zum 31. März 1914 abgeschlossen. Bis dahin hofft man, für alle Niederlagen in Groß-Berlin einen einheitlichen Tarif zustande zu bringen.

Deutsches Reich.

Kampfvorbereitungen.

Wie wir bereits mitgeteilt, hat der Vorstand des Arbeitgeber-bundes für das deutsche Baugewerbe am 6. April d. J. ein Geheim-zirkular erlassen, durch welches den Unterverbänden genau detaillierte Anweisungen gegeben sind über die zu treffenden Vor-bereitungen für den Kampf im Jahre 1913. So wurde unter anderem „den Verbänden, in deren Gebiet die Bautätigkeit im kommenden Sommerhalbjahr ungünstig zu werden verspricht, zur Erwägung gegeben, die Behörden, Architekten, Industriellen — im Falle durch die Zeitung — darauf hinzuweisen, daß infolge des Abbruchs der baugewerblichen Tarifverträge im März 1913 möglicherweise mit längeren Arbeitseinstellungen im Sommerhalbjahr 1913 gerechnet werden muß, daß es sich also empfehlen dürfte, die beschäftigten Bauten schon in diesem Jahre vorzunehmen“.

Die Unterverbände haben nun ersucht, diesen Weisungen prak-tische Wirkung zu verschaffen. Inwieweit Erfolge erzielt sind, läßt sich bis jetzt kaum beurteilen. Aber sehr leicht, daß sie kein Mittel unterläßt lassen, ihren Zweck zu erreichen.

In der Amtshauptmannschaft Köbau in Sachsen hat z. B. der Bauarbeiterverband durch Rundschreiben an die Gemeinden diese aufgefordert, für das nächste Frühjahr geplante Bauten noch in diesem Jahre ausführen zu lassen oder sie auf das Ende des nächsten Jahres zu verschieben, und zwar aus den oben erwähnten Gründen.

Nicht überall finden die Herren Anklag damit und vor allem dort nicht, wo in den Gemeindevertretungen Sozialdemokraten sitzen. Der „Zimmerer“ berichtet, daß u. a. in Reugerodorf das Rundschreiben im Gemeinderat zur Erörterung kam und dort von den Sozialdemokraten gebührend beleuchtet worden ist. Diese kritisierten mit aller Schärfe das frivole Verlangen der baugewerb-lichen Scharfmacher, die Gemeinden in den Dienst ihrer Inter-essen zu stellen. Nicht das Interesse der Bauherren läge ihnen am Herzen, sondern die Absicht, sich auf Kosten der Kommunen günstige Kampfsituationen zu schaffen. — Das Rundschreiben wurde dann auch vom Gemeinderat als durch Kenntnisnahme erledigt betrachtet.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glase, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Ob nun Mißerfolge derartige Natur die Unternehmer ab-halten werden, anderwärts mit derselben Dreistigkeit vorzugehen, ist kaum zu glauben. Aber wo sie mit ihren Absichten kommen, werden umkre Vertrieber in den Gemeindeparlamenten ihre Schul-digkeit tun.

Ein eingeleiteter Gegner des Koalitionsrechtes

Der Arbeiter ist Herr Harry Trüller, Zwißbad, Waffel- und Keksfabrikant in Celle. Mit peinlicher Aufmerksamkeit werden die Beschäftigten überwacht, daß sie ihrer gewerkchaftlichen Organi-sation nicht angehören. Wehe demjenigen, der sich trotzdem erlaubt, von dem ihm zustehenden gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen! Ohne Gnade haben solche die Entlassung zu gewärtigen. Der Unternehmer ging sogar dazu über, jedem Neueintretenden folgen-den Revers zur Unterzeichnung vorzulegen:

„Ich verspreche, daß ich nicht Mitglied des Bäder- und Kon-ditorenverbandes bin und verpflichte mich, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein.“

Herr Trüller, der selbst Vorsitzender einer Fabrikantenvereini-gung ist, scheut also nicht davor zurück, den Beschäftigten das Koalitionsrecht zu rauben. Von der zuständigen Organisations-leitung wurde versucht, in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit dem Fabrikanten herbeizuführen. Dies wurde jedoch abgewiesen mit der Bemerkung, daß sich Trüller unter keinen Umständen in eine Aussprache einlassen werde. Da der Unternehmer auch Diebstahl der Grozeinkaufsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine i. S. wurde ein letzter Vermittlungsversuch durch Herrn Generalsekretär Kaufmann unternommen. Jedoch auch dieser scheiterte. Herr Trüller erklärte hier rüchweg, daß er sich nicht zum Sklaven des Verbandes der Bäder machen lasse, dann verzichtete er lieber auf das ganze Geschäft.

Nachdem nun alle Versuche gescheitert waren, um die Aner-kenntung des Koalitionsrechtes für die Beschäftigten zu erwirken, befahte sich die organisierte Arbeiterschaft in Celle mit diesen Vor-gängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen die Ver-hängung des Boykotts über die Produkte der Firma Trüller zu be-antwaten. Diesem Ersuchen wurde auch stattgegeben.

Streik der Textilarbeiter in Augsburg.

Die in Augsburg vor einiger Zeit durch den Textilarbeiter-Verband, den Christlichen Textilarbeiterverband und den Christ-lichen Gewerksverein eingeleitete Textilarbeiterbewegung ist nun in vollem Gange. Als feinerzeit den Fabrikanten die For-derungen auf Lohnerhöhung überreicht wurden, ließen diese durch den Textilarbeiterverband erklären, daß mit den Arbeiterorgani-sationen nicht verhandelt werde. Die Textilarbeiter und -arbeits-rinnen antworteten auf diese Prämierung durch eine machtvolle Demonstrationssammlung unter freiem Himmel, an der über 20 000 Personen teilnahmen. In dieser Versammlung wurden die geforderten Forderungen aufrecht erhalten, gleichwohl aber, um eine friedliche Einigung herbeizuführen, die Arbeiterausschüsse der ein-zelnen Betriebe beauftragt, bei den Unternehmern vorfällige zu werden und die Durchführung der Forderungen zu erzielen. In fast allen Betrieben wurden nun die Arbeiterausschüsse teils ab-gewiesen, teils mit leeren Versprechungen hingehalten; nur ganz minimale Lohnzulagen wurden zugewilligt.

Die Textilarbeiter haben nun diese Taktik durchschaut, und sie wollen sich nicht länger verdrösten lassen. Als im Vorwerk der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg die Ar-beiter die auf Sonnabend versprochene Lohnerhöhung nicht erhielten und ihnen noch dazu erklärt wurde, „woher zum alten Lohn nicht ar-beiten will, der soll eben gehen“, legten am Montag, wie wir ge-riechen schon kurz mitteilen, 300 Arbeiter des Betriebes in einer Abteilung einmütig die Arbeit nieder. Da der gesamte Betrieb — es ist der größte in Deutschland — von dieser Abteilung ab-hängt, dürfte der Streik bald weitere Ausdehnung gewinnen.

Der Kampf der Textilarbeiter in Augsburg ist für die Ar-beiter in ganz Deutschland von großem Interesse, weil einer fast unerreicht schlecht entlohnenden Arbeiterschaft ein brutales, kapital-träftiges und kramm organisiertes Unternehmertum entgegensteht, das bisher bei jeder größeren Textilarbeiterbewegung rücksichtslos scharfzumachen versucht.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Lohnbewegung der Heimarbeiterinnen.

Eine eigenartige und sehr umfangreiche Industrie, die nur von weiblichen Arbeiterinnen, Frauen, Mädchen und Kindern aus-geübt wird, die sogenannte Languettenarbeit, auch Weißstiderei genannt, befindet sich in Stolp in Pommern. Sie ist nur durch Handarbeit auszuführen. Diese Languettenarbeit wird nicht nur zur Garnierung von Damenwäsche — Hemden, Weinkleider, Kost-jacken — benutzt, sondern findet auch Verwendung für Bettwäsche. Circa 2000 Personen sind bei ihr in Stolp beschäftigt. Arbeiter-innen, die ihren Lebensunterhalt allein verdienen müssen, müssen von 5 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts arbeiten. Der Lohn beträgt auch dann nur 1,20 M. bis 1,50 M. täglich. Im Durchschnitt werden nur 6 Pf. pro Stunde verdient. Und dabei muß die Arbeiterin das Stücgarn selbst bezahlen. Daß bei dem hohen Verdienst alle Rißhände sich doppelt fühlbar machen, ist selbstverständlich. Es ist kein Wunder, daß man unter den schlechtbezahlten Stiderein zahlreich Prostituierte findet. Der größte Teil dieser Arbeiterinnen ist hohlköpfig und nervös. Tuberkulose und Unterleibskrankheiten sind sehr verbreitet. Wie schlecht es mit den gesundheitlichen Zuständen der Arbeiterinnen bestellt ist, geht daraus hervor, daß bei der Allgemeinen Ortskrankenliste, die 6000 Mitglieder zählt, darunter 3400 weibliche Arbeiterinnen, nicht weniger als zwei Drittel der Kranken nur Stiderein sind.

Wohl in keiner anderen Branche ist die Zwischenmeistererei so verbreitet wie in der Languettenstiderei. Die Abschgebiete sind die großen west- und süddeutschen Städte, ferner Hamburg, Berlin und zum Teil auch Breslau, sowie Königreich Sachsen. Beamten und Bürgerfrauen vermitteln den Verkehr, d. h. sie nehmen die Arbeit von dem Fabrikanten und verteilen dann die Arbeit an die Arbeitstuchenden. Dieses Geschäft ist recht einträglich. Während die größte Arbeiterin kaum 10 M. in der Woche verdient, be-tragen die Einnahmen dieser Zwischenmeisterinnen 40 bis 60 M. wöchentlich. Schon öfters war von unserer Seite der Ver-such gemacht worden, hier zwecks Besserung der Verhältnisse eine Zahlstelle des Textilarbeiterverbandes zu gründen, allein vielfach vergeblich. Endlich glückte es 1906, eine Zahlstelle des Textil-arbeiterverbandes ins Leben zu rufen; doch nach kurzem Ver- stehen ging sie wieder ein. Schließlich gelang es uns doch wieder, Fuß zu fassen und eine Zahlstelle zu errichten, die sich gut fort-entwickelt. Aber auch der Gewerksverein der Arbeiterinnen, dessen Protektorin die Kaiserin ist, sah infolge der Unterstützung durch Behörden und Geisliche Fuß. Aber da dieses Organisations-mittel, deren Leiterin Fräulein Margarete Behm-Berlin ist, doch keine Lebensfähigkeit hatte, gründete man dann einen „Stolper Stiderei- und Nähmaschinenbetrieb“. Er erhielt auch von Fabrikanten Arbeit und florierte ganz leidlich.

Die Zwischenmeisterinnen waren natürlich mit der Schmäle-rung ihres Verdienstes nicht einverstanden und sahen auf Ab-hilfe. Ein Kaufmann Neumann wagte es, zahlreiche Aufträge zu vergeben und infolge Unterbietung der Preise erhielt er die Arbeit von den Fabrikanten. Dadurch wurde der „Betrieb“ fast lahm-gelegt, denn dieser Mann beschäftigte jetzt annähernd 500 Heim-arbeiterinnen. Die Löhne der Arbeiterinnen waren wieder gedrückt.

Der Heimarbeiterinnenverein will Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitsverhältnisse wieder zu bessern. Eine Versammlung ist einberufen worden, in der man nach den Berichten der bürger-lichen Blätter Vertreterinnen wählte, die einen Tarif auszuarbeiten sollen, der dann den Zwischenmeisterinnen und dem Kaufmann Neumann zur Anerkennung vorgelegt werden soll.

In den bürgerlichen (konservativen und liberalen) Blättern erfolgen Ratschläge, die fast ganz nach „sozialdemokratischer“ Man-ier abgefaßt sind. „Wir wollen hoffen, daß unsere Stiderein

endlich einmal Vernunft annehmen und durch festen Zusammen-schluß die Hungerlöhne, die ihnen bisher gezahlt wurden, abschütteln werden. Denn in Beziehung auf die Entlohnung der Stiderein in Stolp herrschen geradezu skandalöse Zustände, Stundenlöhne von 3 bis 5 Pf. sind gering und gäbe.“

So schreibt man unter Zustimmung von Fräulein Behm. Nicht das nicht ganz nach Aufseherei? Wenn die Arbeitgeber den Tarif ablehnen, müßte der Streik in Kraft treten. Aber werden nicht die Beamtenrichter und Offiziersdamen, die nur zum Zeitvertreib und für ein Taschengeld sitzen, als Streikbrochergarde dienen?

Selbstverständlich wird der Textilarbeiterverband seine Schul-digkeit in diesem Kampfe tun.

Die Tuberkulosesterblichkeit unter den Krankenpflegerinnen.

Unsere deutschen Antifeministen, die noch immer die abge-standene Stube weiblichkeit verkünden, daß die Frau ins Haus ge-höre, wollen ihr nur eine Ausnahme hiervon zugestehen, nämlich die, den „echt weiblichen“ Beruf der Krankenpflegerin zu ergreifen, zumal die Krankenpflege der einzige nicht überfüllte Frauenberuf sei. Die mangelnde Anziehungskraft dieses Be-rufes, die für die auf konfessioneller Grundlage organisierten Dia-konissenvereine ebenso festgestellt ist wie für die sogenannten freien Vereinigungen, müßte Unbefangene eigentlich freudig machen, als ob hinter dem Nimbus, der jenen Beruf umschwebt, doch manches nicht so ist, wie es sein soll. Aber mit solchen Kleinigkeiten geben sich jene „Frauenfreunde“ nicht ab. Tatsache aber ist, daß die religiösen und charitativen Organisationen, deren Domäne die Krankenpflege in der Hauptsache noch immer ist, den Beruf zu einer Stätte wahrhaft mörderischer Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft gemacht haben. Ein Beweis hierfür ist die abnorm hohe Sterblichkeit unter den Krankenpflegerinnen, über die man lange Zeit nichts Genaueres erfahren konnte, weil Augen-scheinende kaum jemals Einblick in die abgeschlossene Welt der religiösen Organisationen erhalten und die Schwestern selbst durch Schweigegebot verpflichtet sind, reinen Mund zu halten. Die Krankenpflege ist an sich schon einer der am meisten gefährdeten Berufe vor allem wegen der tiefgehenden seelischen Erschütterungen, denen er seine Angehörigen aussetzt, sowie wegen der ungewöhnlich hohen Ansteckungsmöglichkeit. Kommt hierzu noch eine gewissen-lose Auslese körperlich ungeeigneter Elemente — die sich freiwillig aus dem spärlichen Angebot an Arbeitskräften in etwas erläßt —, kommt ferner hinzu schlecht geregelte, überlange Arbeitszeit im dumpfen Luit mit häufigen Nachwachen, Mangel an Bewegung im Freien oder an Erholung in eigenen zweckmäßig ausgestatteten Wohnräumen, außerdem ungenügende Ernährung und — wie in den katholischen Ordenshäusern üblich — auch noch Fasten, so wäre es ja ein Wunder, wenn schwere gesundheitliche Schädigungen aus-blieben. In der Tat bildet die hohe Erkrankungs- und die Sterblichkeit unter den Krankenpflegerinnen eine geradezu ver-nichtende Anklage gegen das System der tagelangen Aufopferung, das die kirchlichen Institutionen geschaffen, dessen Geist auf die charitativen Organisationen übergegangen ist und der noch ver-breitend nachwirkt unter den freien Pflegerinnen, die die Kranken-pflege als Erwerbsberuf ergreifen.

Neuerdings ist einiges Zahlenmaterial über die Tuberkulose-sterblichkeit der Krankenpflegerinnen zusammengetragen worden in dem großen Sammelwerk „Krankheit und soziale Lage“, herausgegeben von Professor Dr. W. Rosse und Dr. med. G. Zugenreich. (L. F. Lehmanns Verlag, München, 1912.) Nach Cornet kommen auf 100 Sterbefälle im Alter von 15—40 Jahren für die barmherzigen Schwestern 60,9—73,8 Proz. durch Tuberkulose gegenüber den für Preußen unter weiblichen Per-sonen festgestellten Durchschnittszahlen von 37,9—43,6 Proz. für Tuberkulose. In Oesterreich war das Zahlenverhältnis fast das gleiche. Während in Bayern 1908 die durchschnittliche weibliche Schwindsuchtsterblichkeit 4,07 betrug, zeigten die katholischen Ordensfrauen eine Sterblichkeit von 7,87, die Diakonissen eine solche von 7,60 pro 100 Lebende berechnet. Von den in den Münchener Krankenhäusern dienenden barmherzigen Schwestern gab Ziemssen an, daß circa 50 Proz. an Schwindsucht zugrunde gehen. Neuere Zahlen hat das Bayerische statistische Landesamt 1910 veröffentlicht. Danach betrug die Schwindsuchtsterblichkeit unter den genannten Ordensschwestern in den Jahren 1899—1908 im Durchschnitt 56 Proz. der Todesfälle. Diese alarmierenden Zahlen sollten der Gesetzgebung endlich Veranlassung geben, hin-einzufordern in das dunkle und wenig erforschte Gebiet der Ge-sundheitsverhältnisse in einem so wichtigen Berufe, wie die Kran-kenpflege es ist. Nach einer Feststellung der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands ist die Arbeitskraft einer Pflegerin nach durchschnittlich 8½ Jahren verbrauch. So steht es in dem einzigen, nicht überfüllten Frauenberuf aus! Was wollen diesen wenigen, aber schwerwiegenden Tatsachen gegenüber alle die oben Schönfärbereien bedeuten, die noch im Frühling dieses Jahres auf dem frauenrednerischen Kon-gress zu Berlin von den Vertreterinnen der alten kirchlichen Rich-tung versucht worden sind!

Leseabende.

Waidmannslust. Heute Mittwoch, den 24. Juli, abends 8½ Uhr, im „Schweizerhaus“, Genosse Kurt Dising spricht über Tuberkulose.

Letzte Nachrichten.

Die Beute winkt.

Sofia, 23. Juli. (B.-G.) Die Blätter berichten über anar-chistische Zustände in der europäischen Türkei. Das Räuber-bandenwesen habe in den Aufstandsgebieten gefährliche Formen angenommen. In Sofia kamen in den letzten Tagen mehrere hundert flüchtige bulgarische Familien aus der Türkei an. Die bulgarische Presse stellt fest, daß es die höchste Zeit sei, mit Waffengewalt gegen diese Zustände in der Türkei einzuschreiten. Die meisten Blätter greifen die bulgarische Regierung scharf an, weil sie den Intrigen und dem Aufbruch, der auch den Nachbar-ländern gefährlich werden könnte, ruhig zusehe. Auch in der bul-garischen Armee ist man allgemein der Ansicht, daß Bulgarien nicht mehr lange teilnahmslos den Vorgängen in der Türkei zu-sehen könne.

Zwölf Mädchen verbrannt.

London, 23. Juli. (W. T. W.) Bei einem Brand einer Zellulosefabrik in der City sind 12 Mädchen ums Leben gekommen. Fünf verletzte Mädchen mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Der Brandstiftung verdächtige Suffragette verhaftet.

London, 23. Juli. (B.-G.) Die berühmte englische Komponistin Dr. Ethel Smith, die auch in Deutschland durch ihre Kom-positionen bekannt ist und die eine große Rolle in der englischen Frauenbewegung spielt, wurde heute in dem nahegelegenen Woking verhaftet und ins Gefängnis von Oxford eingeliefert. Sie ist verdächtig, sich an dem Anschlag, das Haus des Staatssekretärs der Kolonien Harcourt niederzubrengen, beteiligt zu haben. Ihre Verhaftung erregt das größte Aufsehen.

Unwetter in Italien.

Natanz, 23. Juli. (B.-G.) Auf den Getreidefeldern von Orvado wurden während eines heftigen Gewitters sechs Personen vom Blitze getroffen und vier davon getötet. Das Unwetter wüthete besonders heftig im Gebiete von Arese, wo der Blitz etwa 20mal zündete. Das gleiche Gebiet ist innerhalb 24 Stunden zweimal von Wolkenschauern und Stürmen heimgesucht worden. Hunderte von Bäumen liegen entwirgelt an der Erde. Die Ernte ist schwer ge-schädigt und kaum ein Viertel davon gerettet.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Dienstordnungen für die Angestellten der Ortskrankenkassen.

Nach § 351 R.-V.-O. ist für die von den Krankenkassen beauftragten Angestellten, die nicht nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind, oder nach § 359 deren Rechte und Pflichten haben, eine Dienstordnung aufzustellen. Diese Dienstordnung bedarf nach § 355, Absatz 3, R.-V.-O. der Genehmigung des Oberversicherungsamtes und nach Absatz 4 entscheidet, wenn die Genehmigung versagt wird, auf Beschwerde die oberste Verwaltungsbehörde. Die oberste Verwaltungsbehörde führt auch die Aufsicht über das Oberversicherungsamt (§ 79 R.-V.-O.). Da über die Dienstordnung im 2. Buche der R.-V.-O. Bestimmungen getroffen werden, so können die Dienstordnungen auch erst nach dem zum 1. Januar 1914 zu erwartenden Inkrafttreten dieses Buches errichtet werden. Wenn gleich also noch einige Zeit bis zur Errichtung der Dienstordnungen vergehen wird, so werden doch bereits in allerhöchster Zeit die Vorarbeiten dazu, wie überhaupt die Vorarbeiten zur Neuorganisation der Krankenversicherung in Angriff genommen werden müssen.

In erster Linie werden also die Vorstände der Krankenkassen selbst den Inhalt der Dienstordnungen festzustellen haben. Dabei wird vieles darauf ankommen, ob sie genügend Festigkeit bewahren gegenüber den Wünschen der Oberversicherungsämter. Denn wenn diese der Dienstordnung die Genehmigung auch nur versagen dürfen, wenn ein „wichtiger Grund“ vorliegt, insbesondere wenn Zahl oder Besoldung der Angestellten in auffälligem Mißverhältnis zu ihren Aufgaben stehen, so ist doch diese Fassung des § 355 R.-V.-O. sehr behäuflich. Für die Auffassung der Oberversicherungsämter über den Inhalt der Dienstordnungen wird die Stellung maßgebend sein, die die oberste Verwaltungsbehörde einnimmt. Denn das Oberversicherungsamt ist ja keineswegs eine unabhängige Rechtsinstanz, sondern ist ein Anhängsel des Regierungspräsidenten, ist „nachgeordnete Stelle“ des Ressortministers des betreffenden Bundesstaates. Bei diesen Ressortministern liegt also die eigentliche Entscheidung.

Von welchen Ansichten und Stimmungen sich die Ministerien in Krankenangelegenheiten leiten lassen, haben nicht nur die Streitfälle früherer Jahre — wir verweisen nur auf Kienzschid — zur Genüge erwiesen. Die parlamentarischen Vorgänge bei Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1903 und noch viel deutlicher die Begründung und der ausgesprochene politische Zweck der Reichsversicherungsordnung, wie auch die Beratung dieses Gesetzes im Reichstage, sagen mehr als genug. In Preußen, Sachsen, Braunschweig und einer Reihe anderer Bundesstaaten haben die Regierungen eine so offene Parteilinie gegen die Krankenangeestellten gezeigt, daß diese von jener Seite alles zu befürchten haben.

Es ist eine alte Erfahrung in allen bürokratisch regierten Staaten, daß die Regierungen die Maßregeln, die sie mittels der Gesetzgebung nicht erreichen konnten, auf dem Verwaltungswege durchzuführen suchten. Wer die Regimen der preussischen, sächsischen oder braunschweigischen Regierung und ihrer Gefolgsmänner kennt, der wird nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß diese Regierungen hierbei versuchten, der politischen Kontinuität den weitesten Spielraum zu lassen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sie ein Thema für eine Dienstordnung aufstellten und ihren „nachgeordneten Stellen“ zur Beachtung für die Genehmigung der von den Krankenkassen einzureichenden Entwürfe übermittelten werden. Dann wird sich auch zeigen, ob ein „wichtiger Grund“ gefunden werden kann, den Entwürfen der Krankenkassen die Genehmigung zu versagen. Inzwischen sind auch die in dem Bunde der nationalen Ortskrankenkassenbeamten zusammengeschlossenen Elemente bereits eifrig um Werte, die Regierungen in ihrem Sinne zu beschaffen. Da der schärfste Wunsch dieser Leute die Staatsbeamtenstellung ist, so arbeiten sie den angestelltenfeindlichen Absichten der Regierung noch in die Hände. Es wird nun allerdings dafür gesorgt werden, daß die Räume der Herren Nationalen nicht in den Himmel wachsen; denn neun Zehntel aller Angestellten von Ortskrankenkassen lehnen die Staatsbeamtenwürde rundweg ab. Sie wollen, wie bisher, Angestellte der Selbstverwaltungskörperschaften bleiben.

Die Vorgänge bei Beratung der Reichsversicherungsordnung haben jedoch gezeigt, daß der Protest der Krankenangeestellten gegen

reaktionäre Maßnahmen der Regierungen allein nicht ausreicht, wenn er nicht einen Widerhall in den Kreisen der Versicherer, namentlich also in den Reihen der Krankenkassenvorstände findet. Das Recht der Genehmigung der Dienstordnungen für die Ortskrankenkassen birgt in sich eine außerordentlich ernst zu nehmende Gefahr für die Selbstverwaltung. Wenn die Versicherer und ihre Vertreter in den Kassenvorständen sich die durch die Reichsversicherungsordnung schon so bedeutend eingeeengte Selbstverwaltung erhalten wollen, dann müssen sie gegen jeden Mißbrauch des Genehmigungsrechts energisch Front machen.

Um das zu können, muß aber die drohende Gefahr rechtzeitig erkannt werden. Wenn die Regierungen unter Nichtachtung der geschaffenen Schutzbestimmungen nur solche Dienstordnungen durch die Oberversicherungsämter genehmigen lassen würden, die den obersten Verwaltungsbehörden das Recht geben, den Angestellten der Ortskrankenkassen die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten zu übertragen, so würde die Selbstverwaltung der Kassenvorstände nur noch einem Schemen gleichen. Denn namentlich bei allen größeren Kassen ruhen die Verwaltungsarbeiten fast ausschließlich in den Händen der Angestellten. Werden diese aber erst zu Staatsbeamten gestempelt und damit der Disziplinargewalt der Regierungen unterstellt, dann wird auch die Verwaltung im Sinne der Regierungen geführt werden. Denn die Kassenangeestellten als Staatsbeamte haben dann den Weisungen ihrer oberen und entscheidenden Vorgesetzten, d. h. den zuständigen Ressortministern, zu gehorchen. Damit wären die Kassenvorstände in der Praxis so gut wie ausgeschaltet.

Der drohenden Gefahr könnten die Kassenvorstände am besten dadurch entgegen, daß sie sich mit den Angestellten, die sie bei Aufstellung der Dienstordnung zu hören haben, über deren Inhalt verständigen. Die letzte Tagung der Ortskrankenkassen im Juli 1911 in Dresden hat denn auch beschlossen, es solle zwischen den Vertretern der Kassen und der Angestellten über den Entwurf einer Musterdienstordnung verhandelt werden. Leider haben diese Verhandlungen bisher zu einem Resultat nicht geführt. Nach Lage der Dinge erfordert es jedoch das Interesse der Kassen mindestens ebenso sehr, wie das Interesse der Angestellten, zu einer solchen Verständigung zu kommen. Offenbar wird der im August in Köln stattfindende Ortskrankenkassenkongress diese Verständigung über alle kleinsten Differenzen und Bedenken hinweg herbeiführen.

Der Verband der Bureauangestellten, als die Vertretung von vier Fünfteln der Angestellten der Ortskrankenkassen, hält es für seine Pflicht, die Vais für eine solche Verständigung zu bieten. Er ist bereit, den vielerlei Wünschen der Kassenvorstände bei der Gestaltung der Rechts- und Anstellungsverhältnisse der Angestellten so weit wie nur irgendmöglich Rechnung zu tragen. Dabei muß allerdings als oberster und selbstverständlicher Grundsatz gelten: Bestehende Anstellungsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

In welche rechtliche Form diese Anstellungsbedingungen zu kleiden sind, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Man sollte meinen, eine Einigung über eine solche Zweckmäßigkeitsfrage könne unter verständigen Menschen nicht schwer fallen. Freilich müßten aber Verträge jener Art vermieden werden, die gegen die Anschläge von Sozialdemokraten von Angestellten vereinbart, hernach als gegen den guten Willen verstoßend vom Oberverwaltungsgericht bezeichnet und als Vorwand zur Entziehung auf dem Krankenkassengebiet benutzt würden.

5. Verbandstag der Tapezierer.

Der Verbandstag ist von 16 Delegierten, 8 Wortführern, 11 Mitgliedern und 6 Gauleitern besetzt. Der Verbandsumschuß vertritt Grünwaldt-Hamburg, die Generalkommission — Robert Schmidt-Berlin. Der österreichische Druberverband hat einen Vertreter entsandt. Der vorgesehene Tagesordnung wurde der Punkt „Die Arbeitsvermittlung im deutschen Tapezierergewerbe“ zugefügt. Die Verschmelzungsfrage soll als erster Punkt bei der Statutenberatung behandelt werden.

Vorstandsbericht

gab in der heutigen Sitzung Verbandsvorsitzender Spliedt-Berlin. Der Verlauf der letzten drei Jahre sei ein guter gewesen. Die

wirtschaftliche Krise war gebrochen und dadurch dem Verband möglich geworden, die Scharfe wieder auszuweichen, die die Krise geschlagen hatte. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg ganz beträchtlich — sie beträgt heute 10 500 —, und der Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen steigerte sich wesentlich. Auf die Agitation unter den Arbeiterinnen wurde großes Gewicht gelegt. Die Erfolge waren aber gering, nur zirka 10 Prozent sind organisiert. Auch der Stapelbranche wurde besonderes Interesse entgegengebracht, und diese Agitation hat gute Früchte getragen. Die Organisierung der Kleber- und Linoleumleger ist schwieriger. Bezüglich der Linoleumleger herrschen Differenzen mit dem Sattlerverband, da auch die Sattler Anspruch auf diese Kategorie machen. Die beiderseitigen Vorstände sind darum in Unterhandlungen getreten, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Zugestanden wurde bereits von dem Sattlerverband, daß Sattler, die im Laufe der Jahre sich dem Tapezierergewerbe zuwandten, auch dem Tapeziererverbande angehören sollen. Auch die auf den Werften beschäftigten Polsterer sollten dem Tapeziererverbande überlassen bleiben. — Bei Besprechung der Lohnbewegungen — von denen wir im Vorbericht ein Bild gaben — betonte Spliedt, im laufenden Jahre habe der Vorstand besonders die kleinen Orte berücksichtigt und unterstützt. Es sei nötig, mehr Gewicht auf die Erhöhung der Löhne und Verbesserung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den kleinen Orten zu legen. — Spliedt begründete dann die Notwendigkeit der Ausschreibung von sechs Extrabeiträgen à 50 Pf., die im Vorjahre erhoben wurden. Wenn hier und dort im Lande dem Vorstand der Vorwurf gemacht worden sei, er sei mit der Ausschreibung des Extrabeitrages vorzeitig gewesen, er hätte erst den Gang der Dinge abwarten sollen, so verkennte Spliedt diese Kollegen den Ernst der damaligen Situation und die Wichtigkeit des Vorstandes. — Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, der Vorstand glaube, in der Geschäftsperiode seine Pflicht getan zu haben. In diesem Bewußtsein unterbreite er den Bericht der Kritik. — Dem

Kassenbericht

aus dem wir die wichtigsten Zahlen bereits gegeben haben, gab Engel-Berlin. Am Schluß der letzten Berichtsperiode kam auf den Kopf eines Mitgliedes ein Vermögen von 922 Mk.; die jetzige Berichtsperiode schließt dagegen mit 15,82 Mk. pro Kopf ab. Die Finanzen haben sich also ganz wesentlich erhöht. Der Kassierer meinte aber, wenn auch die Kassenverhältnisse sich gebessert hätten, so seien sie doch noch nicht so, daß man zufrieden sein könne. Er bittet, keine Beschlüsse zu fassen, die eine Belastung der Kasse zur Folge haben.

Im Namen der Rednerin berichtete Hort-Berlin, die Kasse und Buchführung sei in bester Ordnung befunden worden. Er beantragt Entlastung des Kassierers.

An diese Berichte schloß sich eine längere Debatte, in der die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen einverstanden sind. Kritisiert wurde, daß der Vorstand den Auftrag des letzten Verbandstages, eine Kleberkonferenz einzuberufen, nicht ausgeführt hat. Einen breiten Raum nahm die Besprechung des Verhältnisses zu dem Sattlerverband ein. Verlangt wurde, daß die Linoleumleger dem Tapeziererverbande überlassen werden. Differenzen bestehen auch in der Stapelbranche. Die hier beschäftigten Arbeiter gehören zum Teil dem Sattlerverbande an. Das führt zu allerlei Mißständen. So berichtete Schmidt-Berlin, daß in Berlin Kartopelarbeiter, die im Sattlerverbande organisiert sind, einen Tarif mit einem weit geringeren Satz als den, den die Tapezierer für die gleiche Arbeit erhalten, abgeschlossen haben. Mit der Organisierung der weiblichen Hilfskräfte beschäftigten sich mehrere Redner, die auf die Schwierigkeit, diese für die Organisation zu gewinnen, hinwiesen, die Notwendigkeit der Organisierung dieser Kräfte aber unterstrichen. Fraulein Pösch-Berlin, die einzige weibliche Delegierte, sagte über das mangelnde Interesse der Frauen für die Organisation. In manchen Werkstätten würden sich aber auch die Kollegen zu wenig bemühen, die Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen. — Die starke Fluktuation gab manchen Rednern zu Ausführungen Anlaß; sie unterzuchten, wie diese zu hemmen sei. Allgemein wurde die Hauskassierung als Mittel zur Abmilderung der Fluktuation bezeichnet. — Winter-Frankfurt am Main betonte, die Frage der Verschmelzung mit den Sattlern liege doch sehr nahe. Der Vorstand sei dieser Frage aber aus dem Wege gegangen. Die unerquicklichen Differenzen mit den Sattlern müssen aus dem Wege geschafft werden.

Kleines Feuilleton.

Gefahren des Kinetographen. Eine große Zahl von Kerzen wird beobachtet haben, daß die Kinetographischen Vorführungen und insbesondere die von aufregenden dramatischen Szenen, die ja die Filmfabrikation des sensationellen Anreizes wegen besonders bevorzugt, geeignet sind, bei Zuschauern, deren Nervensystem sich nicht im Gleichgewicht befindet, mehr oder weniger krankhafte Störungen auszulösen. Auf Grund dieser ärztlichen Beobachtungen berichtet Professor d'Abodo in der „Rivista Italiana di Neuropatologia“ über eine ganze Reihe von Fällen, in denen der Besuch des Kinetographentheaters das Auftreten schwerer nervöser Störungen zur unmittelbaren Folge hatte. Ein besonders charakteristischer Fall war der folgende: In einem Kinetographentheater gelangte mit der üblichen groß naturalistischen Handgreiflichkeit der Traum eines Postboten zur Darstellung, der von Räubern überfallen und der mitgeführten Wertgegenständen beraubt wird, ein Traum, der sich beim Erwachen in schauerliche Wirklichkeit umlegte. Ein junges, zur Hysterie neigendes Mädchen, das der Vorstellung beigewohnt, kam mit allen Zeichen gesteigerter Nervenanzregung nach Hause und stand so vollständig im Banne des Geschehenen, daß sich bei ihr unversehens Halluzinationen einstellten. Sie sah die gierigen Hände der Räuber gegen sich ausgestreckt und konnte sich nicht absetzen der Erkenntnis der Unwirklichkeit der Vorgänge des Alpdrucks des Traums nicht entziehen, der sich am folgenden Tage mit solch gesteigerter Intensität fortsetzte, daß die Kranke den Schein von der Wirklichkeit nicht mehr unterscheiden konnte und körperlich den Druck der Hände fühlte, die ihren Hals umklammerten und würgten. Die von den marnenden Halluzinationen verfolgte schlief nicht mehr, magerte ab und verfiel im Verlaufe der drei Monate andauernden hysterischen Anfälle in ein Stochium, von dem sie die ärztliche Kunst nur nach unendlicher Mühe zu erretten vermochte.

Gottesdienst gegen Entree. Den deutschen Katholiken blüht beim sonntäglichen Kirchgang in dem holländischen Nordseebade Zandvoort ein ganz unheimlicher Kerger. Wenn sie da in einer halbwegs besser situierten Bank sitzen — und solche Kirchenstühle wird sich doch für die Zandvoorter Badegäste gehören! — kommt alsbald der Redner schlurkend angeschlichen, mit den schilddrüsenförmig gebogenen Händen ein Geldopfer beischend. Nun sind gute Katholiken allerorten den Ringelbeutel gewöhnt und Nidel, als auch Kupfermünzen springen Sonntags in den Nachkästen, auch Pöfenköpfe nicht minder. Undesehen nimmt sie der deutsche Redner. In Holland hingegen sieht sich der Supernumerar seine Leute genau darauf an, was sie geben, und von den Deutschen fordert er ein rundes Alderses Quartje, 25 Cent, einen Viertelgulden netto, gleich 12,5 deutsche Reichsmünze. Darob ergrimmte der Deutsche Willigkeitgefühl und starkes Rechtsbewußtsein (im Ausland) und münzlich weigert sich, so viel oder auch überhaupt was herzugeben. Aber da wackelt der Redner auf in heiligem Born und „Achter de Port!“ („zur Tür hinaus“) entfährt es dem Gebege seiner Pähne. Was Geld nicht in dem Kasten liegt, des Teel' nicht in den Himmel springt. Näher, mein Gott zu dir — jawohl, aber nur für 25 Cent.

Rechtin postierte diese wahrhafte Ansetzung auch einem Leutnant und einem Staatsanwalt aus Köln. Der Staatsanwalt sammelte alsbald Zeugnisse, um die Sache weiter zu verfolgen. Der Mann wird den Anzug gewiß abstellen, wenn er auch nur einen Teil der Energie dransetzt, die rheinisch-westfälischen Staatsanwälte gegen streikende, mehr Lohn für ihre Arbeit fordernde Proleten zur Verfügung steht.

Ohrseigen als Todesursache. In der „Zeitschrift für Ohrenheilkunde“ wird ein Fall beschrieben, in welchem es sich um einen völlig gefunden, einige Male großartigsten jungen Menschen handelte. Unmittelbar nach den Schlägen floß etwas Blut aus dem linken Ohr infolge von Trommelfellzerreißung und es trat leichter Schwindel ein. Nach 36 Stunden zeigte sich blutig-eitriges Ausfluß, der später in reinen Eiter überging. Das Schwindelgefühl wurde schwerer, der Puls klein und rasch. Einige Tage folgte Erbrechen und nach Ablauf einer Woche trat der Tod ein. Die Sektion ergab Veränderungen in dem Ohr benachbarter Gehirnpartien. In einem früher von demselben Arzt beobachteten ähnlichen Fall erfolgte der Tod gleichfalls acht Tage nach der Ohrseige. Man sieht daraus, wie gefährlich dies aus den Schulen und Werkstätten noch immer nicht verbannte Strafmittel werden kann.

Öffentliche Brunnen ohne Trinkbecher. Die Bewohner der Ebene empfinden einen berechtigten Reiz, wenn sie auf der Reise in gebirgigere Gegenden kommen und dort sehen, wie sogar in den Straßen der Städte zahlreiche Brunnen ohne Unterlaß sprudeln. Da braucht es keine Pumpen oder Wasserleitungsbrunnen, die man gewöhnlich auch nur viel zu selten vorfindet. Das dauernd fließende Wasser bringt auch den Vorteil mit sich, daß man den Durst daran löschen kann, ohne sich eines „öffentlichen Trinkbeckers“ zu bedienen. Selbst bei der größten Sorgsamkeit können diese dazu beitragen, Krankheiten zu verbreiten, und viele Leute, die in diesem Punkte ängstlich sind, werden ihren Gebrauch daher grundsätzlich vermeiden. Auch in hygienischen Zeitschriften ist schon viel gegen diese öffentlichen Trinkbecher gesagt worden. Es würde aber möglich sein, auch in Gegenden, wo man sich mit Wasserleitungsbrunnen behelfen muß, die Brunnen so auszustatten, daß die Benutzung eines Bechers ganz in Fortfall kommen kann. Den Weg dazu hat Wallace gezeigt, nach dem diese Art von keinen Springbrunnen, die lediglich zur Lieferung von Trinkwasser bestimmt sind, auch genannt worden sind. Das Verfahren ist sehr einfach. Der Strahl läuft nicht, wie beim Öffnen eines Wasserleitungsbahns nach unten aus, sondern wird in einer kleinen Fontäne nach oben gelenkt, indem er in ein Becken zurückschlägt. Der gewöhnliche Druck in jeder Wasserleitung ist zu diesem Zweck genügend. Wer nun trinken will, bringt den Mund einfach mit dem Wasser dort in Berührung, wo der Strahl endet, und kann auf diese Weise sicher sein, keinerlei Infektion durch einen früheren Benutzer des Brunnens zu erleiden. Namentlich für Schulen ist die Einführung solcher Trinkbrunnen sehr zu empfehlen, zumal die Verbreitung von Epidemien unter den Schulkindern eine besondere Gefahr darstellt.

Notizen.

„Die im Schatten Leben“ von Emil Rosenow, das vor ein paar Wochen von der Berliner Zensur verbotene Drama

ist jetzt vom Schauspielhaus in Stuttgart zur Aufführung für Gewerkschaften angenommen worden.

Das Repertoire der königlichen Oper wird in der nächsten Saison außer einer Neuerrichtung des Ringes der Nibelungen (Mitte November, Dezember, Februar) eine Gesamtauführung des Wertes im März, ferner „Tristan und Isolde“, „Glück, Iphigenie auf Tauris“, „Die Stimme von Portici“, „Fra Diavolo“ und „Raffinist“ „Barbier“ in Reueinstudierungen bieten. Sogar Straußens Reuefies, die „Ariadne auf Naxos“ werden wir schon in der nächsten Saison erleben. Und im nächsten Juni sogar Reueauführungen mit international-bekanntem Gästen. Da sage einer noch, daß wir einen rücksichtigen Betrieb hätten.

Kunsterwerbungen der Stadt Charlottenburg. Die Kunstdeputation Charlottenburg hat in der Session folgende Gemälde erworben: „Wahende Jungen“, von Philipp Brand, „Sommermittags am Strande von Dieppe“, von Ernst Oppler, ferner „Arabendes Pferd“, Bronze von Adolf Limberg. In der Großen Berliner Kunstausstellung sind folgende Werke angekauft worden: „Nymphenburg“ von Ernst Liebermann, „Interieur aus Norddeutschland“ von Wilhelm Clausius, „Alt-Boisdam“ von Alfred Lieble, „Danziger Hafen bei Tauwetter“ von Alfred Scheres. Ferner ist aus dem Nachlaß von Franz Starbina das Gemälde „Aurpromenade in Karlsbad“ angekauft.

Des Schauspielers Dant. Welches wunderbare System von Naturalienlohnung für Schauspieler in der Provinz noch vorkommen kann, zeigt ein Dankesbrief, den ein Mitglied einer Theatertruppe in Pfüllendorf in Baden nach seinem Benefiz veröffentlichte. Er schrieb: „Derzlichen Dank allen für die schönen Kränze und Blumenpendeln, für die kostbaren Halsbinden, Manschetten, Taschentücher und Handtücher, sowie für die in meinem kleinen Haushalt so vernehmbar Artikel in Kaffee, Tee, Zucker, Schokolade, für die Seite geräucherter Schweinespeck u. a. Ganz besonderen Dank den lieben Spendern der bei mir sonst so raren blau und grünlich schimmernden „Tumten Lappen“. Ich werde Pfüllendorf bis an mein Lebensende in gutem Andenken behalten.“

Volkskunde in Mecklenburg. Prof. Wossiblo in Waren, der Erforscher der Mecklenburgischen Volkskunde, hat auf seinen langjährigen Streifzügen durch die Heimat eine mehr als 3000 Gegenstände umfassende Sammlung zusammengebracht. Das Schweriner Museum hat diese Sammlung angekauft und damit die letzten Denkmale einer jetzt untergegangenen Epoche für die Allgemeinheit gerettet. Den Hauptteil der Sammlung Wossiblo bilden die in Mecklenburg völlig ausgestorbenen Bauerntrachten.

Auf der Suche nach dem besten Brot. Manche Kerze und Hygieniker glauben eine der Ursachen für die zunehmende Zahnerkranknis in der Verschaffenheit des neuzeitigen Brotes gefunden zu haben. Sie erklären es für zu weich und nährlosarm und treten für das dickbändige, angebodene Bauernbrot ein, das aus Vollkornmehl hergestellt wird (oder wurde). Dr. Nofe, einer dieser Forscher, will jetzt die schwedischen Brotsorten, besonders das Hartbrot (Knädebrot), untersuchen und ihre Einführung in Deutschland anbahnen. (Jugend ein Sonnen, der dazu Mittel bewilligt hat, wird bei der Gelegenheit natürlich in den bürgerlichen Blättern reklamehaft ausgestellt.)

Im Schluffort erklärte Verbandsvorsitzender Spieß, man müsse gegenüber den Sattlern an diesen Grundfragen festhalten: Dem Tapeziererverbande gehören alle im Tapezierergewerbe beschäftigten Arbeiter an, auch die Polsterer. Das Regium von Linoleum ist Tapeziererarbeit. Bezüglich Berlins, wo die Linoleumleger schon immer dem Sattlerverbande angeschlossen sind, könnte man eine Ausnahme zulassen.

Bei der Abstimmung über die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge wurde beschlossen, künftig Jahresberichte, die gratis verabsolgt werden sollen, herauszugeben. Den Filialen Darmstadt und Danzig wurden alle Schulden an die Hauptkasse erlassen. Eine Statistik über die Berufsvorhältnisse soll wie bisher alle drei Jahre aufgenommen werden. Der Vorstand wurde einstimmig entlassen.

Vericht der Redaktion

gab hierauf Becker, Berlin. Das Verbandsorgan wurde in der Verichtszeit ausgebaut, die Redaktion kam den Wünschen nach mehr Sachartikeln nach. Aber auch den wirtschaftlichen und politischen Vorkängen ist große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Gesamtkosten des Organs betragen nach Abzug der Einnahmen 41 818 M., gegenüber 32 333 M. in der vorigen Verichtsperiode. Die Auflage der Zeitung stieg von 10 000 im Jahre 1909 auf 12 000 im Jahre 1911.

In der Debatte erklärten die Redner ihr Einverständnis mit der Haltung des Verbandsorgans; sie wurde heute nicht mehr beendet.

Der Verbandstag verlagte sich auf Dienstag.

Soziales.

Erfolgreicher Kampf eines Landarbeiters gegen einen Oekonomierat.

Vorgänge im Wahllokal am Tage der Reichstagswahl am 22. Januar 1912 lagen einer Anklage wegen Hausfriedensbruch und einer Zivillage wegen Entschädigung zugrunde, die vor dem Schöffengericht und Amtsgericht Delitzsch verhandelt wurden. Ein landwirtschaftlicher Tagelöhner in Schernitz hatte vor Schluß der Wahlhandlung das Wahllokal betreten, in dem er zu wählen hatte, und wohnte hernach der Stimmzählung bei. Dabei verlangte er von dem Wahlvorsteher, dem Oekonomierat Pieler, bei dem er in Arbeit stand, daß die aus der Urne herausgenommenen Stimmzetteln umschlage vermischt würden, damit nicht festgestellt werden könne, wie der einzelne gewählt habe. Er griff auch in die Umschläge hinein und sah einige, die ihm aber alsbald von einem Beisitzer wieder aus der Hand genommen wurden. Dabei fuhr ihn der Wahlvorsteher an: „Scher Dich weg!“ Nunmehr mischte sich der als Protokollführer bei der Wahl tätige Buchhalter des Wahlvorstehers und Gutbesizers ein und forderte den Arbeiter auf, das Wahllokal zu verlassen. Dieser trat vom Wahlstisch zurück, ohne jedoch das Lokal zu verlassen. Dem Buchhalter gab er Bescheid, er habe ihm nichts zu sagen und sei ja auch nur in Lohn und Brot bei dem Wahlvorsteher.

Auf Grund dieses Vorfalles entließ der Wahlvorsteher und Gutbesizer den Arbeiter am selben Abend nach aus der Arbeit, zahlte den Lohn nur bis zum Entlassungstage und erstattete Anzeige gegen den Arbeiter wegen Hausfriedensbruch.

Das Schöffengericht Delitzsch erkannte auf Freisprechung unter Nebennahme der Kosten auf die Staatskasse. Das Urteil gründete sich auf die Tatsache, daß der Arbeiter nicht von dem hierzu berechtigten Wahlvorsteher, sondern nur von dem Protokollführer zum Verlassen des Lokals aufgefordert worden sei. Letzterer habe hierzu keine Berechtigung gehabt. Aber auch wenn der Arbeiter vom Berechtigten aufgefordert wäre, das Lokal zu verlassen, hätte eine nochmalige Aufforderung ergehen müssen, da das Verweilen des Arbeiters in dem Wahlraum zunächst ein befügtes war und erst durch die erste Aufforderung zu einem unbefugten geworden wäre. Es hätte demnach einer nochmaligen Aufforderung bedurft, damit der Tatbestand des § 123 des Reichs-Strafgesetzbuches erfüllt wäre.

Der Arbeiter klagte nunmehr beim Zivilgericht auf Besahlung seines Lohnes für den Rest der Vertragsdauer, da der Dienstvertrag auf ein Jahr abgeschlossen war. Auch hier entschied das Gericht zugunsten des Arbeiters und verurteilte den Oekonomierat zur Zahlung. Das Verhalten des Arbeiters dem Arbeitgeber als Wahlvorsteher gegenüber sei kein derart wichtiger Grund, daß es den Beklagten zur sofortigen Lösung des Dienstverhältnisses mit dem Kläger berechtige, zumal auch der Beklagte als Wahlvorsteher dem Kläger nicht mit Tu andrenen durfte. Wenn der Beklagte Oekonomierat fürchtete, daß durch das Verhalten des Arbeiters seine (des Oekonomierats) Autorität als Dienstherr litten, so hätte er dem vorbeugen können, indem er von seinem, ihm als Wahlvorsteher zustehenden Recht Gebrauch machte, den Kläger aus dem Wahllokal eventuell zwangsweise zu entfernen.

Da der Arbeiter insgesamt 4 Wochen und 4 Tage ohne Arbeit war, sprach ihm das Gericht für diese Zeit seinen Lohn zu.

Vom „Segen“ der Werkpensionsklassen.

Die „Westdeutsche Post“ gibt einen Auszug von der Abrechnung der Pensionskasse der Kruppischen Friedrich-Alfred-Stiftung in Rheinhausen. Wir haben schon früher den Abrechnungen dieser Kasse zu größerer Verbreitung geholfen, um den „Segen“ der Werkpensionsklassen recht weit bekannt werden zu lassen. Die „Westdeutsche Post“ erklärt, der Firma Krupp müsse die Veröffentlichung des Kassenberichts ihrer Werkpensionsklasse recht unangenehm sein; denn während man früher den Arbeitervertretern einen schriftlichen Kassenbericht ausgehändigt habe, erhielten sie jetzt kaum noch Einsicht. Das läßt ja den Schluß zu, daß die Firma Krupp nun selber erkannt hat, wie wenig Staat sie mit ihrer Zwangswohlfahrt machen kann.

Von der Abrechnung selbst wird folgendes mitgeteilt:

Mitgliederbestand am 1. Januar 1911	5 696
Neu Eingetretene	6 961
Sa: 12 657	
Abgang im Rechnungsjahr	
a) Durch den Tod	27
b) Aus anderen Gründen	6 578
Sa: 6 605	

Bestand am Schluß des Rechnungsjahres

Also mehr Arbeiter, als auf der Gütte beschäftigt sind, sind im Jahre wieder ausgetreten, trotz der angepriesenen „Wohlthaten“, aber nachdem sie zwangsweise ihre 6 M. Eintrittsgeld nebst laufenden Beiträgen an die Pensionskasse abliefern mußten. Und wie ist es mit dem „Zusatz“ der Firma, der ja die „wohlfahrts“-begehrtesten Unternehmerbildungen immer zu Kränen rührt? Sehen wir zu. Die Kasse hatte im Jahre 1911 folgende

Einnahmen:	
Eintrittsgelder	83 272,04 M.
Strafen	18 436,10
Nicht abgehobene Löhne	2 280,88
Beiträge der Mitglieder	89 884,54
Beiträge der Firma	44 831,81
Sa. 188 695,37 M.	
Ausgaben:	
Pension an Witwen, Waisen und Pensionäre	85 000,95 M.
Andere Ausgaben	40,20
Sa. 85 041,15 M.	

Also brachten allein die Eintrittsgelder der Arbeiter fast die Ausgaben der Kasse auf! Zu den

Einnahmen kommen dann die laufenden Beiträge der Arbeiter mit 89 884,54 M. nebst Strafen und nicht abgehobenen Löhnen, zusammen 1 05 590,00 M. Ueber 100 000 M. schießen also de facto in einem Jahre bei dieser mehr als wunderbaren Wohlfahrt die Arbeiter der Kasse der Firma zu! Das ist aber noch nicht einmal alles. In dem Auszuge fehlen die Kapitalzinsen unter den Einnahmen, die auch zu einem guten Teil aus den Beiträgen der Arbeiter angewachsen sind!

Es ist einfach unerhört, daß die Befestigung eine derartige „Wohlfahrts“-praxis überhaupt zuläßt. Die Zahlen genügen, um den ganzen Wohlfahrtschwindel gründlich abzutun.

„Unangenehme Gesellen“.

Unter dieser Epithet berichten konservativere Blätter in Hinterpommern folgendes: „Mit den polnischen Erntearbeitern ist es in dem Kreis Stolp in Pommern bald nicht mehr auszuhalten. Nicht nur, daß sie ihre rohen Sitten unter sich in den widerwärtigsten Formen üben, sie lassen auch andere nicht ungeschoren und werden oft geradezu zu einer Gefahr für alle Nichtpolen. Schlägereien, Messerstechereien usw., bei denen viel Blut zu fließen pflegt, sind an der Tagesordnung. Kürzlich haben solche polnischen „Schmitten“ zwischen Stolpmünde und Busselen einen Dachdecker aus Stolpmünde überfallen, mit Knütteln zugerichtet und beraubt. Ferner hat in mehreren Dörfern eine Schlägerei stattgefunden, wobei das Messer eine Hauptrolle spielte. Glücklicherweise hat man die Räuber festnehmen können, sowie die Messerstecher. Ingesamt sind im Laufe einer Woche 10 polnische Arbeiter verhaftet worden. Die Gendarmen hat fortwährend mit dieser Bande zu tun.“

Der Weheruf ist recht ungerichtet. Wer ist denn daran schuld, daß ausländische Arbeiter, und zwar die kulturell am tiefsten stehenden, nach Deutschland gelockt sind? Jährlich rund 700 000 ausländische Arbeiter werden durch die Feldarbeiterzentrale oder „Deutsche Arbeiterzentrale“, wie sich dies Institut seit kurzem nennt, nach Deutschland vermittelte. Wer läßt sich noch nach Deutschland locken? Ausländische Arbeiter, denen die Recht- und Schutzlosigkeit der ausländischen Arbeiter in Deutschland, die Ausweisungspraxis gegen Arbeiter, die Vorenthaltung des Lohnes ländlichen Arbeitern gegenüber, die zum Himmel schreienden Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Behandlung bekannt sind, denen ländliche Arbeiter in Preußen unterworfen sind, kommen nicht nach Deutschland. Die Kunde von dem nur durch Vertragsbruch gemilderten Despotismus, der das sogenannte Vertragsverhältnis zwischen ausländischen Arbeitern und den Unternehmern beherrscht, hält sie zurück. Aus Hunderten von Beispielen ihrer Landsleute haben sie erfahren, daß es ihnen mit der „Legitimationskarte“ als Steckbrief versehenen Brüdern in Deutschland noch weit schlimmer ergangen ist, als unter den schlechtesten Verhältnissen des eigenen Landes. Nur völlig unerfahrene, auf der tiefsten Kulturstufe gehaltene ausländische Arbeiter lassen sich noch nach Deutschlands agrarischen Gefilden locken. Dort werden sie als Sammlungskonkurrenz gegen die nach Verbesserung ihrer Lebenslage strebenden deutschen ländlichen Arbeiter und als Streikbrecher für industrielle Betriebe ausgespielt. In Tausenden strömen die Ausländer in wachsendem Maße trotz aller behördlichen Behinderungsversuche von der Landwirtschaft in die Industrie, weil auch für die auf niedriger Kulturstufe stehenden Ausländer die Verhältnisse auf dem Lande unerträglich sind. So suchten von den durch die Feldarbeiterzentrale im Jahre 1909/10 legitimierten 642 933 Ausländern 298 182, also 39,0 Proz., Beschäftigung in der Industrie. Im Jahre 1910/11 betrug der Prozentsatz der in der Industrie Beschäftigten bereits 44 Proz. (von 696 025 „Legitimierten“ wurden 308 123 in der Industrie beschäftigt). Für das Jahr 1911/12 hat sich dies Verhältnis über noch mehr zugunsten der Landwirtschaft verschoben. Die zur Abfuhr von ländlicher Arbeit treibenden niedrigen Löhne, um deren noch tiefere Senkung die Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern besonders bemüht sind, eine unwürdige Behandlung, die Vorenthaltung oft des schmalen verdienten Lohnes und ausnahmsweise Befehle gegen die ländlichen Arbeiter treiben ausländische Arbeiter von den ostelbischen Gefilden nach den Industriegebieten.

Schuld an den „unangenehmen Gesellen“ und ihrem Treiben sind dieselben Agrarier, die jetzt ein Veremordis über Untaten erheben, die zwar von ausländischen Arbeitern begangen sein mögen, die aber zu reichlich neun Zehnteln auf das Konto der Agrarier, als intellektuelle Urheber der Untaten, zu schreiben sind.

Jugendbewegung.

Rationale und freie Jugendbewegung.

In Mühlhausen i. Th. sind die Behörden bestrebt, der Arbeiterjugend an recht einleitenden Beispielen die Massengegenstände vorzuführen. Die Stadtverordneten waren 20 000 M. aus, um ein Jugendheim zum Rang des arbeitenden Nachwuchses zu errichten. Die vom Magistrat darüber ausgearbeitete Vorlage und ihre Begründung lesen sich wie ein richtiges Flugblatt des Reichsbundverbandes. Daneben gingen großzügig der Jugenddeutschlandbund, die Lehrer in den Fortbildungsschulen usw. auf den nationalen Jugendfang aus. Gegenüber diesem von allen Seiten einsehenden Treiben hielt es die Arbeiterschaft für nötig, in einer großen öffentlichen Versammlung die Antwort kräftig zu erteilen. Auch die Jugendlichen waren zu dieser, ebenso wie die nationalen Unternehmungen „unpolitisch“ gehaltenen Veranstaltung eingeladen und zahlreich erschienen, aber auch als „Gäste“ zwei Vertreter der Polizeibehörde. Der Referent Dr. Weitzel verstand es, jede Verührung der Politik zu vermeiden, doch die Polizei war anderer Meinung. In großen Mengen sind jetzt vielen Jugendlichen, die dabei waren, Strafzettel wegen Verstoßes einer „politischen“ Versammlung zugegangen, und auch den Verantwortlichen Genossen Markewitz will man lassen. Nun wird das Gericht zu entscheiden haben über die interessanten Polizeiaufzeichnungen und über die Frage: Was ist politisch?

Hus Industrie und Handel.

Kohlenproduktion.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat hat in der am Montag stattgefundenen Zeichen-Berammlung der augenblicklichen Hochkonjunktur von neuem Rechnung getragen. Die Produktionsbeschränkungen, die für Juni und Juli galten, sind wieder rückgängig gemacht worden. Die Werke können ihre Beteiligung an Kohle fast voll (zu 97,5 Proz.) für Rols zu 75 Proz. ausnutzen. Der Abzug ist im Juni weiter geliegen und hat eine seit Bestehen des Syndikats noch nie erzielte Höhe erreicht. Die Preise für das Winterhalbjahr sollen in der bisherigen Höhe weitergelien.

Neue Bücher.

Leubners Einzelkarten zur Wirtschaftsgeographie Deutschlands. 1. Binnen-schiffahrtverkehr. 2. Steinkohle, Braunkohle, Eisen- und Eisenindustrie. Preis jeder Karte 4,50 M. — Begleithefte dazu (18 und 23 Seiten) je 0,40 M. Die Karten sind im Maßstabe 1:1 500 000 gezeichnet, in Mehrfarbendruck ausgeführt, circa 1 Meter breit, 80 Zentimeter hoch, auf Pappe gedruckt und mit Stäben und Fäden zum Aufhängen versehen. Auf der Karte Binnen-schiffahrt sind natürliche Flußläufe und Kanäle nach ihrer Bedeutung für Groß- und Kleinschiffahrt und die Häfen je nach der Größe ihres Verkehrs unterschieden. Am Rande ist noch der Güterverkehr, getrennt nach Empfang und Versand, für die Haupthäfen graphisch dargestellt. Die Karte über Kohle und Eisen gibt Ausdehnung der Fundstätten und Fördergebiete, die Hauptstätten der Hochöfen und Hüttenwerke, sowie die Einfuhrstellen für Kohle und Erz an. Beide Karten sind übersichtlich gezeichnet und eignen sich gut als Anschauungsmaterial für Bildungsurse über deutsche Wirtschafts-geschichte.

Eine willkommene Ergänzung der Karten bilden die Beihäfte. Das erste gibt eine Beschreibung der Wasserstraßen, ihrer Gesamtlänge, der Haupthäfen und der hauptsächlichsten Verkehrsgebiete. Das zweite Heft unterrichtet kurz über Produktionsgebiete, Förderung, Handel und Verwendung von Kohle und Eisen. Das erste Heft enthält auch eine verkleinerte aber lesbare Wiedergabe der Karten; beim zweiten Heft sie bedauerlicherweise. Als knappe, billige Zusammenstellungen der behandelten Gebiete haben die Beihäfte, die auch ohne Karte abgegeben werden, ihren Wert.

Der Zinsfuß seit 1895. Von Heinrich Wichmann. Berlin 1912. Verlag von Pustkammer u. Mühlbrecht. 200 Seiten. Preis 5,20 M.

Die Arbeit behandelt auf 154 Seiten im wesentlichen den Wechselzinsfuß der Reichsbank und die Kurse der Staatspapiere und ihre Beeinflussung durch Konjunkturschwankungen und Änderungen des Börsegesetzes. 52 Tabellen und Diagramme liefern dazu das statistische Material. Das Ergebnis der Untersuchung ist die nun wohl allgemein zugegebene Erkenntnis, daß der Zinsfuß gestiegen ist. Die Ursache der Kreditverengung ist in dem Anwachsen der Nachfrage, des Kapitalbedarfs, zu suchen. Die Zinsfußsteigerung ist zwar eine internationale Erscheinung, aber am stärksten und anhaltendsten in Deutschland zu beobachten.

Gerichts-Zeitung.

Formelle Ungültigkeit einer Baupolizeiverordnung.

Die von der städtischen Bau-Polizeiverwaltung zu Breslau erlassene Baupolizeiverordnung vom 19. Mai 1909 bestimmt, daß vor dem Beginn der Dacharbeiten das Fangerüst anzubringen sei. An einem Bau, über den der Maurermeister Klar die Hauptleitung hatte, war das Fangerüst erst später angebracht worden. Klar wurde deshalb angeklagt und verurteilt. Gegen dies Urteil der Strafkammer in Breslau legte der Angeklagte Revision ein.

Das Kammergericht hob am Donnerstag das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Es führte aus: Die Vorschrift über das rechtzeitige Anbringen der Fangerüste habe den Zweck, zu verhindern, daß Arbeiter bei den gefährlichen Arbeiten herunterfallen. Diese und ähnliche Vorschriften seien Vorschriften, die hauptsächlich im Interesse der Arbeiter gegeben seien. Demgemäß hätte nach den Vorschriften der Gewerbeordnung die Berufsgenossenschaft vor ihrem Erlaß gehört werden müssen. Daß dies geschehen sei, müsse aus der Verordnung selber hervorgehen. Hier sei es nicht aus der Verordnung ersichtlich. Deshalb sei diese unzulässig, so daß Angeklagter nicht aus der Verordnung verurteilt werden könne. Die Revision müsse aber nachprüfen, ob nicht etwa § 367, Biffer 14, des Strafgesetzbuches anwendbar sei, wonach der der Bestrafung unterliegt, der Bauten oder Ausbesserungen von Bauten usw. unternimmt, ohne die von der Polizei angeordneten oder sonst erforderlichen Sicherungsmittel zu treffen.

Es kann also trotz der formellen Ungültigkeit der Polizeiverordnung bei der Bestrafung bleiben.

Ein zartfühlender Gerichtsekretär.

Eine Schriftstellerin telephonierte das Amtsgericht Berlin-Mitte und bat, einer Vereinbarung entsprechend, einen von ihr namentlich bezeichneten Richter ans Telephon zu rufen. Nach wenigen Sekunden wurde ihr mitgeteilt, der Richter sei nicht zu finden, sie möge später wieder anrufen. Als sie wieder anrief, wurde ihr in schroffem Ton die Antwort: „Ja, habe doch noch anderes zu tun, als immer nach Rat X. zu suchen.“ Durch Anhängen des Hörers wurde die Dame an einer Antwort verhindert. Sie begab sich dann auf das Gericht; der Richter hatte sich bereits entfernt. In der gereizten Erregung ließ die Schriftstellerin sich auf dem Korridor über die ihr widerfahrene Behandlung aus. Das hörte ein Gerichtsekretär und setzte seinen Kollegen davon in Kenntnis. Darauf erfolgte öffentliche Anklage wegen Beleidigung, die jetzt vor dem Schöffengericht zur Verhandlung gelangte. Die Angeklagte sollte in Beziehung auf den Sekretär von einem „Platz“ und „Flegel“ gesprochen haben. Sie bestritt den ihr ganz fremden Ausdruck „Platz“ und legte dar, daß sie durch die ihr widerfahrene Behandlung schwer gereizt war. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Griefe, gab zu, daß ein brüsktes Anhängen des Hörers verlegend sei. Der Sekretär, der das Telephon bedient hatte, bestritt, daß sein Benehmen grob gewesen sei. Sein Kollege befandete den „Platz“ und „Flegel“. Der Amtsanwalt beantragte 100 M., das Gericht erkannte auf 75 M. Geldstrafe. Berufung ist eingelegt.

Ein etwas teures Vergehrt für die Auffassung, daß der Ausdruck des Unmuts darüber, daß ein Beamter nicht tut, was seines Amtes ist, und ein Benehmen an den Tag legt, das nicht seines Amtes ist. Kurios, daß der Sekretär, der die lebhafteste Kritik seinem Kollegen überbrachte, das Bewußtsein des beleidigenden Charakters des „Platzes“ und „Flegels“ nicht gehabt haben kann — denn sonst hätte doch auch er angeklagt werden müssen —, daß aber der mit Recht erregten Angeklagten trotz ihrer Erregung dies Bewußtsein nicht gefehlt hat. Und wegen dieser Vapologie — öffentliche Anklage durch den Amtsanwalt! Wo liegt da das „öffentliche Interesse“?

Ein ertappter Paletotmarder.

Durch die Aufmerksamkeit eines Bahnbeamten ist ein auswärtiger Kaufmann, der sich auf der Durchreise kurze Zeit in Berlin aufgehalten hatte, vor großen Schaden bewahrt worden. Der Betreffende hatte sein Gepäc, in welchem sich wertvolle Muster und auch ein größerer Geldebetrag befanden, in der Gepäcdepotwahrungsstelle des Bahnhofes Alexanderplatz zur Aufbewahrung gegeben, um sich bis zur Abfahrt seines Zuges Berlin anzusehen. Als er ein Café in der Nähe des Alexanderplatzes aufsuchte, machte er hier gleich eine sehr üble Erfahrung mit der Großstadt Berlin. Als er seinen Paletot anziehen wollte, war dieser zu seinem Schrecken verschwunden. Der Kellner teilte ihm mit, daß ein Herr, der am Rebenische gefessen habe, sich den Paletot angezogen habe, wobei er, in der Meinung, daß er dessen Eigentum sei, ihm sogar noch geholfen habe. Der Bestohlene hatte den Aufbewahrungsschein über seinen Handkoffer in den Paletot gesteckt. Er lief nun schleunigst nach dem Bahnhof, wo er gerade dazu kam, wie mehrere Bahnbeamte unter lauten „Paletot-ihm“-Rufen hinter einem jungen Menschen herliefen. Der Flüchtling wurde eingeholt; es war der Träger des eben erst gestohlenen Paletots. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der Festgenommene als ein schon wegen Diebstahls vorbestrafter Techniker Viehman. Wie sich herausstellte, war die so schnelle Erregung des Diebes lediglich dem an der Aufbewahrungsstelle tätigen Gepäcsträger zu verdanken. Als G. mit dem Gepäcschein kam und das angeblich von ihm abgegebene „Paletot“ verlangte, wurde der Beamte stutzig, da es sich nicht um ein Paletot, sondern um einen eleganten Lederkoffer handelte. Er stellte sich so, als wenn er das Paletot nicht finden könne und bat den angeblichen Eigentümer um eine genaue Beschreibung. Als diese erst recht nicht stimmte, beauftragte er einen anderen Bahnbeamten, unanfällig einen Schuttmann zu holen. Dies mußte Viehman wohl doch gemerkt haben, denn er empfahl sich plötzlich unter Zurücklassung des Gepäcscheins, wurde aber sofort verfolgt und festgenommen. — Die 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I, vor der sich Viehman unter der Anklage des Diebstahls zu verantworten hatte, verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigangsmustern sofort ihre Adresse mitteilen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham Bank Meosina-u. Römerstr. Kell. N. 4. Baristr. 24. Fernsp. Kgt. 13709

Si-Si Bestes alkohol-Geztränk Berlin O. Bahlf. 4

F. Falk! Hamburger Laden, Charl. Wall. 59

J. Kastner Roter Laden, Schönbr. Hauptstr. 109

Blottner's Großbäckerei Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf.

Brodfabrik "Vorwärts" Hermann Ulrich, Köpenick.

Brodfabrik R. Zimmer, Schöneberg, Hauptstr. 11

Buehl & Sohn, Spandau, Prenzlauer Allee 42.

Engel's Landbrot Heinersdorfer Mühle, Verkauf in Milchgeschäften

W. Engel, Verkauf in Milchgeschäften, Berlin, Bekant. gep. 4. Plakate.

Fischer, Götterstr. 55. Faltsenstr. 20. Köpenickstr. 171.

W. Gerlach, Schöneberg, Hauptstr. 47.

Georg Genz, Memelerstr. 20. Alfred Graf, Bernauerstr. 24.

Karl Gleimann, Witzschstr. 7. H. Glöck, Wilhelmshavenstr. 51.

H. Hesse, Prenzlauer Allee 182. August Hübner, Schwedterstr. 52.

August Hauck, Öpicken.

Oskar Hanke's Brodbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen

Klies-Urobäckerei, Bogatzstr. 5. Carl Laudahn, Weberstr. 30.

Landbrot-Großbäckerei O. Senf, Noh. Krug, Waldstr. 4.

Hermann Lebel, Husonstr. 35. Alfred Lier, Wielestr. 36.

Lichtenberger Brodfabrik, Emil Lieske, Grüner Weg 122.

Matthe, Glipstr. 3. E. Martin, Hohenbergerstr. 199.

E. Martin, Gleimstr. 55. Gustav Mähle, Rheinwerstr. 2.

Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21. Friedrich Oste, Madalstr. 10.

Herm. Proell, Nennendamm. Friedrich Probst, Andreasstr. 51.

Deutsche Bierbrauerei A. G. Berlin-Pischelsdorf

Groterjans Malzbier, Schick-Allee 120, T. III, 5043.

C. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel.

F. W. Hildebrandt Lagerbier und Malzbier

Hempel, E., Müllerstr. 139 d. Kahlenberg, A., Liebenstr. 45

Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S. Luisenbrauerei Wolfensee.

Münchener Brauhaus Berlin. A. Landré Weissbier

Löwen-Brauerei Aktiengesellschaft

Roland Schade, Flaschenbierverand

Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Pallasenstr. 97. Tel. A. VII. 2634.

Blumen und Kränze Oskar Alberts, Müllerstr. 41.

Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 130. Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Land. Allee 153

Bad Godesberg, Hauptstr. 11

Bad Harzburg, Hauptstr. 11

Bad Nauheim, Hauptstr. 11

Bad Oestend, Hofstr. 11

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Passage-Bad Kottbuser Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Kuranstalt M. Schütz, langjähr. I. Assistent d. ehemals

Römer-Bad Boxhagen-Kumbg., Sonntagstr. 4.

Silesia Bad Kottbuser Damm 73

Victoria-Bad Kottbuser Damm 73

Bendagen, Gumml. R. Hauke, Stralauer Str. 66.

Wende, A., Seydelstr. 15.

Reiche, A., Seydelstr. 15.

Zaremba, Weinbergsweg 1

Beordig.-Anst. Argk. Bredowitzer Waldstr. 118

Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170

W. Urban, Nannast. 1 Tel. N. 259

Bunzel, R., Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 49

Carl Imme jun., Gröner Weg 15

Schrammar, H., Richardstr. 118

Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten G. Hahnel, Neul. Keesbeckstr. 106

Max Schöne, Landsberger Allee 149

W. Adelung & A. Hoffmann, Akt.-Brauerei Potsdam

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bierbrauerei.

Caramel-Weißbier fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.

Deutsche Bierbrauerei A. G. Berlin-Pischelsdorf

Groterjans Malzbier, Schick-Allee 120, T. III, 5043.

C. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel.

F. W. Hildebrandt Lagerbier und Malzbier

Hempel, E., Müllerstr. 139 d. Kahlenberg, A., Liebenstr. 45

Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S. Luisenbrauerei Wolfensee.

Münchener Brauhaus Berlin. A. Landré Weissbier

Löwen-Brauerei Aktiengesellschaft

Roland Schade, Flaschenbierverand

Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Pallasenstr. 97. Tel. A. VII. 2634.

Blumen und Kränze Oskar Alberts, Müllerstr. 41.

Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 130. Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Land. Allee 153

Bad Godesberg, Hauptstr. 11

Bad Harzburg, Hauptstr. 11

Bad Nauheim, Hauptstr. 11

Bad Oestend, Hofstr. 11

Bezugsquellen-Verzeichnis.

C. Laurent Brunnenstr. 16

Gustav Mai, Schönhaus. Allee 177

F. Müller, Danzigerstr. 27.

H. Pensi, Schwedterstr. 11, Ek. Badstr.

W. Ratschke, Hermannstr. 62

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 9

C. Sommer, Wraselstr. 44, Amt IV 12045

Butter, Eier, Käse Butterhandlung

J. F. Assmann 30 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck, Dresdenstr. 97, Bücherstr. 11

Buntrock, W., Neukölln, Boddinstr. 3.

Drei Kronen, Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holz, Kersten, Gebr. Werther-Str. 52a

Kosmalla, E., 4 Geschäfte

Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R. 35 Verkaufsstellen.

Uhl & Wolfram 48 Verkaufsstellen.

Vereinte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123

Georg Wunder, Fruchtstr. 70.

Cacao, Chocolade Althaus, Krüster-Geb., Lindewerstr. 16.

Cylix, G., Filialen in 18 Städten.

Die Fabrikate der "Sarotti" Chokoladen u. Cacao-Industrie

C. Senff, Schütz, Warschauerstr. 32, gr. 1900

STOLWERCK Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao In drei Preislagen.

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrrad-Leibhaus Lohmann Neue Schönhaus-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischeuf Brunnenstr. 25.

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen Fr. Behrend, N. Fr. Müller-Allee 27.

Klein, Wilh., Oberbaumstr. 164.

Damenkonfektion Cohn, Geowch, Bergmannstr. 9.

Callmann, N. Fr. Müller-Allee 27.

L. Frankenstein, Blusen, Röcke, Kleider

Giesenow & Co. Schneberg Hauptstr. 25.

Damen-Konfektion Gebr. Neumann, Moabit, Termstr. 23

Restat, J., Neukölln, Boddinstr. 3.

Westmann 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.

Wagner, P., Skla., Bergstr. 42

Paul Zuteremann Konfektionshaus - Chausseest. 66

Damenkleiderstoffe Adolf Dannemann, Oranienstr. 130

Drogen u. Farben Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 8

Rich. Dacalus, Fackel, Berliner Str. 44

Central-Drogerie, Brandenburgerstr. 11

Drogh. B. Kühn, Kopernikusstr. 17.

Ebert, Max, Warschauerstr. 21.

Friedrich, Paul, O. Gartenstr. 29

Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.

Günther, Löwen-Dröge, Str. 37

Knesebeck-Drog., Hermannstr. 119.

Prinzenstr. 103, Alfred Hoffmann

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Prinzenstr. 103, Alfred Hoffmann

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

Alfred Hoffmann, Franz Schönböck, Oberbaumstr. 72

G. Kulick, Färb., Wäscherei

C. Dittmann, Neukölln, Berliner Str. 42

Köhler, Grünauerstr. 42

Werner, Langestr. 85.

Winkler & Barthold, Bergstr. 5 u. 57.

Fl. Amandowitz, Glasgower-Str. 5.

G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74

W. Becker, Tegel, Brunowstr. 53

Blodt, Otto, Prenzlauer Allee 62

A. Bilzer, Köpenicker Str. 22.

August Blenert, Augustastr. 9.

Wilhelm Behr, Wurstfabrik.

Speck- und Schinkenfabrik Berlin-Schöneberg, Kalkstr. 57-58

Bothner, Käse, Krautstr. 1.

Bragrock, A., Mantelstr. 39.

P. Buckwitz, Rigauerstr. 106.

Anton Buchheim, Altesbierstr. 17.

A. Bentele, Theaterstr. 21.

K. Christ, Eilingerstr. 58.

Darge, O., Finowstr. 5.

Danziger Fleisch-Centrale Danziger Straße 14

Danneberg, Neue Hochstr. 6.

Rich. Deckert, Weierstr. 33.

P. Dreyer, Prinz Eugenstr. 21.

Joh. Durzynski, Kopernikusstr. 1

Arno Fischer, Grodgrüchen-Str. 6

W. Dürr, Schivelbauerstr. 27.

Fleisch- u. Wurst-Centrale Frankfurter-Allee 182

W. Friedmann, N. Fr. Müller-Allee 27.

C. Gerlach, Warthestr. 70.

H. Gerndt, Sprengerstr. 17, Hag. Hauptstr. 70

Fr. Gerlach, Taubitzstr. 1 a.

Rob. Glöck, Weissenhof-Str. 13

Paul Götting, Rigauerstr. 14

Gottlieb, Köpenickstr. 189

Otto Grube, Neue Hochstr. 37.

Gasinde, Rich. Fr. Müller-Allee 27.

Georg Heiter, Echte Branschew. u. Thüringer Wurst.

Ernst Hübner, Schwedterstr. 12a

Ernst Ischer, Wiesenstr. 11.

Jakobik, Schöneberg, Hauptstr. 24.

Albert Jähner, Köpenicker-Str. 5.

Janik, C. Kottbuser Damm 35

Fritz Jentsch, ff. Fleisch- u. Wurst.

H. Immig, ff. Fleisch- u. Wurst.

Helmer, Jochmann, Zietenstr. 41.

Wilhelm Kitz, Kniprodstr. 118.

Otto Schreiber, Hohentried-bergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

A. Stewer, 34. Schönhauser Allee 127.

Max Schubert, Müllersstr. 106 a.

Albert Schucht, Stargarder-Str. 68.

E. Steeger, Fleisch-Ernststr. 23

Thaleiser, Invalidenstr. 153

Wagner, Landsbergerstr. 118

Fr. Thiel, Frankfurter-Chausseest.

Th. Trapp, Warschauerstr. 19

Karl Unte, Naunynstraße 17

U. G. Paul, Köpenickerstr. 25.

G. Vettin, Götterstr. 57 - 57

Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 59

Josef Weber, Raumerstr. 24.

O. Wellnitz, Nannynstr. 66.

A. Wenzel, Woldenbergerstr. 30

Emil Wilhelm, Graunstr. 35.

Wiedmann & Swunke, Weissenhof-Str. 13

P. Wontora, O. Friedrichstr. 31

Ernst Ziffer, Odorbergerstr. 27.

Glas u. Porzellan G. Krüger, Weissenhof-Str. 79.

Oberländer, A. Wilborn, Brunnenstr. 16.

Winkelmann, Wilhelmstr. 22.

W. Becker, 13. Wilmersdorferstr. 127

Hoyer, A., Bergstr. 163 I.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Extra-Zahlabend für den sechsten Kreis

findet heute abend statt zwecks Vornahme der Delegiertenwahl zur Kreis-Generalversammlung.

Berliner Nachrichten.

Tagrufer.

Wer inmitten des großstädtischen Häuserwalles seine Arbeitsstätte und seine Mietwohnung hat, was weiß der viel vom Sonnengestirn? Er sieht es weder am westlichen Horizont niedersteigen noch am östlichen wieder emporleuchten. Er hört weder Nachtigallen schlagen, noch Lerchen, die Mäneten des Renges, hoch über grünen Feldern jubeln. Er kann sein Ohr nicht ans Herz der Erde legen, um ihre Pulschläge und Atemzüge zu vernehmen. Die Mythen des Werdens und Vergehens in der Natur bleiben ihm zumeist ein Buch mit sieben Siegeln. Das würzige nervenstärkende Arom der Luft, das vor Tag von blühenden Gesehen daherkommt, ihm belebt es nicht die Sinne. Unter Getöse legt er sich schlafen — Schwaden mit giftigen Miasmen geschwängerten Dunstes umlauern seine kurze Nachtruhe und sein Erwachen. Der keusche Gauch und Schimmer aller Naturromantik bricht sich an den Häuserbezirken. Nichts als nüchterne Realitäten sind es, die uns umgeben. . .

Und dennoch hat auch die Millionenstadt ihre geheimnisvolle Symbolik und ihren „Märchenzauber“. Sie ist ein lebendiger Organismus mit animalischen Funktionen. Geharnischte Hüter der Ordnung wachen an ihrem Lager, damit der gedämpfte Laut des in Ruhe gewiegten großen Lebens nicht ganz auf den Trottoirs ersterbe. Die schwarzen Nachtdämonen hupfen mit heimtückischen Gebärden an den spärlich krennenden Gaslaternen vorbei, um desto düsterer die Sohle der Straße und ihre senkrecht aufragenden Steinufer zu beschatten. Selbst über die Dächer hat die Finsternis ihr Vahrtuch gespannt.

Nicht so lange — und sich: dort oben regt es sich. Bald heben sich die Häuserkronen wie scharfe Silhouetten vom Himmel ab. Die Schwärze duckt sich vor dem Schein des fern im Osten empordämmenden Morgens. Und das ist die Stunde, wo der neue Tag sein Gewissen schärft. Auf leisen Schuhen dringen die festgeschlossenen marschierenden Kohorten der Helle von außen her durch die Straßen, als die natürlichen Zufuhrkanäle der Stadt in sie hinein. Ein unhörbarer, nichtdestomengererbitterter Kampf besteht zwischen Zwielicht und Dunkelheit. Diese schiebt sich, schrittweise überwinden, wie ein Dieb, der unlieb durch nabende menschliche Tritte verscheucht wurde, von dannen. Kirchturmglöden läuten den anbrechenden Morgen ein. Als bald klappt hier oder da eine Haustür zu: vereinzelte Reutchen trippeln zur Frühmisse, oder auch, weil ihr Dienst sie ruft.

Vaternenmänner lüchen die wenigen Gaslichter aus. Hotelomnibusse eilen rasselnd mit Reisenden zu den Bahnhöfen. Lokomotivpfeifen schrillen laut von dort in die Stille. Der Strom rauscht unaufhörlich wie immer; nur daß man jetzt klar sein Rauschen vernehmen kann — bis es wieder vom Straßenverkehr überdröhnt sein wird.

Bauern- und Gärtnerwagen rollen hochbepackt mit Gemüse oder kalenden Büdnern, schnatternden Gänsen und kreischenden Enten stadteinwärts.

Von den Hauptpostämtern fahren große Paket- und leichtere Briefschaffswagen zu den Fernbahnhöfen. In allen Straßen sind postartige Kastenentleerer bei der Arbeit.

Da und dort kehren Vergnügungsschwärmer heim: die Dämchen in zerlangten Balltoiletten und mit verschämten Blicken, sorglich die Gesichter verummundend, daß ihnen der Frühschein des Tages nicht zu grell hineinleuchte; während manchem ihrer Seladons der Hülndler schief auf dem Kopfe und ein großer grünllicher Kater im Nacken sitzt. . .

Wie das abstricht von den Scharen der Arbeiter, die mit Augen, in denen Siegestruw und Schaffensfroheit glänzen, zum Werkplatz eilen! Der neue Tag ist da: er schlägt seine Schlächtern!

Mit den neuen Mädchen-Pflichtfortbildungsschulen, deren Einrichtung beabsichtigt in Berlin bevorsteht, beschäftigt sich das „Berliner Tageblatt“ in seiner gestrigen Morgenausgabe. Es wird darin der Ansicht erweckt, daß die Absicht bestehe, die Arbeitgeber zu den Kosten der Pflichtschulen für Mädchen auf Grund des Gesetzes vom 1. August 1909 heranzuziehen. Diese Nachricht ist, wie der Magistrat mitteilt, durchaus unzutreffend. Beim Magistrat ist von einer solchen Absicht nichts bekannt, und es haben, wie ausdrücklich festzustellen sei, auch keinerlei Erwägungen über Erhebung von Beiträgen stattgefunden. Das Gegenteil geht vielmehr hervor aus § 7 des vom Magistrat in erster Lesung schon genehmigten Ortsstatuts betreffend die Einrichtung einer gewerblichen und kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule für Mädchen, wonach der Besuch dieser Schule unentgeltlich sein soll.

Die Herrschaft der Kirche macht auch bei den Toten nicht halt. Das zeigte sich wieder bei der Beerdigung des Genossen Böcker, die am Montag auf dem Mariendorfer Kirchhofe stattfand. Die Gemeinde Mariendorf entbehrt eines Gemeindefriedhofes, die Gemeindeglieder müssen deshalb sämtlich auf dem Friedhofe der Kirchengemeinde beerdigt werden, auch selbst Personen, die bei Lebzeiten einer Kirche nicht angehört haben. Die Kirche nimmt gern die Gebühren, läßt aber sonst alle Nachbegräbnisse auf „ihrem“ Friedhofe aus. Sie schreibt genau die Art der Beerdigung auch Andersgläubigen vor. Um auch unserem verstorbenen Genossen ein Begräbnis zu sichern, wie Freunde es wünschten, setzte sich einer unserer Genossen mit dem zuständigen Pfarrer ins Benehmen und eruchte, auf dem Friedhofe das Singen einiger Lieder und einen kurzen Nachruf am Grabe zu gestatten. Zunächst sagte der Prediger als Vertreter der Kirchengemeinde zu mit der Einschränkung, daß der Nachruf nicht politisch gefärbt sein dürfe. Daraufhin wurden die Vorbereitungen getroffen und vor allem die Sänger bestellt. Als das geschehen, erhielt unser Genosse, der mit dem Prediger Herrn Kurzreiter verhandelt hatte, kurz vor der Beerdigung folgendes Schreiben:

„Sehr geehrter Herr! Nach einem Beschluß des Gemeindefriedhofes gelten alle ohne Bestehen aus unserm kirchlichen Friedhofe vollzogenen Beerdigungen als still; es darf nicht gesungen werden. Dies ist bisher — wie ich nachträglich mich erkundigt habe — in jedem Falle auch so durchgeführt worden. Dem kann ich nicht zuwiderhandeln. Ich muß also meine Erlaubnis bezüglich des Singens von zwei Liedern zurückziehen. Das Singen, was ich Ihnen mit Rücksicht auf unsere

Unterredung zubilligen will ist ein kurzer sich von jeder politischen Tendenz freihaltenden Nachruf in der Form der üblichen sich gelegentlich auch in kirchliche Beerdigungen einfügenden Nachrufe. Kann sich also auch da nicht um eine — wenn auch kürzere — Rede handeln. Der Kirchhofinspektor ist dementsprechend instruiert.“

So ähnlich lautete schon einmal ein Brief des anderen Pfarrers Nieger. Vielleicht hat Herr Kurzreiter das frühere Schreiben in den Akten als Vorbild gefunden. Wie dem aber auch sei; jedenfalls wirkt das Verfahren, wie es geübt wird, nicht gerade werbend für die Kirchengemeinschaft. Und soll das recht sein. Derartige Maßregeln machen schließlich auch den Windstien sehend. Nicht wenig pietätvoll machte es sich, als der Totengräber nach seinem „stillen Gebet“ von seinem Diebstahl die Worte herunterrief: „Das Grab hat die Nummer 521“, in einem Ton, wie man etwa Kilometersteine benennt. An die Gemeinde wird aber in immer stärkerer Maße die Mahnung herantreten, endlich einen neutralen Gemeindefriedhof zu schaffen. Das ist eine dringende Pflicht der Gemeinde, die sie endlich erfüllen sollte.

Die Beerdigung des Genossen Völker vollzog sich in einfacher schlichter Weise, die dem Wesen des Verstorbenen angepaßt war. Genosse Willi Wach schilderte die Wirksamkeit Völkers, besonders betonend, wie Völker schon Anfang der neunziger Jahre in München sich um die Förderung der Bildungsbestrebungen des Arbeiter eifrig bemühte. Auf diesem Wege ging Völker konsequent weiter, um später durch Ueberzeugung Werke nordischer Dichter dem deutschen Proletariat näherzubringen. Auf dem Grabe legten Preshommission des „Vorwärts“, Redaktion des „Vorwärts“, Redaktion der „Neuen Welt“, Berichterstatter des „Vorwärts“, Buchbinderverband, Wahlverein Mariendorf prächtige Kranzspenden als letzte Liebeszeichen nieder.

Mangel an Erfrischungsmöglichkeit auf Vorortbahnhöfen. Und wird geschrieben: Am letzten Sonntag kam ich mit meiner Mutter mit der Bahn von Königsmusterhausen. In dem überfüllten Abteil wurde die alte Dame, gleich nachdem wir die Station Grünau verlassen hatten, unwohl und stiegen wir deshalb in Adlerhof aus, um hier eine Flasche Selters oder einen Kognak zu kaufen. Als der Zug bereits abgefahren war, bemerkten wir zu unserem Leidwesen, daß auf dem Bahnsteig keine Erfrischungshalle war. Wir fahren deshalb mit dem nächsten Zuge nach Niederschöneweide, da wir annehmen, daß dort, da dies außerdem Fernbahnhof ist, eine Erfrischungsmöglichkeit vorhanden sei; aber auch hier wurden wir enttäuscht. Wir suchten nunmehr nach einer Wasserleitung und entdeckten schließlich eine solche, doch fehlte hierbei ein Trinkbecher; ein daneben hängender Automat, der Trinkbecher gegen Zahlung von 10 Pf. verabreichen sollte, versagte, so daß wir schließlich unversorgter Weise nach Berlin fahren mußten. Auf unsere Fragen, warum denn derartige Bahnhöfe, die doch sonst auf jedem kleinen Bahnhof zu treffen sind, in Niederschöneweide fehlen, wurde uns zur Antwort, daß derartige Bahnhöfe früher vorhanden waren, daß sie aber auf Veranlassung des Vorstehers der zuständigen Inspektion entfernt worden sind, und zwar nicht etwa, weil sie sich nicht rentieren, sondern weil der betreffende Herr des öfteren mal gesehen hat, daß auch Beamte während ihrer Dienstzeit Bier getrunken haben sollen. Eine derartige Maßnahme der Eisenbahnverwaltung erscheint mir durchaus ungerath und unangemessen. Am letzten Sonntag sind in Niederschöneweide 2000 und in Grünau 6000 Personen abgefahren. Bei dieser Zahl kann doch unmöglich jemand behaupten, daß sein Bedürfnis für Bahnsteigbäckerei vorhanden ist.“

Falsche Einmarkstücke befinden sich gegenwärtig in Berlin im Umlauf. Die Falsifikate zeigen diesmal aber nicht die bekannte gute Ausführung, sind vielmehr als Fälschungen leicht zu erkennen. Namentlich ist die Prägung des Randes äußerst mangelhaft und auch die Farbe der Rücknahmen weist einen ziemlich erheblichen Unterschied gegenüber den echten Geldstücken auf. Das Gewicht der Fälschungen ist etwas geringer als dasjenige der echten Münzen, ihr Klang zeigt dagegen fast gar keine Abweichung. Die Falsifikate tragen die Jahreszahl 1906, das Münzzeichen fehlt.

Als Kriminalkommissare sind in der letzten Zeit wiederholt Schwindler aufgetreten, um unter diesem einflussreichen Titel allerlei Betrügereien zu unternehmen. Neuerdings hat sich auch eine Schwindlerin für eine Kriminalbeamtin ausgegeben. Bei einer Zimmervermieterin in der Mittestraße, die eine Hotelkassierin bei der Polizei beantragt hatte, erfuhr eine Dame, die von dem Antrage der Zimmervermieterin Kenntnis erhalten haben muß, und stellte sich als Kriminalbeamtin vor. Sie gab an, daß sie beauftragt worden sei, ihr mitzuteilen, daß die Genehmigung der Konzeption nur nach Entrichtung einer Gebühr von 160 M. erteilt werden könne. Weil die Vermieterin den Betrag gerade zur Hand hatte, übergab sie ihn auch sofort der „Kriminalbeamtin“ mit der Bitte, ihr darüber eine Quittung auszustellen. Diesem Wunsch der Frau kam die Dame auch nach. Sie bestand es aber, die Quittung bei ihrer Entfernung aus der Wohnung wieder zu sich zu nehmen und unbenutzt mitzunehmen. Sie wollte noch verheilen, daß sie durch ihre Handschrift entlarzt werde. Die Gaunerin ist ungefähr 38 bis 42 Jahre alt, etwa 1,73 Meter groß und kräftig, hat schwarzes Haar und ein rundes, gebräuntes Gesicht und trug einen braunen Staubmantel und einen schwarzen Hochhaarkhut mit brauner Pleureuse.

Ein naher Fabrikbesitzer. Verschwunden ist ein Fabrikbesitzer, dessen Hinterlassenschaft heute öffentlich versteigert wird. Es handelt sich um den Inhaber der Metallschraubfabrik A. Hartlapp aus der Michaelstraße 17, den 23 Jahre alten Kaufmann Alfred Hartlapp, der zuletzt in der Bornstr. 23 in Friedenau wohnte. Der junge Mann übernahm vor zwei Jahren die Fabrik, als sein Vater, der sie bis dahin sechs Jahre lang besessen hatte, in Konkurs gegangen war. Aber auch unter der Leitung des Sohnes kam das Unternehmen auf keinen grünen Zweig, zumal der jetzige Besitzer einen sehr leichtsinnigen Lebenswandel führte. Er hat sich auch verschiedener Straftaten schuldig gemacht, wogegen er jetzt von der Kriminalpolizei gesucht wird. So hat er einem Mädchen aus achtbarer Familie, mit dem er einige Zeit verkehrte, sein Sparfassenbuch abgeschrieben. Dann entführte er die erst 18 Jahre alte Tochter eines angesehenen Mannes, reiste mit ihr nach London und gab bei seiner Rückkehr von dort an, daß er sich in England mit ihr verheiratet habe. Außerdem wird er beschuldigt, sich verschiedener Betrügereien schuldig gemacht zu haben. Wegen des Vaters des entführten Mädchens hat er sich später auch noch einer verjagten Erpressung schuldig gemacht. Am 1. Juni, der auf einen Freitag fiel, verabschiedete er plötzlich aus seiner Fabrik und ließ sich am folgenden Tage, an dem er seine 12 bis 15 Arbeiterinnen und den Vorarbeiter entlassen sollte, nicht mehr sehen. Als man sich jetzt in seiner früheren Wohnung erkundigte, erfuhr man, daß er sich dort mit seiner Frau schon längere Zeit nicht mehr hatte blicken lassen. Da Hartlapp für verschiedene Monate die Miete rückständig ist, beschlagnahmte der Hausbesitzer die zahlreichen Maschinen. Auch die betrogenen Angestellten und Lieferanten machten ihre Forderungen geltend. Ob aus den Maschinen, die schließlich von dem Fabrikbesitzer auch verpfändet worden sind, so viel herauskommen wird, um die Vorentsprechungen zu decken, ist noch sehr fraglich.

Ein seltener Fund ist im Zehnisee gemacht worden, wo gegenwärtig in der Nähe des Seebades Vaggeungsarbeiten ausgeführt werden. In einer zulage beförderten Sandmasse entdeckte der am Vagge besichtigte Arbeiter einen silbernen Gegenstand, der sich als ein großes in einem goldenen Ring gefaßter Brillant heraus-

stellte. Der ehrliche Finder, der den Wert des Ringes wohl erkannte, machte sofort seinen Vorgesetzten und der zuständigen Polizeibehörde Mitteilung. Die Nachricht von dem seltenen Funde drang auch bis zu dem Apothekenbesitzer Herr Jochim in Spandau, der vor etwa zehn Jahren, als er sich bei seinem Vater in Oranienburg aufhielt, beim Baden im Zehnisee einen Brillantring im Werte von etwa 1400 M. verloren hatte. Obwohl damals ein Laucher nach dem Ringe suchte, wurde dieser nicht gefunden. Herr Jochim glaubt in dem jetzt auf so eigenartige Weise entdeckten Brillantringe sein Eigentum wiederzuerkennen und hat die nötigen Schritte zum Nachweis seines Besitzrechtes bereits eingeleitet.

Ein schwerer Baunfall wird vom Erweiterungsbau des Urban-Krankenhauses gemeldet. Gestern nachmittag rutschte ein Nischenbaum aus, wodurch Baumaterial losgelöst wurde und zu Boden fiel. Der Maurer Karl Bent wurde davon so schwer getroffen, daß seine Aufnahme im Krankenhaus erfolgen mußte.

Welschkrankeinfuhrer stahlten in der vergangenen Nacht dem Schlächtermeister Franz Reefe aus der Reinholdsdorfer Str. 40 einen unerbetenen Besuch ab. Die Diebe fanielten die Tür zu einer hinter dem Baden liegenden Stube auf und machten sich zuerst an den hier aufgestellten Weidhschrank. Hierin fanden sie zwar nur ungefähr 400 M. bares Geld, aber auch Schmuckfachen im Werte von 2000 M. Außerdem fanden sie auch eine silberne Amtsstelle, die der befohlene Schlächtermeister als Bezirksvorsitzer besaß. Der Welschene wohnt über seinem Geschäft.

Häftling aufgefunden wurde gestern vormittag vor dem Hause Urbanstr. 69 ein unbekannter Mann, anscheinend ein Arbeiter. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er über seine Persönlichkeit noch nicht befragt werden konnte; Papiere führte er nicht bei sich. Der Unbekannte ist ungefähr 40 Jahre alt, hat dunkles Haar, einen blonden Schnurrbart und trug ein graues, kleinformatiges Jackett, eine dunkle gestickte Hose und Schnallenschuhe. In seinen Taschen fand man nur einen Schlüssel und ein Taschentuch, das W. H. gezeichnet ist.

Uebersfahren wurde gestern morgen kurz nach 7 Uhr am Hohenstaufenplatz. Ede Rotbater Damm, der Ausfuhrer der Norddeutschen Erdwerke (Wagen 81) Paul Stein von einem Auto beim Ueberequieren des Straßendamms. Schwere Verletzung wurde St. nach dem Urban gebracht.

Immer noch verborgen hält sich der durch Haftbefehl wegen umfangreicher Provisionschwindelen gesuchte Reisende Paul Keller, 27. November 1886 zu Königsberg in Preußen geboren, der geraume Zeit zahlreiche Geschäfte der Eisen-, Gold- und Silberwarenbranche durch die üblichen Provisionsbetrügereien gebrandschakt hat, bis er im Oktober v. J. aus Berlin geflüchtet ist. Er hält sich anscheinend im Reich oder im Auslande (Schweiz, Oesterreich, Belgien) auf. Von Zeit zu Zeit wird bekannt, daß er, meist unter falschem Namen wie Zelmar, Träger usw., in Hotels Jechprellereien begeht, wobei er sich unbefugterweise als Vertreter einer Firma ausgibt, für die er früher gereist ist. Er führt offenbar auch Muster mit sich, die er diesen Firmen unterzulegen hat.

Die Poliklinik des Dr. med. Karfunkel, Berlin O., Kopenstr. 9, am Schleifischen Bahnhof, in welcher tuberkulöse Kranke jeder Art, d. h. Lungen-, Drüsen-, Haut- und Knochenkranken nach wie vor unentgeltlich behandelt werden, ist von jetzt an Montags und Donnerstags von 1/2 8 — 5 Uhr, nicht wie bisher nur bis 4 geöffnet.

Ein großer Brand, der auf Selbstentzündung zurückgeführt wird, kam gestern früh um 4 Uhr in einem Schuppen Eidingenstraße 21/23 zum Ausbruch. Als der 15. Löhlgang dort anlam, standen große Vorräte Pechföhlen in Flammen. Um diese zu löschen, mußte tüchtig mit mehreren Hähnen stärksten Kalibers Wasser gegeben werden. Der Schuppen ist zum Teil niedergebrannt. Auch in der Kleinstraße 92, Magdower Straße 2 und einigen anderen Stellen mußten Pechföhlenbrände gelöscht werden. Wegen Gasbergfahrungen, die jetzt täglich gemeldet werden, wurde die Wache nach der Weihenburger Straße 18 und anderen Straßen gerufen. In allen Fällen waren Wiederbelebungsversuche von Erfolg.

Vorort-Nachrichten.

Neutölln.

Zwei Fuhrwerkdiebe wurden gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Die Diebe stahlen der Expeditionfirma Kinkel in Berlin, als deren Ausfuhrer sein Fuhrwerk kurze Zeit vor dem Hause Elisabethufer 19 unbeaufsichtigt hatte stehen lassen, Wagen mit Pferden und Ladung und fuhrten davon. Der leere Wagen wurde später mit nur einem Pferd bespannt auf dem Richardplatz aufgefunden. Ein hiesiger Hofschlächter meldete bald darauf der Polizei, daß zwei Männer ihm ein Pferd zum Kauf angeboten hätten. Er war auf den Kauf scheinbar eingegangen und bestellte die Leute zur Empfangnahme des Geldes nochmals zu sich. Als sie erschienen, wurden beide festgenommen. Sie entpuppten sich als ein Ausfuhrer A. Hoblan und ein Hohlreger W. Hein. Einen Teil der Ladung hatten sie schon anderweit veräußert.

Aus der Magistratsführung. Der durch die Kanalisationsarbeiten notwendig werdenden Befestigung der Bäume auf dem Dammweg wurde zugestimmt. Der Ausführung eines Rentenscheinungsanlage in der Turnhalle Weißestrasse wurde zugestimmt. Die Abhaltung einer wöchentlich einmaligen Sprechstunde der Zerkleinerungsstelle in einem Bureauaum des Rathauses soll gestattet werden. Es soll dafür ein dem Gewerbebureau zur Verfügung stehender Bureauaum dienen; der Zugang dazu ist von der Erststraße aus zu nehmen. — Die Zustimmung des Gesellenauschusses zu dem Antrage der Wäcker-Prangsummung auf Zulassung der Innungsstrafenklasse nach Artikel 18 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung wurde gemäß § 96 der Gewerbeordnung ergänzt.

Ein Handtaschenräuber wurde gestern vormittag von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Am Abend vorher entriß ein Mann einer Frau aus der Herzbergstraße die Handtasche, in der sich 22 M. in barem Gelde, einige Schlüssel und sonstige Sachen befanden und ergriff damit die Flucht. Die Frau hatte den Mann in einer Schaumwirtschafft kennen gelernt und dieser hatte sich, angeblich weil beide denselben Weg zu machen hatten, erboten, sie ein Stück des Weges zu begleiten. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß dieser Mann ein Arbeiter Bruno Hippel aus der Thomasstraße war und nahm ihn daraufhin gestern morgen fest.

Schöneberg.

Liste Nr. 108 der Ferienliste ist abhanden gekommen. Es wird erucht, sie anzuhalten, falls darauf noch weiter zu sammeln versucht wird, und in der Setzungs Expedition Martin-Lutherstr. 69 abzugeben.

Steglich.

Selbstmordversuch vor einem Straßenbahnwagen. Auf entsehlliche Weise suchte sich die 17jährige Margarete Horn, Hubertstr. 12, das Leben zu nehmen. Mit dem Rufe: „Eisener ist mein Unglück!“ warf sie das häßliche junge Mädchen vor einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie E. an der Ecke der Rieler und Schloßstraße auf die Gleise. Die Selbstmörderin wurde vom Vorderrperron erfasst, eine längere Strecke mitgeschleift und in schwerverletztem Zustande vom Wag getragen. Nach Ueberlegung von Notverbänden auf der Rettungswache fand sie im Krankenhaus Auf-

nahme, wo man an ihrem Aufkommen zweifelt. Eifersucht soll die S. zu dem Verzweigungsschritt getrieben haben. Die Eltern des jungen Mädchens, in deren Begleitung sich die Lebensmilde befunden hatte, muhten Zeugen des aufregenden Vorganges sein.

Panow.

Das hiesige Gewerbegericht hatte sich nach dem Bericht über seine Geschäftstätigkeit im Jahre 1911 mit 401 Streitigkeiten zu befassen. Bei letzteren handelte es sich 7 mal um Klagen der Arbeitgeber, 393 mal um solche der Arbeitnehmer und in einem Falle um eine Streitfrage zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers. Von den 401 Sachen fanden ihre Erledigung: 104 durch Vergleich, 77 durch Zurücknahme der Klage, 20 durch Verzicht auf Fortsetzung des Prozesses, 1 durch Anerkenntnis, 63 durch Verurteilung, 104 durch andere Endurteile, 11 durch Nichterkenntnis der Parteien. 21 Sachen gingen unerledigt in das Geschäftsjahr 1912 über. In den durch Endurteil erledigten 104 Streitfällen wurde 51 mal auf Verurteilung nach dem Klageantrage, 14 mal auf teilweise Verurteilung und 39 mal auf Abweisung der Klage erkannt. Außerdem hatte das Gewerbegericht noch 21 vom Vorjahre in das Geschäftsjahr 1911 übernommene Streitigkeiten zu erledigen, und zwar: durch Vergleich 6, durch Zurücknahme der Klage 1, durch Verzicht 2, durch Verurteilung 7, durch Verurteilung nach dem Klageantrage 1, durch teilweise Verurteilung nach dem Klageantrage 1 und durch Abweisung der Klage 3 Sachen. Als Einigungsamt gemäß § 34 des Ortsstatuts ist das Gewerbegericht nicht in Aktion getreten. Dergleichen sind Urachten und Anträge über gewerbliche Fragen gemäß § 48 des Ortsstatuts und § 75 des Gewerbegerichtsgesetzes im Berichtsjahre nicht abgegeben worden.

Rosenthal-Wilhelmstr.

Agitationsversammlung. Während sich die besitzende Klasse am Nord- oder Ostseestrande tummelt oder im Hochgebirge „Erholung“ von der letzten Saison sucht, bemüht der organisierte Arbeiter seinen freien Sonntag dazu, um Aufklärung unter die Landarbeiter zu tragen und ihnen das widerwärtige unserer Gesellschaftsordnung vor Augen zu führen. Sonntagnachmittag hatten sich zahlreiche Zuhörer zu einer öffentlichen Versammlung auf dem Grundstück von Kahlitz an der Windmühle eingefunden, in der Genosse Rosen-Wilhelm über das Thema „Preußen-Deutschland in der Welt voran“ sprach. Eingeleitet wurde der Vortrag durch das Lied „Empor zum Licht“, vorgetragen vom „Freien Männerchor Wilhelmstr.“. In eineinhalbstündiger Rede behandelte der Referent das Verhalten unserer herrschenden Klasse und kam besonders auf die Kriegsgesfahren, in denen Deutschland oft schwebte, zu sprechen. Mancher alter Landmann nickte dem Redner zu, wie er von den Schrecken der Kriege sprach, und reicher Beifall dankte dem Referenten am Schlusse seines Vortrages. Genosse Hecht machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß der organisierte Arbeiter in Rosenthal kein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung hat. In einigen Wochen findet hier das Erntefest statt und sehen die Herren Wirte die Arbeiter sehr gern als Konsumenten in ihren Lokalen. Jeder ehrliche Arbeiter muß aber dafür sorgen, daß die Lokale, die man nicht zu allen Veranstaltungen zur Verfügung stellt, aufs strengste gemieden werden.

Waidmannslust.

Die Generalversammlung des Bezirks-Wahlvereins Waidmannslust besaßte sich zunächst mit dem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Genosse Luchter berichtete über die bemerkenswertesten Vorkommnisse im Berichtsjahr. Die Mitgliederzahl ist von 376 auf 467 (darunter 77 weibliche) gestiegen. Die Arbeiten zu den Reichstags- und Gemeindevahlen sind durch gute Erfolge belohnt worden. Mit einer Ausnahme haben in allen Orten des Bezirks unsere Genossen Einzug in die Gemeindevertretungen gehalten. Im Bezirk Waidmannslust haben wir 12 sozialdemokratische Gemeindevorteiler. Versammlungen wurden 30, darunter 7 Mitgliederversammlungen, abgehalten; außerdem gelangten 92 000 Flugblätter und Broschüren zur Verteilung. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser ist auf 418 gestiegen; 15 Lokale stehen der Arbeiterschaft zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. — Der vom Genossen Amth vorgetragene Klassenbericht wies an Einnahmen 2705,90 M. und an Ausgaben 2516,80 M. auf. — Als Funktionäre wurden gewählt: 1. Bezirksleiter Heinrich Sobraver, 2. Bezirksleiter August Luchter; Kassierer Amth; Schriftführer Artur Stegmaier; Revisoren Fritz Blümel, Rudolf Prießmeier und Paul Bönnike; Bibliothekar August Schulz; Lokalkommission A. Stegmaier.

Dranienburg.

Ein tragischer Vorfall, der einem sechsjährigen Knaben das Leben kostete, ereignete sich gestern nachmittag. Die Ehefrau Tischbe hatte ihre beiden kleinen Söhne zum Kaufmann geschickt, wo sie ein Stück Speck holen sollten. Als die beiden Brüder, von denen der eine etwas der andere drei Jahre zählt, heimkehrten, stellten sie sich eine Weile an der Pinnower Schleuse auf ein Laufbrett und plötzlich entglitt dem ältesten Knaben der Speck und fiel ins Wasser. In seiner Angst sprang der Junge hinterdrein, um den Speck wieder herauszuholen. Er ging jedoch unter und nun rannte der kleinere Bruder ängstlich davon. Er eilte zur Mutter und erzählte ihr den Vorgang, doch als die unglückliche Frau mit Nachbarn zur Rettung ihres Sohnes herbeieilte, war es zu spät; nur noch die Leiche des Knaben konnte man aus dem Wasser herausheben.

Die Festsetzung der Pension auf 5000 M. für den Bürgermeister Beuthner wurde in der letzten geheimen Stadtverordneten-Versammlung mit nur einer Stimme Mehrheit beschlossen. 13 Stadtverordnete stimmten dafür, während sich 12 dagegen erklärten.

Rudow.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Aufß den Bericht des Vorstandes. Hiernach betrug die Zahl der Mitglieder am 31. 84 gegen 9 beim Abschluß des vergangenen Geschäftsjahres. Es wurde seitens der Genossen bei den Wahlen intensiv gearbeitet und konnten wir bei der Reichstagswahl soviel Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigen, wie die bürgerlichen Kandidaten zusammen. Bei der Gemeindevorteilerverwahl hatten wir wegen der ungünstigen Wahlzeit ein negatives Resultat; trotzdem wir den Gemeindevorsteher erwählten, die Wahlzeit von 4 bis 7 Uhr abends festzusetzen, setzte er die Wahlzeit von 10 bis 12 Uhr vormittags an und ließ unser Gesuch unbeantwortet. So wird der Arbeiterschaft auch hier gezeigt, wie gering sie von dem Herrn Gemeindevorsteher eingeschätzt wird; dies sollte jedem Arbeiter die Augen öffnen und er sich der Partei anschließen, um gemeinsam gegen die Machtgötze zu protestieren. Genosse Volz gab den Kassenbericht: Der Gesamteinnahme von 208,47 M. stand eine örtliche Ausgabe von 50,27 M. gegenüber. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: D. Schulze, 1. Vorsitzender, B. Aufß, 2. Vorsitzender, A. Volz, Kassierer, F. Rostig, Schriftführer, D. Hübner, Revisor, A. Arlen, P. Rogott, B. Koppens, Revisoren. D. Schulze, G. Deumerling, R. Lange,

A. Oszewski, Lokalkommission. Zu tabeln war der schwache und unpünktliche Veranlassungsbesuch. Jeder Genosse mühte es bei den hiesigen Verhältnissen als Ehrenpflicht betrachten, nicht nur einzelne Genossen arbeiten zu lassen, sondern selbst wieder mit Hand anzulegen, damit wir alle ergebnisreiche Arbeit leisten. Außerdem muß noch darauf hingewiesen werden, die Lokalsperre strikte zu beachten, und bitten wir die Berliner Genossen, bei etwaigen Ausflügen uns in dieser Sperre möglichst zu unterstützen. Saal-Lokale stehen uns, trotz anstrengender Arbeit, noch nicht zur Verfügung, und sind die Verkehrslokale A. Palm und R. Rolle, beide Köpenicker Straße.

Zeuthen-Miersdorf.

Um die Agitation zu beleben, haben sich die Orte Zeuthen und Miersdorf von Schwabke getrennt und einen selbständigen Wahlverein gebildet. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit in Zeuthen 41 und in Miersdorf 17. Der neugewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Vorsitzender, 1. Vorsitzender; August Schulze, 2. Vorsitzender; Behling, Kassierer; Venis, Schriftführer; Eise Hättig, Revisorin; Zeith, Lehmann und Schmidt, Revisoren; Behling, Bibliothekar; Caltes, Jurist und Stepper, Lokalkommission. Die Zahlende sollen gemeinschaftlich und zwar abwechselnd in Zeuthen und Miersdorf abgehalten werden. — Das Sommerfest findet am 11. August im Lokal von Lindemann in Zeuthen statt.

Potsdam.

Die Verschmelzung der Potsdamer Ortskrankenkassen wird gegenwärtig von verschiedenen Seiten angeregt, ohne leider immer auf fruchtbaren Boden zu fallen. Zurzeit bestehen in Potsdam noch sieben verschiedene Ortskrankenkassen, wovon einige die Wichtigkeit einer Zentralisierung, wozu jetzt die Reichsversicherungsordnung die beste Gelegenheit bietet, noch lange nicht begriffen haben. Es liegt dies leider auch sehr viel an den Mitgliedern dieser Kassen, die sich herzlich wenig um die Vorgänge kümmern und die Erledigung der Angelegenheiten ihrem Vorstande überlassen, bei dem sehr oft das Eigeninteresse ausschlaggebend ist. Die kleineren Ortskrankenkassen werden nebenamtlich verwaltet und die Entschädigung, die an die Verwalter der Kasse gezahlt wird, spielt bei der jetzigen Verschmelzungsfrage keine untergeordnete Rolle. Nicht erst einmal hat man die Frage zu hören bekommen: „was soll denn dann aus mir werden“. Wenn auch anerkannt werden soll, daß für manchen durch die Verschmelzung der Kasse eine Einnahmequelle in Wegfall kommt, so hat dies mit der Sache selbst doch nicht das geringste zu tun, denn schließlich sind die Kassen doch nicht dazu da, um für einzelne Personen Vorteile zu bieten. Es wäre jetzt Zeit, daß die Mitglieder der kleinen Kassen sich endlich etwas mehr um ihre Angelegenheiten kümmern und unter allen Umständen auf den Zusammenschluß aller hier bestehenden Kassen zu einer großen gemeinsamen Krankenkasse bestehen. Wenn auch die Aufsichtsbehörde in Potsdam leghin mit einem recht schlechten Beispiel vorangegangen ist, als sie die Genehmigung zur Gründung einer Bäder-Innungskrankenkasse erteilte, so sollten doch die Mitglieder aller anderen Kassen zeigen, daß sie mehr soziales Verständnis besitzen als manche Aufsichtsbehörde.

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung findet heute Mittwoch, abends, bei Glaser in der Kaiser-Wilhelm-Straße statt. Tagesordnung: Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariterbundes.

Aus aller Welt.

Unterm Krummstab ist gut tagen.

Mitte September wird in Wien ein internationaler Pflanzkongress unter dem Titel „Eucharistischer Weltkongress“ abgehalten werden. Der Vertreter des Papstes und seine Begleiter werden als Gäste des Kaisers in der Hofburg wohnen. Das ist schließlich Franz Josephs Privatgeldsack. Aber etwas anderes ist es, daß die k. k. Staatsbahnen mit ihrem Pflanzensystem und ihrem Sparsystem, das die teuersten Tarife mit dem schlechtesten Reisen kombinieren, den Besitzern der Kongresskarte halben Fahrpreis von der Grenze gewähren. Der Wiener Bezirksrat stellt Schulz als Massenquartiere zur Verfügung und ordnet eine besondere Kommunion (Ohrenbeichte) der sündenbeladenen Schulkinder für die Kongresswoche an, und der klerikale Minister des Ressorts, in dem schon nach Grillparzer der Kultus längst den Unterricht erschlagen hat, Herr Hussarek hat versagt, daß den Lehrern und Professoren überall schlankwegs Urlaub zu dem Pflanzkongress zu erteilen sei und, wenn dadurch der Unterrichtsbetrieb unmöglich werde — d. h. wenn Lehrer den Advancementstrost mit dem Krummstab besorgen —, die Schulferien eben einfach eine Woche länger zu dauern haben. „Sehns, so guat ham's die Schwarzen in Wien!“

Italienischer Banditenstreich.

Aus Ferrara wird ein furchtbares Verbrechen gemeldet. Bei hellstem Tage drangen Banditen in das mitten in der Stadt gelegene Haus des reichen Grundbesizers Dechiobello ein. Sie holten dessen Automobil aus der Garage und ergriffen die hinzukommende bildhäßliche 24jährige Tochter Dechiobello, die sie in den Kraftwagen hineinbrosen. Dann fuhren sie in rasendem Tempo davon, indem sie sich die Verfolger mit Revolvergeschüssen vom Leibe hielten. Am nächsten Morgen wurde die Leiche der unglücklichen Tochter auf einem Bachhufe in furchtbar verstümmeltem Zustande aufgefunden. Die Polizei, die den Mordern bereits auf der Spur sein soll, neigt der Annahme zu, daß es sich um einen Raubakt gegen Dechiobello handelt.

Eine sozialistische Subskription für ein Universitätsdiplom.

Ueber eine merkwürdige Kundgebung der Parteisolidarität wird aus Spanien berichtet: Der Artilleriehauptmann D. far Perez Solis in Valladolid, der sich zu sozialistischen Ideen durchgerungen hatte und daraus kein Geheim machte, geriet dadurch mit seinen reaktionären Regimentelernaden in Konflikt. Diese forberden ihn unlängst auf, seine unter einem durchsichtigen Pseudonym betriebene Mitarbeit am lokalen Parteiblatt „Adelante“ einzustellen. Genosse Perez Solis verließ nicht die Redaktion, sondern die Armees. Er beabsichtigte, sich der Advokatenlaufbahn zuzuwenden. Er vollendete seine schon früher begonnenen Rechtsstudien, aber es fehlten ihm die Topen, die für das Diplom des Licentiaten des Rechts zu erledigen sind. In dieser Situation beschloß die Parteigenossen, ihm beizuhelfen. Es wurde eine Sammlung eröffnet, für die ein Maximalbeitrag von 50 Cent festgesetzt ist. Der Erlös war sehr erfreulich. Die erste Liste wies 336, die zweite 333 Mehrere auf. Eine dritte zirkuliert jetzt in der französischen Partei. Auf ihr stehen die Namen Jaubés und der Redakteure der „Humanité“ sowie der Gustav Herbes, der ein Lied davon zu singen weiß, daß

die Antwälle von Paris nicht duldsamer sind als die Artillerieoffiziere von Valladolid.

In der Nordaffäre Rosenthal

wurden gestern drei neue Verhaftungen vorgenommen. Die drei Verhafteten sind der Spieler Louis Weber, der Apachenführer Sam Paul sowie ein Mitglied der Bande des Paul, namens Jack Sullivan. Die beiden ersten sind des Mordes angeklagt, die Anklage gegen Sullivan lautet dagegen nur wegen Beihilfe zum Mord. Wie die Untersuchung des Staatsanwalts Whiteman ergeben hat, sind eine halbe Stunde vor dem Mord sämtliche in der Nähe des Metropolhotels, vor dem die Bluttat ausgeführt wurde, haltenden Automobile entfernt worden, um die sofortige Aufnahme der Verfolgung unmöglich zu machen.

Kleine Notizen.

Nord und Selbstmord. Aus Breslau wird vom 23. Juli gemeldet: Der Unteroffizier im 51. Infanterie-Regiment Fritz Anton erschoss in der vergangenen Nacht seine Braut, die Verkäuferin Elsa Winter in ihrer Wohnung in der Bahnhofstraße. Hierauf gab Anton mit seinem Dienstgewehr einen zweiten Schuß gegen sich selbst ab. Beide waren sofort tot. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Vom Luftmilitarismus. Das Luftschiff Z. 3 ist, nachdem es noch eine Fahrt zur Erprobung der Geschwindigkeit gemacht hatte, vom preussischen Kriegsministerium abgenommen worden. Die Geschwindigkeit des Luftschiffes wurde mit beinahe 22 Sekundenmeter (ca. 78 Kilometer die Stunde) festgestellt. Z. 3 ist somit das schnellste Luftschiff.

Wolkenbruch. Aus Troppau (Oesterreich) wird vom 23. Juli gemeldet: Infolge eines nachts über Friedel und Umgebung niedergegangenen wolkenbrüchigen Regens trat die Ostschweiz über die Ufer und überflutete das umliegende Gebiet. Die Regulierungsarbeiten erlitten schweren Schaden, drei bei diesen Arbeiten beschäftigte Erdbarbeiter wurden durch die hereinströmenden Wassermassen überflutet und ertranken.

Blutige Liebesstragdie. Wie aus Amiens gemeldet wird, hat sich in einem zurzeit dort weilenden Wanderzirkus eine blutige Liebesstragdie abgespielt. Ein junger österreichischer Artist, Georg Collea mit Namen, gab auf seine Geliebte, die Holländerin May Luming, mehrere Revolvergeschüsse ab. Diese stürzte in einen Tümpel, wosin ihr Collea folgte und noch zweimal auf sie feuerte. Die Artistin stürzte tödlich getroffen zusammen; der Mörder wurde verhaftet. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Automobilunglück. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in Burgos (Spanien). Ein Automobilomnibus stieß auf der Fahrt durch die Aranda und Duero gegen einen Baum und stürzte um. Fünfzehn Personen wurden verletzt, sechs von ihnen lebensgefährlich.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug. Nach einer Meldung aus Madrid hielten acht maskierte Räuber bei Torres Cabrera einen Eisenbahnzug an und versuchten die Post zu rauben. Der Gendarm, die den Zug begleitete, gelang es jedoch, die Ausführung des Anschlages zu verhindern und drei der Banditen festzunehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9^{1/2} Uhr abends — Sonnabends von 4^{1/2}—6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Fahrstuhl) statt.

Gerbich, Wismannstr. Unseres Wissens über die Hagenau. — Gilt 110. Eine solche Ausstellung findet von Zeit zu Zeit im Gewerkschaftshaus, Engländer 15, statt und wird dann jedesmal im „Vorwärts“ darauf hingewiesen. — R. J. 11. Erhalten Sie bei der Eisenbahndirektion, Schönberger Ufer 1—4. — D. W. Reuenburger Str. 23. Mittwoch und Sonnabends, 5—6 Uhr.

Marktbericht von Berlin am 23. Juli 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Limen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinhl.) 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Stroh 1,20—2,20. Rote 1,20—3,20. Jander 1,60—3,60. Decke 1,20—2,80. Barfche 0,80—2,40. Schote 1,20—3,20. Mele 0,90—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—4,00.

Lebe- und Distrikterklub „Zabok“. Heute Mittwoch, abends 8^{1/2} Uhr, Sitzung bei Reibhardt, Ködlicher Str. 58: Vortrag, Gäste willkommen.

Witterungsübericht vom 23. Juli 1912.

Stationen	Barometereinh. mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometereinh. mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in °C
Swinemünde	760,80	2heiter	30	13	Sabaranba	768,80	2wolkenl	13	
Hamburg	761,00	2wolkl.	18	13	Petersburg	761,80	2heiter	13	
Berlin	760,90	2halbhd.	20	14	Seitz	759,80	2wolkl.	14	
Kranf.a.R.	761,20	1Rebel	15	12	Aberdeen	763,80	2bedekt	12	
München	762,20	2bedekt	17	17	Paris	761,20	2bedekt	17	
Wien	758,20	2bedekt	17	17					

Wetterprognose für Mittwoch, den 24. Juli 1912.

Niemlich warm bei mäßigen nordöstlichen Winden und veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 7.		am 21. 7.		Wasserstand	am 22. 7.		am 21. 7.	
	cm	cm ³	cm	cm ³		cm	cm ³	cm	cm ³
Remel, Mühl	73	-1	74	+10	Saale, Großh.	56	+10	56	+10
Bregel, Jüterburg	49	+2	49	+2	Havel, Spandau	20	0	20	0
Beißel, Thorn	18	-6	18	-6	Rathenow	18	+32	18	+32
Dber, Raitzen	94	+7	94	+7	Spree, Spremberg	60	0	60	0
• Krossen	53	-6	53	-6	Bestow	77	+1	77	+1
• Frankfur.	61	-5	61	-5	Weser, Wünnen	102	+2	102	+2
Wartbe, Schrimm	96	0	96	0	Winden	175	-10	175	-10
Landesberg	54	-3	54	-3	Rhein, Marglithausen	500	+15	500	+15
Rehe, Borsdam	41	-2	41	-2	Raub	238	+5	238	+5
Eibe, Leitmeritz	42	+3	42	+3	Rbin	205	+1	205	+1
• Dresden	-160	-21	-160	-21	Redar, Hellbrom	192	+140	192	+140
• Parth	51	+3	51	+3	Rain, Panitz	100	+1	100	+1
• Magdeburg	53	+3	53	+3	Rosel, Xrier	6	-8	6	-8

+) + bedeutet Wuchs, — Fall — *) Unterpegel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbüro: **Sof. III.**
 Amt Norden, Nr. 1239. **Charlottenstraße 3.** Amt Norden, Nr. 1987

Donnerstag, den 25. Juli 1912, abends 6 Uhr, in den **Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (großer Saal):**

Branchen-Versammlung.

der **Eisen-, Metall- und Revolverdrehler, sowie Rundscheifer.**

Tagesordnung:
 Fortsetzung der Branchenversammlung vom 23. Juni.

Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist es notwendig, daß jeder Kollege anwesend ist.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 25. Juli 1912, abends 8 Uhr, in den **Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (unterer Saal):**

Mitglieder-Versammlung

der **Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins.**

Tagesordnung:
 1. Branchenangelegenheiten und Bericht der Kommission. 2. Abrechnung vom Juniabend. 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller organisierten Kollegen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 25. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den **Vorussia-Sälen, Adlerstr. 6/7:**

Versammlung

aller in den **Eisengießereien beschäftigten Formen und Berufsgenossen.**

Tagesordnung:
 1. Die werden die Vereinbarungen von 1911 von unseren Kollegen und von den Unternehmern gehalten? 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — **Mitgliedsbuch legitimiert.**

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. 121/10

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen:

Stock- und Zelluloidarbeiter

Donnerstag, den 25. Juli, abends 5 1/2 Uhr, in den „**Rittersälen**“ (Zuh. Bericht), Ritterstraße 75.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Branchenangelegenheiten.

Stellmacher

Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthaler Straße 11-12.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Bericht vom 2. Quartal. 98/19

Ohne jede Anzahlung

Pianos (erstklassiges Fabrikat!)

Flügel und Harmoniums

gegen kleine monatliche Teilzahlung

Für jedes Instrument gewährte ich 20jährige schriftliche Garantie

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstendamm. Tel. Ch. 10410

Auch Sonntags geöffnet.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: **Weslichstraße 28, part.** **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: **Rückerstraße 9.**
 Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Fernsprecher: **Amt Norden 6708.**

Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der **Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Der Ablauf unseres Tarifvertrages, und welche Forderungen unterbreiten wir den Arbeitgebern? 2. Beschlussfassung über die einzureichenden Forderungen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Kollegen! Angesichts der wichtigen Frage der ferneren Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — die hier zur Erörterung und Beschlussfassung steht — erwarten wir, daß kein Kollege in dieser Versammlung fehlt. (129/19*)

Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Die in der Generalversammlung der **Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Größe** vom 30. April 1912 beschlossenen Änderungen der §§ 13 Abs. 3, 18, 20 Abs. 1 und 66 lauten folgendermaßen:
 § 13 Abs. 3.
 Dem Falle der Erwerbsunfähigkeit vom ersten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Kalendermonat die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 12) als Krankengeld.

§ 18.
 Mitglieder, welche gleichzeitig anderweit gegen Krankheit versichert sind, wird das Krankengeld nicht geführt.

§ 20 Abs. 1.
 Für den Todesfall gewährt die Kasse den 30fachen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes als Sterbegeld. 277/13

§ 66.
 Es muß heißen:
 anstatt „Niddorfer Tagesblatt“ jetzt „**Neu-Berliner Tagesblatt**“.

Die übrigen Publikationsorgane bleiben.

Der Vorstand.

G. Langguth, II. Vorsitzender.

Genehmigt.
 Potsdam, den 27. Juni 1912.
 (L. S.)

Ramens des Bezirksausschusses.
 Der Vorsitzende,
 In Vertretung
 H. 8235. Unterschrift.

Veröffentlicht.
 Berlin-Größe, den 23. Juli 1912.

Obige Änderungen treten mit dem 22. Juli 1912 in Kraft.

Der Vorstand.

G. Langguth, II. Vorsitzender.

JOSETTI
CIGARETTE

LUDKE

Ziehung am 1. u. 2. August in Bonn.

Erste Rheinische Lotterie.

8717 Gewinne, Gesamtwert M.

80 000
 40 Pferde, Wert Mark

50 000
 5077 Sübergewinne Mark

30 000
 1. Hauptgewinn Wert Mark

10 000

Rheinische Lose à 1 M.
 11 Lose = 10 M., Porto u. Liste 30 Pf.
 in allen Lotteriegeschäften, Losverkaufsstellen und durch
Lud. Müller & Co.
 Berlin C, Breite Str. 5.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, sauer, Zubuten von 25 Mark an. **Moritz Laband**, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bldg.)

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 24. Juli 1912

Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Die Berliner.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Von Meran zum Orléan.
Königgrätzer Straße. Die fünf Franzosen.
Kurfürstentempel. Der Tanzantw. Neues. Der liebe Augustin.
Berliner Köpchen. Schiller-Charlottenburg. Das Konzert.
Thalia. Antikollegen.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Apollo. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Victoria-Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Leistung. Vergnügungsbühne.
Neues Schauspielhaus. Schillerstr. 1. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich m. d. D.
Neues Operetten. Partettig Nr. 10.
Neues Wild. Schauspielhaus.
Die leuchtende Eszanne.
Neue. Tragödie einer Ehe.
Soltes Caprice. Partettant-Ensemble.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Unerschämte. Der Welt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Strampale.
Königgrätzer-Kasino. Spezialitäten.
 Anfang 10 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Pionne.
Sternwarte. Invalidentz. 57-62.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
Das Konzert.
 Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Vogt.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Köpchen.
Theater in der Königgrätzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Die Tragödie einer Ehe.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenterrasse:
Zuh! Es ist erreicht! Gr. Revue.

IKLA
 Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.
 Die größte Ausstellung
lebender Naturwunder
 von 10 bis 10 Uhr
 in den Gesamtträumen des **Passage-Panoptikums.**
 Eintritt, alles inkl. 50 Pf.
 Kinder, Sold. 25 Pf.

Metropol-Theater.
 Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. II. u. Länge v. W. Bischoff.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Neue Welt
 Amerikanischer Vergnügungspark.
 Heute Mittwoch:
Drittes Pracht-Kinder-Erntefest mit Erntefestzug, Erntefestspiel, Verlosung von Geschenken, Hauptgewinne: 2 goldene Uhren. **Eintritt 15 Pf.**
 Morgen Donnerstag: Elitotag. Feuerwerk.
Beschießung von Fort Arthur, Zerstörung des Schachtschiffes Petro Pawlowitsch.
 Pyrotechniker E. Nilsandt.

Reederei Kahnt & Hertzner Telefon Köpenick 2062.
Neu! Billige Serien-Extrafahrten
 ab **Neukölln - Wildenbruchbrücke.**
 Jeden Montag und Donnerstag nach **Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle**
 Jeden Dienstag und Freitag nach **Neu-Ahlbeck und Woltersdorfer Schleuse**
 Jeden Mittwoch nach **Freibad Grünau, Krampenburg und Ziegenhals**
 Abfahrt von **Café Aisen** an der Schillerischen Brücke, 10.20 vorm.
 Die Fahrten beghmen am Freitag, den 26. Juli.
 Abfahrt 10 Uhr vorm. Hin u. zurück **60 Pf.** Kinder die Hälfte.
Achtung! Ab Berlin-Waisenbrücke am Sonntag, den 28. Juli und am 4. August nach **Cornow's Idyll**, 9 Uhr. Hin und zurück 2 Mark.
 Am Sonntag, den 28. Juli, nach **Krampenburg**. Abf. 9 Uhr. Hin und zurück 1 Mark.
 Fahrtscheine sind vorher in unserem Kontor zu haben!

Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen **Badstraße 58.**
 Heute: **Elite-Tag.**
Die Tochter der Hexe
Tanz bei groß. Orchester
 Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater
 Letzte Woche!
 Ab 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Clown Alf Daniels mit seinen Zirkusjungen.
Ada Pagni
 Kgl. Kammervirtuosin, und 10 weitere gr. Attraktionen.

Königstadt-Kasino.
 Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
 Vom 16. Juli 8 Glanznummern bis 1. August:
 und „**Die weiße Dame**“
 Schwant mit Gesang.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel der berühmten Dresdener **Victoria-Sänger.**
 Anfang Hochentags 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

LUNA PARK
 30 Weltattraktionen 30
 Kongo, Zwergstadt, Die alte Mühle, Johnstown's Unterjüng usw. **Entree 50 Pf.**
 Saisonkarten 5 Mark. Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei.

Berliner Uk-Trio
 Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Unserem alten Freunde und Parteigenossen 25755
Wilhelm Hinz
 zu seinem 50. Geburtstage die herzlichste Glückwünsche.
 Die Beerdigung findet am 23. Juli, den 23. Juli 1912, um 10 Uhr, auf dem Friedhof bei der Blanke Höhe statt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
2. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, Frau
Olga Schnieber
 Admiraistr. 21
 gestorben ist.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Landsberger Viertel.
 Bez. 408 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Heizer
Paul Pflaum
 Kochhausstr. 21
 gestorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Der Vorstand.

Am 22. d. Mts., entließ sanft, ganz unerwartet, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur
Eduard Gohlisch
 im 51. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetäubt an
Martha Gohlisch geb. Karg
 nebst Kindern, [25775]
 Schönwalder Straße 8.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Dankestädtchens in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 22. d. M., verstarb unser Genosse, der Schankwirt
Eduard Gohlisch
 Schönwalder Str. 8 (Bezirk 605).
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Dankestädtchens in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 21. d. M. verstarb unsere Genossin, Frau
Luise Nachtigall
 Hochstr. 1b (Bezirk 801a).
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Dankestädtchen in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter
Herm. Künnemann
 am 20. d. Mts. gestorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankestädtchens in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, die Arbeiterin
Luise Nachtigall
 am 20. d. Mts.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankestädtchens in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Otto Pofahl
 Nieder-Schöneweide, Jennstr. 10, im Alter von 31 Jahren gestorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Dankestädtchens in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Am Montag früh starb nach kurzem aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schmiegehalter und Großvater, der Maurer
Karl Neuendorf
 im 56. Lebensjahre.
 Schönberg, den 23. Juli 1912.
 Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Marie Neuendorf
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof bei der Blanke Höhe statt. 48a

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
Schönebergs.
 Bezirk 6.
 Am Montag früh verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Maurer (Bäcker)
Karl Neuendorf
 im 56. Lebensjahre.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des 2. Städtischen Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Patzer.
 Unseren sowie den Mitgliedern des Gefangenenvereins der Patzer hiermit zur Nachricht, daß unser treues Mitglied
Karl Neuendorf
 (Bez. Schönberg)
 am 22. Juli verstorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schönberger Gemeinde-Friedhof (Blanke Höhe) statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Die örtliche Verwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Kreis Niederharnim
 Bezirk Lichtenberg.
 Am Montag, den 22. Juli, verstarb unser Kollege, der Arbeiter
Martin Kramer,
 Sielweg, Friedrich-Karl-Str. 28.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Rarzahn aus statt.
 Der Zug fährt 3.30 Uhr vom Bahnhofs Friedrichsfelde. 14/14

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
 Zahlstelle Berlin.
 Am 22. Juli starb unser Kollege, der Steinmetz
Martin Kramer
 im Alter von 37 Jahren an der Berufskrankheit.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Lichtenberger Friedhof in Rarzahn. Fahrgelegenheit: Metzgerer Bahnhof (Sgl. 251.) 3 Uhr 10 Min. Sgl. Friedrichsfelde 3 Uhr 20 Min. 171/18
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Ruder-Verein „Vorwärts“, Berlin.
 Am Sonntag, den 21. d. Mts., verstarb plötzlich infolge eines Herzschlages beim Baden unser Sportgenosse
Otto Pofahl.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Berlin, Landsberger Allee, aus statt. 25765
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Otto Pofahl
 Nieder-Schöneweide, Jennstr. 10, im Alter von 31 Jahren gestorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Dankestädtchens in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Kreis Niederharnim
 Bez. Reinickendorf-Ost
 Am Sonntag, 21. Juli, verstarb unser Genosse, der Schlosser
Georg Hahne
 Schillerpromenade 51
 im 28. Lebensjahre.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 241/11 Die Bezirksleitung.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Georg Hahne
 am 21. Juli verstorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 177/2 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilberufsmusiker Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 22. Juli verstarb unser Kollege
Alfred Meyer.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
 Um rege Beteiligung bitte!
 50/4 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirk Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Franz Danzke
 am Sonntag, den 21. d. Mts., im Alter von 58 Jahre verstorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Kirchhofes, Bräckerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 65/12 Die Bezirksverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau unseres Kollegen
Schnieber, Olga geb. Große
 (Admiralstr. 21, Bezirk 5)
 am Sonnabend, den 20. Juli verstorben ist.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 73/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau und unsere herzensgute Mutter
Auguste Zeitler
 geb. Grünberg
 nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft entlassen ist.
 Dies zeigen tiefbetäubt an
 Hermann Zeitler und Kinder.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes, am Färberbrenner Weg, aus statt. 4521

Dankfagung.
 Für die liebevolle Teilnahme und die Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Sportklub Ostern meinen herzlichsten Dank.
 Frau Helene Läufer
 nebst Mutter.
 25745

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meiner guten Frau, insbesondere Herrn Max Wegner für die trostreichen Worte am Grabe, sage ich Ihnen allen Hinterbliebenen meinen aufrichtigen Dank.
 Max Wegner,
 Lichtenberg, Kronprinzenstr. 8.

Dankfagung.
 Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Leidtragenden meinen herzlichsten Dank.
Witwe Auguste Lippelt,
 Friedenau. 6a

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines guten Mannes, des Bezirksleiters
Th. Völeker
 sagen wir allen Beteiligten unseren besten Dank.
 Insbesondere danken wir der Redaktion und den Berichterstattern des „Vorwärts“, der Bezirkskommission, dem Buchbinderverband, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Wahlverein Reinickendorf, der Redaktion der „Neuen Welt“ sowie dem Genossen Willi Bach für seine herzlichsten, trostreichen Worte am Grabe.
 Frau M. Geiseler-Völeker
 nebst Kindern.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre. Außerdem niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung:
 Haabanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Speise-Eis
 Bearbeiten Sie nur
Reichel's Eis-Essenzen
 — natürliches Fruchtaroma enthaltend — und Ihr Abkühlung wird sich durch die vollendete Qualität verdoppeln.
 Wirklicher Fruchtgeschmack. Alle zugehörigen Substanzen. Auch d. Drogerien zu beziehen o. bestellbar. — Exquisite Rezepte gratis.
Otto Reichel, Berlin 50. 43,
 Eisenbahnstr. 4.

Ansichtskarten
 vom
Harz, Riesengebirge, Sächsische Schweiz, Berlin, Dresden usw.
 Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstraße 69 (Laden).

Raucht
Yessin Cigaretten
 2 1/3 Pf.

Schluss-Serien-Ausverkauf
 bei **Westmann**
 Mohrenstrasse 37a □ Grosse Frankfurter Str. 115.
Nur 3 Tage
Serie 1... 15 Mark
 Kostüme, Mäntel, Seiden-Jackette, Ustler, Kleider, Leinen-Kostüme, dabei Stücke bis 58 Mark.
Serie 2... 25 Mark
 Kostüme — Seidenmäntel, Tüllmäntel, dabei Stücke bis 102 Mark.
Serie 3... 35 Mark
 Bastkostüme, Seidene Kleider, Duchesse-Mäntel, blaue Kostüme bis 126 Mark.
Serie 4... 50 Mark
 Seidenmäntel, dabei Origin-Paris, Stücke bis zu 280 Franc.
 Auch für stärkste Figuren!
Neuheiten in Plüschmänteln, Pelz, Ulstern, blauen Kostümen zu Sommerpreisen!!!
 Vormittags-Verkauf von 10-12 1/2 Uhr: Zurückgesetzte Konfektion
 Hotel 6, Kostüme 10, Röcke 4, Leinen-Kostüme 5 M.
 Sonntags geöffnet von 8-10 Uhr.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
 Berlin C. H. Gohlich, Auguststr. 60, Eingang Joachimstraße.
 W. G. Schmidt, Kirchbuckstr. 14.
 O. H. Gohlich, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82, H. Wengel, Gr. Frankfurter Str. 120.
 NO. 2. Juch, Zimmernstraße 12, J. Reul, Barnimstr. 42.
 N. W. Baumann, Reinickendorfer Str. 67, F. Trapp, Döhlmannstr. 6, Karl Mars, Grefenbagenstr. 27, J. Gohlich, Ragareichstr. 49, G. Vogel, Vorjägerstr. 87, H. Ties, Siedelstr. 124, L. Dechant, Rubeplatz 24.
 NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8.
 SW. F. Werner, Guelienaustr. 72, Daehn, Hagenberger Str. 27, S. St. Fris, Seingestr. 31, F. Schmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Kaufher Platz 14/15, P. Gorch, Engelauer 16, Adlershof, Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9, Baumschulenweg, G. Hornig, Marienhalerstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienast, Rühlstr. 10, Charlottenburg, Gustav Schornberg, Seifenbagger Str. 1, Friedrichshagen, Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 15, Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10, Johannisthal, Bieleke, Koller-Wilhelm-Platz 6, Karlshorst, Richard Rüter, Ködlerstr. 9, II. Köpenick, Emil Wähler, Riechstr. 6, Raden, Lichtenberg, Otto Seifert, Bartenbergstr. 1, Nieder-Schöneweide, Wehr, Brüder Str. 6, Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7, Ober-Schöneweide, Alfred Roder, Wilhelmminnenhofstr. 17 II, Pankow, Otto Rimmann, Rühlstr. 30, Reinickendorf, P. Gursch, Provingstr. 58, Raden, Rixdorf, W. Geurich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50, C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
 Rummelsburg, H. Nojenkrantz, Alt-Bozdagen 56, Schönberg, Wilhelm Däumler, Martin-Liutger-Str. 60 im Raden, Spandau, Köppen, Breiterstr. 64, Steglitz, G. Berner, Wittenstr. 5, Tempelhof, Joh. Krohn, Bornstr. 62, Treptow, Robert Gramenz, Reichstr. 412, Raden, W. Wollensee, Submann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Gaußee 30a, Wilmsdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Stavistr. 39-32 Dierstraße 113
 1- bis 2-Zimmer-Wohnungen mit und ohne Bad, mit Warmwasser-Versorgung, elektr. Nachtbeleuchtung, oorn und Gartenhaus, in neuem trockenen Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen Nr. 37 beim **Berwalter Meyer.**

Kufeké eine bewährte **Krankenkost** für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.
Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges., Wallstr. 11/12
 empfehlen reine Fruchtsäfte mit feinsten Raffinade, ungefärbt und frei von Konservierungsmitteln.
 I. Qualität
 Himbeersaft
 Kirschsaff
 Johannisbeersaft
 Erdbeersaft
 Citronensaft
 II. Qualität
 in Champagnerflaschen à M. 0.85.
 Citronensaft, reiner Saft u. Zucker à M. 1.10 pro Kiloflasche.
 Unsere Flaschen werden mit 10 Pfennig berechnet und zurückgenommen.
 Kälteklüßlich in allen Geschäften, welche unsere Waren führen.